

Beratungen

im Niedersächsischen Landtag

**Nr. 1838****Antwort auf eine Kleine Anfrage**

— Drucksache Nr. 1565 —

**Betr.: Empfehlungen der deutsch-polnischen Schulbuchkonferenz**

Wortlaut der Kleinen Anfrage des Abg. Dr. Niewerth (CDU) vom 29. 4. 1976

Aufgrund der „Empfehlungen zur Darstellung der Nachkriegsgeschichte in den Schulbüchern der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland“ (Empfehlungen der 6. und 8. deutsch-polnischen Schulbuchkonferenz) frage ich die Landesregierung:

1. Hält sie es für vertretbar, in deutschen Schulbüchern die Massenvertreibung der Deutschen als „Bevölkerungsverschiebung“ darzustellen und diese u. a. mit „Erfahrungen in den Nationalitätskonflikten“ zu rechtfertigen (Ziff. 2 der „Empfehlungen“)?
2. Wie steht sie zur Darstellung der Rechtslage Deutschlands in den Empfehlungen (Zweistaatentheorie im Gegensatz zum Grundvertragsurteil des Bundesverfassungsgerichts)?
3. Hält sie die Darstellung der deutschen Nachkriegsgeschichte und der Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen für ausgewogen?

**Antwort der Landesregierung**

Der Niedersächsische Kultusminister  
— 01 420/5 1565; 301 —

Hannover, den 10. 8. 1976

Zu 1.

Nein. Die Landesregierung hielte es nicht für vertretbar, wenn in den Schulbüchern die Massenvertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten nur als „Bevölkerungsverschiebung“ dargestellt und mit „Erfahrungen in den Nationalitätskonflikten“ gerechtfertigt würde. Sie erwartet, daß Herausgeber von Schulbüchern bei der Darstellung der Vertreibung der Deutschen aus ihrer Heimat nicht nur den ersten Absatz, sondern den gesamten Text des zweiten Abschnitts der Empfehlungen der achten deutsch-polnischen Schulbuchkonferenz beachten. In ihm wird der angesprochene Vorgang u. a. durch die Verben „flüchten“, „ausweisen“, „zwangsumsiedeln“ konkretisiert.

Zu 2.

Die Landesregierung bedauert, daß durch die undifferenzierte Verwendung der Begriffe „Zwei deutsche Staaten“ und „Deutsche Zweistaatlichkeit“ im ersten Absatz des 5. Abschnitts der Empfehlung der Eindruck entstehen kann, die Empfehlung verkenne die Besonderheit der inter-se-Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik als Teile eines noch immer existierenden umfassenden Staates Gesamtdeutschland mit einem einheitlichen Staatsvolk.

Zu 3.

Die Landesregierung geht davon aus, daß die o. a. Empfehlung die in der Geschichtswissenschaft bestehenden kontroversen Standpunkte nicht aufzuheben, höchstens einander anzunähern vermag. Unter Berücksichtigung dieses Umstandes ist sie der Auffassung, daß sich eine allseits befriedigende Ausgewogenheit in dieser Frage nicht erzielen läßt.

Dr. Remmers

## Nr. 2238

## Entschließungsantrag

Fraktion der SPD

Hannover, den 3. 2. 1977

## Betr.: Schulbuch-Revision

Die im Niedersächsischen Landtag vertretenen Parteien sind sich einig in dem Ziel, die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen zu fördern. Vertreter der Volksrepublik Polen haben wiederholt erklärt, daß sie die Umsetzung der von deutschen und polnischen Wissenschaftlern erarbeiteten Empfehlungen zur Revision des Geschichts- und Geographieunterrichts als wichtigsten Schritt zur allmählichen Normalisierung der Beziehungen beider Länder betrachten.

Ministerpräsident Albrecht hat anlässlich seines Polen-Besuchs im Dezember 1976 auf die Wichtigkeit der Schulbuch-Revision hingewiesen. Allerdings erwecken widersprüchliche Pressemeldungen über die Haltung der Landesregierung zur Schulbuch-Revision auf der Grundlage der Ergebnisse der deutsch-polnischen Schulbuchkonferenz Zweifel darüber, ob die Landesregierung in der Praxis die ihr gegebenen Möglichkeiten zur Schulbuch-Revision mit dem gebührenden Ernst betreibt.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. die Berücksichtigung der Ergebnisse der deutsch-polnischen Schulbuchkonferenzen zur Voraussetzung für die zukünftige Anerkennung entsprechender Teile von Geschichts- und Geographiebüchern bzw. Atlanten für den Unterricht an den niedersächsischen Schulen zu machen;
2. sich in den entsprechenden Gremien der Kultusministerkonferenz für die Umsetzung dieser Empfehlungen einzusetzen und über diesbezügliche Bemühungen dem Landtag zu berichten.

Kreibohm

Fraktionsvorsitzender

Ich rufe dann auf Punkt 10 unserer Tagesordnung:

Erste Beratung: **Schulbuch-Revision** – Entschließungsantrag der Fraktion der SPD – Drucks. 2238

Ich darf fragen, wer den Antrag begründet. – Das Wort hat der Abgeordnete Wernstedt.

**Wernstedt (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die SPD-Landtagsfraktion legt Ihnen einen Antrag vor, mit dem die Landesregierung aufgefordert wird, die Berücksichtigung der Ergebnisse der deutsch-polnischen Schulbuch-Konferenzen zur Voraussetzung für die zukünftige Anerkennung entsprechender Teile von Geschichts- und Geographiebüchern bzw. Atlanten für den Unterricht an niedersächsischen Schulen zu machen und sich in den entsprechenden Gremien der Kultusministerkonferenz für die Umsetzung dieser Empfehlungen einzusetzen und über diesbezügliche Bemühungen dem Landtag zu berichten.

Wir gehen dabei davon aus, daß die Zielsetzungen der UNESCO-Kommissionen in diesem Hause unstrittig sind, die im Interesse der Friedenssicherung und der Verständigung beider Völker an die schwierige Aufgabe der Schulbuch-Revision herangegangen sind. Wir gehen weiterhin davon aus, daß sich die bisherigen Ergebnisse der Schulbuch-Konferenzen auf der Linie dieser Zielsetzungen bewegen und Ausdruck des Entspannungsprozesses sind, der seit dem Warschauer Vertrag vom 7. Dezember 1970 eingesetzt hat und unter anderem mit der Verabschiedung des deutsch-polnischen Aussiedlungsvertrages vom 12. März 1976 im Deutschen Bundesrat fortgesetzt wurde.

Wir meinen drittens Obereinstimmung in diesem Hause festzustellen, wenn wir sagen, daß die Empfehlungen dem Bildungsauftrag der Schule, wie er in § 2 des Schulgesetzes niedergelegt ist, entsprechen, in dem ausdrücklich von der Verpflichtung der Lehre und des Lernens im Geiste der Völkerverständigung die Rede ist. Außerdem scheint es uns als dem Bundesland, das das Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung unterhält, gut anzustehen, zu den

Ergebnissen der tatsächlichen Arbeiten dieses Instituts auch eine inhaltliche Stellungnahme abzugeben.

Das Institut konnte, wie Sie wissen, nur deswegen ein derartig internationales Renommee erringen, weil Georg Eckert – ich will es einmal so ausdrücken – dieses Renommee als wissenschaftlicher Diplomat einbrachte. Wir meinen schließlich, daß die Landesregierung die Initiativen der Bundesregierung, d. h. des Bundeskanzlers und des Außenministers, unterstützen sollte, die sich für die Umsetzung der Ergebnisse der deutsch-polnischen Schulbuch-Konferenzen eingesetzt hat.

(Beifall bei der SPD.)

Man muß ferner wissen, daß ohne positive Kontakte zu den Kultusverwaltungen und den politisch verantwortlichen Kräften die Arbeit des Instituts letztlich im luftleeren Raum hängenbleibt. Alle Fraktionen dieses Hauses haben erklärt, daß dies nicht ihr Wille sei.

Irgendwann wird das Bekenntnis zur Aussöhnung mit dem polnischen Nachbarn eine hohle Phrase und wird zur politischen Augenwischerei, wenn man die praktischen Möglichkeiten, die einen Beitrag zur Völkerverständigung leisten, nicht ausschöpft.

(Beifall bei der SPD.)

Nun ist es kein Geheimnis, daß um diese Empfehlungen ein teilweise erbitterter Parteienstreit entbrannt ist, der in den verschiedenen Landtagen zu mehreren Initiativen sehr unterschiedlicher Art geführt hat; so zum Beispiel in Hessen, Nordrhein-Westfalen und in Bayern. Deshalb erscheint es mir notwendig, auf den rechtlichen und inhaltlichen Charakter dieser Empfehlungen kurz einzugehen, um auch eventuellen Mißverständnissen vorzubeugen.

Die Empfehlungen sind entstanden als Ergebnis einer gemeinsamen Schulbuch-Konferenz der UNESCO-Kommissionen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen. Sie haben als Empfehlungen selbstverständlich keinen völkerrechtlich bindenden Charakter. Den konnten sie schon deshalb nicht haben, weil zum Beispiel die Mitglieder der deutschen Kommission nicht an Weisungen und Aufträge gebunden waren. Die beteiligten Experten waren von der UNESCO-Kommission und dem Braunschweiger Institut zur Mitarbeit gebeten worden.

Man würde die erarbeiteten Empfehlungen völlig mißverstehen, wenn man glaubte, sie als ausformulierte Texte in Schulbücher oder Richtlinien übernehmen zu können oder sie sogar als Sprachregelungen im Sinne von verbalen Versatzstücken zu deklamieren. Vermutungen dieser Art können nur von solchen Leuten angestellt werden, die diese Empfehlungen in ihrer Gänze überhaupt nicht gelesen haben. Art und Umfang der einzelnen Empfehlungen sind sehr unterschiedlich. Die Darbietung von Fakten ist uneinheitlich. Als Beispiel mögen nur die Ausführungen in den Empfehlungen zum Deutschen Orden oder zu den polnischen Teilungen dienen. Die Empfehlungen sind vielmehr Hinweise und Orientierungshilfen an Schulbuchautoren, an Verleger, an Gutachter und natürlich auch Kultusverwaltungen auf wichtige Problemstellungen und.

was für uns das Wichtigste ist, auf möglichen Konsens. In diesen Schulbuchempfehlungen wird formuliert, auf welcher Ebene sich Deutsche und Polen begegnen können in der Interpretation ihrer Geschichte und wie ein kritischer und historisch reflektierter Neuanfang der Beziehungen beider Völker möglich ist. Sie beanspruchen keine lückenlose Interpretation oder Darstellung der deutsch-polnischen Geschichte überhaupt, sondern konzentrieren sich auf besonders umstrittene Beziehungsprobleme vor allem der neuesten Geschichte.

An mehreren Stellen der Empfehlungen wird ausdrücklich darauf Bezug genommen, daß man intensiv weiterdiskutieren müsse, so zum Beispiel über die Frage und die Bedeutung des deutsch-polnischen Widerstandes während des Zweiten Weltkrieges, über die deutsch-polnischen Beziehungen vor allem der Jahre 1933 bis 1939. Die Konzeption von Schulbüchern unterliegt nach unserer Auffassung nicht nur den fachwissenschaftlichen Erfordernissen, daß sie nämlich die dargebotenen Tatsachen richtig darstellen und die Zusammenhänge auch angemessen und wissenschaftlich geprüft darbieten, sondern ebenso – und dies ist ja wohl Aufgabe jeder Schule, wenn Sie so wollen – ethisch-politischen Motiven. Denn der Wille, die junge Generation mit mehr Informationen zu versorgen und dadurch zum Abbau von Emotionen und Vorurteilen beizutragen, ist, wie auch Gotthold Rhode, einer der Beteiligten an diesen Konferenzen, sagte, zweifellos ein ethisch-politisches Motiv.

(Beifall bei der SPD und der FDP.)

Dieses Ziel kann man nur erreichen, wenn man sich ernsthaft bemüht, genau auszuloten, in welchen wichtigen Fragen der Geschichte und insbesondere auch der Nachkriegsentwicklung gemeinsame Formulierungen möglich sind. Ein Zwischenergebnis, das diesen Erfordernissen gerecht wird, liegt in den Empfehlungen vor; es ist ein Papier, das die Auseinandersetzung und die positive Stellungnahme lohnt.

Darum meinen wir, daß sich der Reflexionsstand, das Problembewußtsein und auch die Konsensmöglichkeiten in den Schulbüchern, wenn und insofern sie in den deutsch-polnischen Beziehungen thematisiert werden, wiederfinden sollten. Dies und nichts anderes heißt für uns „Berücksichtigung der Ergebnisse“. Es bleibt unbenommen, notwendige Ergänzungen und gegensätzliche Standpunkte auch in Schulbüchern darzustellen. Die Kritik an den Empfehlungen, zum Beispiel, daß sie unvollständig seien, geht also sowohl an den Intentionen wie auch an den Möglichkeiten eines solchen Papiers vorbei.

Darum ist auch die Begründung, wie ich meine, die Ministerpräsident Albrecht und Kultusminister Remmers in ihrer Dokumentation vom 15. Dezember 1976 gegeben haben, warum nämlich die Niedersächsische Landesregierung den Empfehlungen der Internationalen Schulbuchkommission in Braunschweig nicht vorbehaltlos zustimmen könne, ungläubhaft und vordergründig.

Niemand hat jemals behauptet, auch die polnischen Teilnehmer an den Konferenzen nicht, daß die in Rede stehenden Empfehlungen vollständig seien. Die Darstellung „bitterer Erfahrungen der Vergangenheit“, so ein Zitat aus der Dokumentation der Landesregierung, und der noch bestehenden Probleme der Gegenwart ist auch bei Anerkennung der Empfehlungen möglich, wenn man sie nur als das verstehen will, was sie sind. Wer dies nicht will, wie Herr Albrecht und Herr Remmers ausweislich der Dokumentation vom 15. Dezember 1976 erklärt haben, muß offensichtlich etwas anderes wollen.

Lassen Sie mich auf drei Streitpunkte in diesem Zusammenhang eingehen, die die Wertung der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen betreffen.

Erstens. Der Herr Kultusminister und der Herr Ministerpräsident schließen sich der Kritik an, die da sagt, daß in den Schulbuchempfehlungen der Begriff „Vertreibungen“ nicht mehr vorkomme. Wir meinen, daß dieser Streit im Ergebnis unfruchtbar ist, weil nämlich die Formulierungen in den deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen den historischen Sachverhalt völlig exakt und sauber wiedergeben. Es ist in den Schulbuchempfehlungen die Rede gewesen von Evakuieren, von Flüchtigen, von Ausweisen, von Zwangsumsiedeln und von Ausreisen. Diese Formulierungen ermöglichen es jedem Gutwilligen, auch das Leid und die Not der Menschen gebührend zu berücksichtigen, die von diesen Maßnahmen betroffen worden sind. Niemand in unserer Fraktion wird das verniedlichen.

(Beifall bei der SPD.)

In der Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage des Kollegen Dr. Niewerth wird hierauf ausdrücklich Bezug gekommen. Ich zitiere mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten, was die Landesregierung dem Kollegen Dr. Niewerth auf die entsprechenden Fragen geantwortet hat:

Sie – die Landesregierung – erwartet, daß Herausgeber von Schulbüchern bei der Darstellung der Vertreibung der Deutschen aus ihrer Heimat nicht nur den ersten Absatz, sondern den gesamten Text des zweiten Abschnittes der Empfehlungen der 8. deutsch-polnischen Schulbuchkonferenz beachten.

Und der gesamte Text enthält eben die Vokabeln Evakuieren, Flüchtigen, Ausweisen, Zwangsumsiedeln, Ausreisen. Meine Damen und Herren, genau dies ist auch die Absicht des SPD-Entschließungsantrages.

(Hörmann [CDU]: Herr Kollege, welche Bedenken haben Sie denn dagegen, den Ausdruck „Vertreibung“ weiter zu benutzen im Zusammenhang mit dem Elend, Schmerz und Leid, die die Familien aus dem deutschen Osten damals erlitten haben?)

— Wenn es dazu dient, daß in der polnischen Bevölkerung, die ja dies ebenfalls mit zu tragen hat, diese exakte historische Darstellung zu einem Verständnis der tatsächlichen historischen Vorgänge beiträgt, dann

Wernstedt

würde ich mich nicht auf eine solche Vokabel versteifen, sondern das sagen, was tatsächlich auch möglich ist!

(Beifall bei der SPD.)

Der zweite Kritikpunkt: Es wurde auch in den letzten Tagen vom Herrn Ministerpräsidenten und vom Herrn Kultusminister darauf hingewiesen, daß die deutsch-russischen Verhandlungen, die seinerzeit zum Molotow-Ribbentrop-Abkommen vom 23. August 1939 geführt haben, in den Schulbuchempfehlungen nicht erwähnt werden. Das ist völlig richtig. Nur ist die Schlußfolgerung, daß man deswegen die Empfehlungen nicht empfehlen dürfe, völlig falsch.

(Hüper [SPD]: Das kann man wohl sagen!)

Ich würde sogar sagen, daß zur Entstehungsgeschichte des Zweiten Weltkrieges dieser Vertrag und seine Folgen unbedingt dazugehören. Ich habe das übrigens in meiner Schulpraxis auch dauernd so gehalten. Aber Sie werden zugestehen, daß dies ohne Verhandlungen mit der Sowjetunion in entsprechenden Schulbuchempfehlungen gar nicht festgelegt werden kann. Dies ist ein Thema für eine zweite Verhandlung; das können Sie den polnischen Schulbuchempfehlungen nicht anlasten.

Es wird niemandem verboten, in deutschen Schulbüchern auf diesen Zusammenhang hinzuweisen. Ich hielte dies sogar für notwendig, wie ich eben schon ausführte.

(Beifall bei der SPD.)

Drittens. Es wird den Schulbuchempfehlungen vorgeworfen, daß sie die Darstellung der Rechtslage Deutschlands nicht verfassungskonform wiedergäben. Dazu hat die Landesregierung selbst schon erklärt, wiederum in der Antwort auf die Kleine Anfrage des Kollegen Dr. Niewerth vom August vergangenen Jahres – ich zitiere mit Genehmigung des Herrn Präsidenten –:

Die Landesregierung bedauert, daß durch die undifferenzierte Verwendung der Begriffe „zwei deutsche Staaten“ und „deutsche Zweistaatlichkeit“ im ersten Absatz des fünften Abschnittes der Empfehlungen der Eindruck entstehen kann, die Empfehlung verkenne die Besonderheit der Inter-se-Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik als Teilen eines noch immer existierenden umfassenden Staates Gesamtdeutschland mit einem einheitlichen Staatsvolk.

Auch wenn man diese Formulierung als ein Meisterstück diplomatischer Formulierungskunst und sogar als eine Delikatesse verstehen kann, so heißt die Logik dieses Satzes doch nichts anderes, als daß in der Sache die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen den Vorwurf, sie seien nicht verfassungskonform, nicht rechtfertigen, sondern nur in dem Eindruck, den Sie daraus zu gewinnen glauben.

Es ist daher weder in Ihren Ausführungen vom Dezember 1976 noch in Ihrer Pressemitteilung vom 19. April 1977 auch nur ein einziges sachliches Argu-

ment vorgetragen worden, das die Ablehnung der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen rechtfertigt.

Die negative Haltung der Landesregierung zu unserem Entschließungsantrag erstaunt auch deswegen um so mehr, weil der Herr Kultusminister noch am 14. April 1977, fünf Tage vor der geplanten letzten Behandlung dieses Themas in diesem Hohen Hause, im Sender Freies Berlin zum Inhalt der Empfehlungen folgendes erklärt hat, was ich mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zitiere:

Zunächst einmal halte ich diese Empfehlungen und die Arbeit an diesen und solchen ähnlichen Empfehlungen für außerordentlich wichtig; und mir ist dies vor allen Dingen bei meiner Polenreise, die ich ja zusammen oder in Begleitung von Ministerpräsident Albrecht durchführen konnte, richtig plastisch und konkret vor Augen geführt worden. Ich meine also: Es ist sehr wichtig, und wir müssen daran weiterarbeiten, und wir müssen versuchen, diese Empfehlungen, soweit es nur irgend geht, in die Wirklichkeit umzusetzen.

Nun gibt es auch Kritik an den Empfehlungen, und ich kann diese Kritik zum Teil verstehen. Dies sind erste Empfehlungen. Es wird sicherlich alleine nicht stehenbleiben dürfen; es sind manche Empfehlungen auf Grund des Kompromißcharakters sehr stark ausgedünnt worden. Es ist manches dann dabei übriggeblieben in einer gewissen sprachlichen Holprigkeit, die nicht letztlich befriedigt.

Aber dennoch bleibe ich im großen und ganzen positiv in meiner Einstellung zu diesen Empfehlungen, und ich möchte auch einen Beitrag dazu leisten, daß wir insgesamt weiterkommen auf diesem Feld.

Und dann kommt eine entsprechende Passage über Lehreraustausch.

Der Tenor dieser Darlegungen, meine Damen und Herren, ist wesentlich positiver als das, was hier in diesem Hause und in den Pressemitteilungen erklärt worden ist. Wir können daher die reservierte Haltung und die entschiedene Ablehnung der Empfehlungen, zumindest unseres Antrages, nur als politische Absicht bezeichnen. Der Herr Ministerpräsident und der Herr Kultusminister waren in Polen offensichtlich besser beraten als hier im Lande. Nach Zeitungsberichten jedenfalls haben sie ihren polnischen Gesprächspartnern den Eindruck vermitteln wollen, sie würden sich für die Umsetzung der Ergebnisse der Schulbuchkonferenzen einsetzen. Wir hoffen, daß sie die Polen nicht täuschen wollten!

(Beifall bei der SPD.)

Wir wollen mit diesem Antrag wissen, wie sich die großen Versöhnungsgesten der Landesregierung im politischen Alltag ausnehmen. Für uns ist die Umsetzung der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen kein nur technischer Vorgang; denn in der Aufarbei-

tung der Geschichte im Geiste der Versöhnung wird ein Stück Zukunftsbewältigung geleistet. Der Gedanke der Versöhnung darf nicht kurzfristigen politischen Konjunkturen oder unter Umständen sogar falscher Rücksichtnahme auf Funktionäre geopfert werden.

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, meine Damen und Herren, daß auf der polnischen Seite genau mit derselben Intensität daran gearbeitet wird, zu versuchen, Vorurteile abzubauen, die ja dort massiv auch gegenüber Deutschland und den Deutschen bestehen. Ich darf einmal eine Zahl nennen. In Polen lernen 41 Prozent aller Oberschüler die deutsche Sprache. Nur dies. Ein Beitrag dazu, der weit in die Zukunft hineinreicht und den wir nur begrüßen können. – Ich danke für die Aufmerksamkeit und beantrage Überweisung an den Ausschuß.

(Starker Beifall bei der SPD.)

**Vizepräsident Baumgarten:** Das Wort hat Herr Minister Dr. Remmers.

**Dr. Remmers, Kultusminister:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Um von vornherein Mißverständnissen vorzubeugen, möchte ich ganz klar trennen zwischen meiner Stellungnahme zu den deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen der deutschen UNESCO-Kommission und meiner Haltung gegenüber dem Entschließungsantrag der SPD-Fraktion, mit dem sie fordert, daß für einzelne Teile von Geschichts- und Geographiebüchern die allgemein gültigen und – wie ich meine – auch allgemein anerkannten Grundsätze für die Genehmigung von Schulbüchern praktisch suspendiert und durch detaillierte inhaltliche Vorgaben ersetzt werden.

Zu den deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen ist die Stellungnahme der Niedersächsischen Landesregierung meiner Ansicht nach von Anfang an klar und sachbezogen gewesen. Wir haben uns in keiner Phase der in der Bundesrepublik kontrovers geführten Diskussion über diese Empfehlungen von Opportunitäts Gesichtspunkten leiten lassen. Wir haben uns geweigert, in den Chor derjenigen einzustimmen, die die Ergebnisse der Bemühungen der deutsch-polnischen Schulbuchkonferenzen grundsätzlich ablehnen. Wir haben gesagt: Wir stimmen in diesen Chor nicht ein. Ebenso wenig waren wir auf der anderen Seite bereit, die Vorbehalte gegen diese Schulbuchempfehlungen, die von der Sache her begründet sind, zu verschweigen oder gar aufzugeben. Die Beantwortung einer Kleinen Anfrage – sie ist gerade schon von dem Kollegen Wernstedt erwähnt worden – vom 13. August 1976 und die Äußerungen des Herrn Ministerpräsidenten anlässlich seiner Polenreise im Dezember 1976 legen davon ganz deutlich Zeugnis ab.

Ich möchte hier bemerken, daß ich es im Grunde genommen, Herr Wernstedt, für eine böartige Vermutung halte, die Sie hier in den Raum gestellt haben, als bestünde die Möglichkeit – ich will mich vorsichtig ausdrücken –, der Ministerpräsident und ich hätten bei unserer Reise im vergangenen Winter nach Polen versucht, die Polen zu täuschen. Sie haben das nur als Vermutung dargelegt.

(Wernstedt [SPD]: Als Hoffnung, daß Sie es nicht wollten!

— Hoffentlich ist die Hoffnung bei Ihnen stark, daß es nicht so gewesen ist. Ich bin bei allen Ausführungen des Ministerpräsidenten dabeigewesen, und ich habe auch teilweise selber – in wenigen Fällen – dazu Ausführungen gemacht. Ich kann Ihnen sagen, daß der Ministerpräsident in Polen zu keinem Augenblick und in keiner Situation etwas anderes gesagt hat als das, was er in mündlichen und schriftlichen Erklärungen, auch später hier, in die Bundesrepublik zurückgekehrt, gesagt hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP.)

Der Ministerpräsident hat durchaus den Mut gehabt, etwa gegenüber dem polnischen Schulminister jene Bedenken zum Ausdruck zu bringen, die hier auch geäußert worden sind.

(Zuruf von Pennigsdorf [SPD].)

— Herr Pennigsdorf, Sie sagen, das stimme nicht. Sie wissen ganz genau, daß der Ministerpräsident gesagt hat, daß jenes richtig ist, was vorhin Herr Wernstedt zitiert hat aus meinem Interview mit dem SFB. Der Ministerpräsident hat nämlich gesagt: Es gibt Ungeäußerheiten; es gibt Dinge, die deshalb sehr dünn ausgefallen sind, weil sie den ausgesprochenen Charakter des Kompromisses tragen usw. Er hat also eine Reihe von kritischen Anmerkungen dazu gemacht. Er hat dabei nie Zweifel darüber aufkommen lassen, daß es unsere Auffassung ist – genau wie ich es in dem SFB-Interview zum Ausdruck gebracht habe –, im Sinne von Völkerverständigung und Toleranz mit diesen Fragen fertig zu werden und sich daran weiter zu beteiligen.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich noch eines hinzufügen. Die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen können sicherlich – ich sage das mit Nachdruck – als ein Beitrag zur Versachlichung der Darstellung der Nachkriegsgeschichte in den Schulbüchern gewertet werden. Sie sind geprägt von dem Willen zur Verständigung und von dem Wunsch, den Weg zur Versöhnung zwischen den Völkern zu ebnen. (Beifall bei der CDU und der FDP.)

Ich sage das namens der Landesregierung, damit hier keine Zweifel aufkommen. Insofern werden sie von uns respektiert. Diese Schulbuchempfehlungen legen zugleich aber auch – das muß eben auch gesagt werden; dies darf hier auch nicht verschwiegen werden – Zeugnis ab von den Grenzen, die auch heute noch der Verständigung gezogen sind.

Gerade auch engagierte Mitglieder der deutsch-polnischen Schulbuchkonferenz haben über diese Grenzen berichtet und über die Kompromisse und Auslassungen, die darauf zurückzuführen sind. Die haben wir doch alle auch lesen können von engagierten Mitgliedern dieser Kommission. Diese Kompromisse und Auslassungen sind es, die die Vorbehalte der Landesregierung gegenüber den Schulbuchempfehlungen begründen. Dies betrifft alles noch die Schulbuchempfehlungen, aber noch nicht Ihren Entschließungsantrag.

Dr. Remmers

Lassen Sie mich hierzu noch eines sagen. Wenn Sie, Herr Wernstedt, vorhin gesagt haben, die Frage etwa der historischen Vorgänge im Verhältnis Polens zur Sowjetunion und der Bundesrepublik zu Polen bzw. zur Sowjetunion müßten Gesprächen mit der Sowjetunion vorbehalten bleiben, so bin ich nicht ganz dieser Auffassung. Wir würden ja auch, wenn wir es nötig hätten, mit anderen Staaten, meinetwegen mit Staaten der westlichen Welt, beispielsweise mit Frankreich und Spanien, in einem Dreiecksverhältnis zu verhandeln, nicht sagen: Das kann in diesem Verhältnis zu Frankreich nicht geregelt werden; das muß im direkten Zugang zu Spanien geregelt werden. Ich will damit folgendes sagen: Ich habe in Polen mit einer ganzen Reihe von Vertretern, mit denen wir dort zusammenkamen, Gespräche geführt, und ich habe auch einige Gespräche unter vier Augen führen können. Dabei ist mir ganz deutlich geworden, daß in der Tat die Polen in einer ganzen Reihe von Fragen natürlich größte Schwierigkeiten haben, mit uns über Dinge zu sprechen oder – wenn Sie so wollen – Dinge zuzugeben, die sie vielleicht zugeben möchten, aber nicht zugeben können auf Grund der politischen Situation. Das wird nicht bestritten.

Wenn man dann in einem solchen Vieraugengespräch etwa sagt, der Hitler-Stalin-Pakt gehöre eigentlich auch dazu, und dieses oder jenes gehöre auch dazu, dann bekommt man die Antwort – sie ist mir auch zuteil geworden –: Was geht das eigentlich die Bundesrepublik oder die Deutschen im Verhältnis zu Polen an? Ich meine, meine Damen und Herren, so einfach kann das nicht gehen, sondern dann müssen wir wenigstens unseren Standpunkt vertreten und können uns nicht auf diesen aus der politischen Zwangslage heraus vielleicht verständlichen, aber für uns nicht akzeptablen Standpunkt stellen, daß wir gewissermaßen die historische Wahrheit teilen.

(Beifall bei der CDU und der FDP.)

Die historische Wahrheit ist doch für uns unteilbar, und wir können doch nicht einem Schulbuchautor oder einem Wissenschaftler gewissermaßen zumuten, aus diesen Erwägungen heraus, die man aus polnischer Sicht vielleicht verstehen kann, diese Dinge auszulassen oder zu umgehen.

Das ist doch der Hintergrund des eigentlichen Problems, vor dem wir stehen. Nun bin ich durchaus bereit, auch namens der Landesregierung zu sagen, daß wir bemüht sind, diesen Prozeß der Verständigung weiter voranzutreiben und dafür auch in den Schulbüchern zu sorgen. Nur: Ich meine, daß wir dabei diese weißen Stellen und diese dünnen Stellen in den Vereinbarungen, diese den ausgesprochenen Charakter des Kompromisses tragenden Vereinbarungen auch sehen müssen.

Lassen Sie mich im übrigen bei dieser Gelegenheit auch zu dem, was der Kollege Wernstedt vorhin unter Hinweis auf die hohen Prozentzahlen derjenigen, die in Polen Deutsch lernen, und auf das, was die in Polen alles tun, eines sagen, und diese Kritik wird ja erlaubt sein: daß nämlich auch ansonsten noch eine Menge zu tun ist. Das, was uns in Polen, in Thorn erzählt worden

ist über die deutsche Ordensgeschichte usw., war nun auch – ich möchte es behutsam sagen – alles andere als geprägt von den deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen. Auch das muß man einmal sagen dürfen.

Soweit also unsere an und für sich in der Generaltendenz positive, auf die Auslassungen und auf die den Kompromißcharakter tragenden Schulbuchempfehlungen bezogene Stellungnahme.

Nun zum Entschließungsantrag der SPD-Fraktion. Sie fordert „die Berücksichtigung“ – so heißt es im Entschließungsantrag – „der Ergebnisse der deutsch-polnischen Schulbuchkonferenzen zur Voraussetzung für die zukünftige Anerkennung entsprechender Teile von Geschichts- und Geographiebüchern bzw. Atlanten für den Unterricht an den niedersächsischen Schulen zu machen“. Diese Forderung steht im offenen Widerspruch zu der Intention zumindest der deutschen Mitarbeiter in den deutsch-polnischen Schulbuchkonferenzen. Gotthold Rhode hat in seinem Aufsatz in der FAZ vom 31. Januar 1977 eindeutig erklärt, diese Empfehlungen erhöhen nicht den Anspruch – ich zitiere wörtlich –, „eine vollständige, wenn auch knappe Darstellung deutscher und polnischer Nachkriegsgeschichte zu geben“. Herr Wernstedt hat dies im Grunde genommen vorhin selber zugegeben. Sie hätten nicht den Charakter, so sagt Herr Rhode, verbindlicher Richtlinien. Es sei ein „Mißverständnis“, derartige Empfehlungen seien Texte, die in Schulbücher und Lehrprogramme übernommen werden und verbindliche „Sprachregelungen“ darstellen sollten.

Aber auch unabhängig von diesen Äußerungen eines Mitautors läßt sich die Forderung der SPD-Fraktion von der Sache her nicht vertreten. Es kann doch von niemandem bestritten werden, meine Damen und Herren, daß die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen an einigen Stellen nur auf dem Kompromißwege zustande kamen. An diesen Stellen sind sie entsprechend unscharf, vieldeutig oder lückenhaft. So hat die Niedersächsische Landesregierung – ich darf das der Vollständigkeit halber auch meinerseits noch einmal sagen – bereits ihr Bedauern darüber geäußert, daß durch die undifferenzierte Verwendung der Begriffe „zwei deutsche Staaten“ und „deutsche Zweistaatlichkeit“ – ich zitiere – „die Besonderheit der Inter-se-Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR als Beispiel eines noch immer existierenden umfassenden Staates Gesamtdeutschland mit einem einheitlichen Staatsvolk nicht hinreichend deutlich wird“.

Meine Damen und Herren, wir kommen doch auch nicht an dem vorbei, was das Bundesverfassungsgericht in diesen Fragen ausdrücklich sagt. Außerdem ist die Rolle der Sowjetunion in ihren Auswirkungen auf das deutsch-polnische Verhältnis in den Empfehlungen ausgespart worden. Von der Sache her wird man daher sagen müssen: Den Aussagen des Bundesverfassungsgerichts zum Problem der zwei Staaten in Deutschland und den von der Fachwissenschaft erarbeiteten Erkenntnissen über die Rolle der UdSSR ist zumindest der gleiche Stellenwert einzuräumen wie den Schulbuchempfehlungen.

Was ich damit sagen will, ist folgendes: Wenn wir jetzt sagen, gut, in einer gewissen generellen Tendenz berücksichtigen wir die Schulbuchempfehlungen, um die es hier geht, dann müssen wir gleichzeitig aber auch sagen: Wenn dies schon nicht Inhalt der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen sein kann – wie Sie selber ausgeführt haben, Herr Wernstedt –, dann dürfen gewissermaßen zusätzlich nur noch Entschließungsanträge eingebracht werden, in denen uns jeweils Auflagen gemacht werden für Schulbuchgenehmigungen im Hinblick auf unser Verhältnis zur UdSSR, im Hinblick auf die Frage Inter-se-Beziehungen usw. Dies müßte dann ein ganzes Bündel von Entschließungsanträgen sein, die uns jeweils im einzelnen verpflichten, dies und jenes aus den historischen Gegebenheiten zu berücksichtigen.

Man wird also in bezug auf die beiden Problemkreise, die ich vorhin angesprochen habe, nicht nur zulassen, sondern geradezu fordern müssen, daß Schulbuchverleger bzw. Autoren über das in den Schulbuchempfehlungen Gesagte hinausgehen. Sie müssen darüber hinausgehen. Wir müssen das geradezu fordern. Schulbuchautor und Lehrer werden aber auch dort über die Formulierungen der Schulbuchempfehlungen hinausgehen müssen, wo man ihnen in der Sache zustimmen kann. Das heißt, auch da, wo wir sagen: „In der Sache ist das durchaus richtig; aber es gibt dazu noch mehr zu sagen“, muß darüber hinausgegangen werden. Man wird sich doch nicht – um nur ein Beispiel zu nennen, meine Damen und Herren – mit dem Satz begnügen dürfen – jetzt kommt dieses berühmte Problem –: „Der größte Teil der im Oder-Neiße-Gebiet verbliebenen deutschen Bevölkerung“ – so heißt es wörtlich – „wurde in den Jahren 1945 bis 1947 ausgewiesen bzw. im Rahmen des interalliierten Transferabkommens zwangsumgesiedelt.“ Hier wird man nicht nur erwarten dürfen, sondern sogar erwarten müssen, daß Lehrbuchautor und Lehrer sich bemühen, den Schülern zu verdeutlichen, was alles an menschlicher Erfahrung, was alles auch an Not und Elend mit dieser Zwangsumsiedlung verbunden war. Das muß doch hinzugefügt werden; dies muß doch ausgefaltet werden. Ich glaube, daß insofern gar kein Zweifel auftreten kann.

Wenn nun bei diesem Bemühen die Vokabel „Zwangsumsiedlung“ durch die Vokabel „Vertreibung“ ergänzt wird, dann wird man doch einem Lehrbuch die Genehmigung nicht verweigern dürfen, nur weil von irgendeiner Seite darin ein Verstoß gegen die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen gesehen werden kann.

(Beifall bei der CDU.)

In der Umschreibung dessen, was gemeint ist, muß es doch möglich sein, derartige Vokabeln zu gebrauchen; denn die Vokabel „Vertreibung“ oder die Vokabel „Vertriebene“, die bei uns bis in die heutigen Tage eine selbstverständliche Bezeichnung für diese Mitbürger ist, hat doch keinen irgendwie gearteten besonderen revanchistischen Charakter.

(Dr. Mahrenholz [SPD]: Das behauptet auch niemand!)

Mit anderen Worten: Ich meine, daß das in dieser unmittelbaren Weise, ohne die Ausfüllung der Lücken, ohne dieses Darüberhinausgehen, nicht möglich ist.

Wenn man außerdem bedenkt, meine Damen und Herren, daß wissenschaftliche Erkenntnis nichts Statisches ist, sondern sich dynamisch entwickelt, daß auch die Gespräche zwischen deutschen und polnischen Wissenschaftlern weitergeführt werden und zu neuen Ergebnissen führen können, wird meines Erachtens hinreichend deutlich, daß eine Übernahme der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen in den Kriterienkatalog für die Genehmigung von Schulbüchern nicht sinnvoll sein kann.

Aber dieses Problem hat auch noch eine grundsätzliche Seite. Die Kriterien für die Genehmigung von Schulbüchern sind in einem Schulbucheinverleibung festgelegt. Sie berücksichtigen die durch unsere Staats- und Gesellschaftsordnung vorgegebenen Grenzen, nämlich allgemeine Verfassungsgrundsätze, Rechtsvorschriften, den Bildungsauftrag der Schule gemäß § 2 Niedersächsisches Schulgesetz

(Dr. Mahrenholz [SPD]: Sehr richtig!)

und die Forderung nach sachlicher Richtigkeit. Im übrigen lassen sie jedoch den Verlegern und den Autoren den unserer Verfassung gemäßen und gegebenen Freiraum. Es wäre einschwerwiegender Präzedenzfall, meine Damen und Herren, wollte man für einzelne Schulfächer, in diesem Fall sogar für einzelne Stoffgebiete, zusätzliche Festlegungen vornehmen. Das könnte einerseits eine Fülle ähnlicher Forderungen nach sich ziehen, und andererseits könnte es sogar als eine unzulässige Einschränkung der Lehr- und Meinungsfreiheit angesehen werden.

(Dr. Mahrenholz [SPD]: Aber der Ostkunde-Erlass existiert doch auch!)

Ich muß es hier mit allem Nachdruck sagen: Die Annahme des Entschließungsantrages der SPD-Fraktion in der vorgelegten Form würde einen totalen Bruch mit der bisherigen Genehmigungspraxis bei Schulbüchern bedeuten.

(Dr. Mahrenholz [SPD]: Aber Herr Remmers, ich war doch auch einmal Kultusminister!)

Ich sehe überhaupt keine Möglichkeit, wie die von der SPD aufgestellte Forderung gewissermaßen systemkonform realisiert werden könnte. Eine Annahme des Entschließungsantrages der SPD-Fraktion würde die Preisgabe aller bisherigen Grundsätze der Genehmigungspraxis bedeuten.

Meine Bitte an Sie ist daher: Sie sollten den Antrag überdenken; er wird ja auch im Ausschuß beraten werden. Prüfen Sie bitte, wie weit ein Lehrbuch, das den zur Zeit geltenden Genehmigungskriterien entspricht, überhaupt im Widerspruch zu den deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen stehen kann. Ich jedenfalls bin der Auffassung, daß ein solches Lehrbuch in den Grundzügen weitgehend mit den Schulbuchempfehlungen übereinstimmen wird. Die Forderung nach sachlicher Richtigkeit, nach Beachtung des Gedankens

Dr. Remmers

der Völkerverständigung und nach Toleranz sichert das ab.

Vielleicht können Ihnen, meine Damen und Herren, diese Hinweise bei der Überprüfung des Antrages dienlich sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP.)

**Vizepräsident Baumgarten:** Das Wort hat der Kollege Hirche.

**Hirche (FDP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist erstaunlich und beachtenswert, daß es in den deutsch-polnischen Schulbuchgesprächen überhaupt gelungen ist, zu einer gemeinsamen Empfehlung zu kommen. Dies ist sicher auf allen Seiten unbestritten. Dies hat allerdings auch dazu geführt – Herr Wernstedt und Herr Remmers haben darauf hingewiesen –, daß an verschiedenen Stellen in diesen Empfehlungen der Kompromißcharakter deutlich wird, wie dies sicherlich auch bei anderen Empfehlungen zum Verhältnis zwischen anderen Ländern – ich denke einmal an Deutschland und Frankreich und die gemeinsame Beurteilung der Vergangenheit – nicht anders wäre. Es sind Kompromisse gefunden worden, es sind Auslassungen zu verzeichnen, sowohl für die deutsche wie für die polnische Seite.

Ich darf in diesem Zusammenhang noch einmal auf den Charakter dieser Empfehlungen zurückkommen, wie ihn einer der Mitverfasser, Gotthold Rhode, in seinem Artikel in der FAZ vom 31. Januar dieses Jahres beschrieben hat – ich zitiere wörtlich mit Genehmigung des Herrn Präsidenten –:

„Empfehlungen“ sind weder Befehle noch Richtlinien, von denen man nicht abweichen dürfte.

Und an anderer Stelle sagt er:

Hinter dieser Frage steht freilich das Mißverständnis, derartige Empfehlungen seien Texte, die in Schulbücher und Lehrprogramme übernommen werden und verbindliche „Sprachregelungen“ darstellen sollten. Oder gar, noch schlimmer, alles, was nicht in den Empfehlungen enthalten ist, solle nun im Schulbuch der Geschichte und der Geographie oder sogar im Unterricht nicht mehr behandelt werden.

Dieses sind sehr deutliche Worte; sie machen darauf aufmerksam, daß hier ein Gerüst angeboten wird, an dem sich die Darstellungen in den beiden Ländern ausrichten sollen. Es wird deutlich, daß also an einzelnen Stellen die spezielle Sicht der beiden betroffenen Länder zu diesen Empfehlungen im Grunde hinzukommen darf und hinzukommen soll, wenn man die Empfehlungen richtig versteht, so wie es auch in der Präambel der Empfehlungen selbst heißt – ich zitiere mit Genehmigung des Herrn Präsidenten –:

Die vorgelegten Empfehlungen beschreiben nicht erschöpfend die Komplexität der Beziehungen zwischen den beiden Staaten und ihre Einbettung in den weltpolitischen Rahmen.

Meine Damen und Herren, es ist selbstverständlich, daß bei der Darstellung der Zeitgeschichte auch

etwas über den Hitler-Stalin-Pakt und über die Einwirkung der UdSSR auch auf das deutsch-polnische Verhältnis gesagt werden muß. Das heißt, Aussagen darüber müssen in unseren Schulbüchern vorhanden sein. Ich glaube aber, man wird bei aller Hoch- und Wertschätzung der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen – da, Herr Wernstedt, würde ich eine andere Nuance setzen als Sie – nicht verkennen dürfen, daß auch Schulbücher eine gewisse Zeitgebundenheit haben und daß es von daher meines Erachtens auch in Deutschland unvermeidbar sein wird, um der Komplexität der Darstellung willen auch auf die mit der Zwangsumsiedlung – ich will dieses Wort einmal aufgreifen – verbundenen Probleme der Vertreibung darzustellen. Wir sollten nicht in den Fehler verfallen, etwa zu meinen, das alles ließe sich nur und rein wissenschaftlich darstellen ohne Bezug auf die jeweilige Zeiteingebundenheit, in der ja Geschichte ohnehin steht. Ich glaube, das schwierigste Problem im Zusammenhang mit den Empfehlungen – ich will es einmal neutral umschreiben – ist tatsächlich die Berücksichtigung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts. Hier gibt es einen gewissen Widerspruch oder mindestens eine Unvollständigkeit. Das festzustellen, meine Damen und Herren, bedeutet ja in keiner Weise, den Wert dieser Empfehlungen zu schmälern oder aber den Versuch nicht zu machen, diese Empfehlungen in die Praxis der Schulbucheinstellung umzusetzen – aber in dem Rahmen, in dem die Kommission selbst eine solche Umsetzung sieht.

Herr Kultusminister Remmers hat hier schon sehr ausführlich nicht nur auf den inhaltlichen Aspekt, sondern insbesondere auch auf den formalen Aspekt aufmerksam gemacht. Das Akzeptieren oder Beschließen (zur SPD) Ihres Antrages, so wie er formuliert worden ist, würde in der Tat gegen alle früheren Entscheidungen und Verhaltensweisen im Zusammenhang mit Schulbuchgenehmigungen verstoßen, und zwar sowohl gegen den Erlass von 1959 wie gegen den von 1976; einfach deshalb, weil in diesen Erlassen keine Details zu inhaltlichen Vorgaben bei der Genehmigung von Schulbüchern angegeben sind, sondern lediglich die Kriterien des Bildungsauftrages des Niedersächsischen Schulgesetzes. Ich moine deshalb und sage das auch unter Berücksichtigung der Paralleldiskussion etwa in Nordrhein-Westfalen, daß wir, wenn wir über diesen Antrag im Kultusausschuß beraten und beschließen, auf jeden Fall zu anderen Formulierungen kommen müssen, etwa dergestalt, daß diese Empfehlungen bei dem Verfahren zur Überprüfung von Schulbüchern vor der Genehmigung in dieses Prüfungsverfahren einbezogen werden. Damit wäre auf der einen Seite im Grunde materiell Ihrem Anliegen Rechnung getragen; auf der anderen Seite wäre es möglich, zusätzliche Akzente darzustellen und vor allem keinen Präzedenzfall zu schaffen für Schulbuchgenehmigungen. Herr Wernstedt, ich muß das in aller Deutlichkeit sagen: Ich habe den Eindruck, daß Ihnen bei der Formulierung, an der Sie wahrscheinlich maßgeblich mitgewirkt haben, entgangen ist, daß hier eine Entwicklung eingeleitet werden könnte, die auch in anderen Bereichen dazu führt, daß wir bis ins einzelne

vorschreiben, was eigentlich in Schulbüchern zu stehen hat, und daß wir damit gerade der Entwicklung im wissenschaftlichen Bereich einen Sperrriegel vorschieben würden. Das können Sie mit Sicherheit nicht gewollt haben; dazu kenne ich Sie zu gut.

(Beifall.)

Aber die Formulierung Ihres Antrages – „Berücksichtigung der Ergebnisse... zur Voraussetzung für die zukünftige Anerkennung“ – macht solche mindestens mißverständliche Interpretation unvermeidbar.

**Vizepräsident Baumgarten:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Mahrenholz?

**Dr. Mahrenholz (SPD):** Herr Hirche, haben Sie die gleichen Bedenken auch bei Zugrundelegung des Ostkunde-Erlasses von 1957, was die Genehmigung von Lehrbüchern angeht?

**Hirche (FDP):** Herr Dr. Mahrenholz, Sie selbst müßten ganz genau wissen, daß dieser eine ganz andere Rechtsqualität hat als jetzt ein solcher in Einzelpunkte gehender Entschließungsantrag. Ich greife Ihre Frage aber in einem anderen Sinne auf und antworte, daß es mir notwendig erscheint, innerhalb der Kultusministerkonferenz nach dem Vorliegen dieser Empfehlungen auch noch einmal über den Ostkunde-Erlaß von 1957 zu diskutieren und zu prüfen, wieweit die Formulierungen dieses Erlasses den Empfehlungen Rechnung tragen oder an Hand dieser Empfehlungen haltbar sind. Es ist nie so gemacht worden – jedenfalls bin ich nicht dergestalt unterrichtet –, daß das Ministerium etwa bei Schulbüchern wörtlich geprüft hätte, wieweit bestimmte Formulierungen u. ä. übernommen worden sind. Ich darf ganz deutlich sagen, daß das Wort „Berücksichtigung“ in meinen Augen eben dieses Mißverständnis der Ausschließlichkeit herbeiführt. Ich bin auf der anderen Seite sicher, daß es uns möglich sein wird, in den Diskussionen im Kultusausschuß auch zu einer gemeinsamen Linie zu kommen.

(Beifall bei der SPD.)

Ich hoffe sehr, daß sich alle drei Fraktionen dieses Hauses auf eine Formulierung verständigen können, die dem Ernst dieser Situation angemessen ist. Denn ich habe zu Anfang darauf hingewiesen, wie beachtlich es ist, daß überhaupt solche Empfehlungen vorgelegt werden, wie ernst es auch uns allen sein sollte und sicherlich auch ist, in der deutsch-polnischen Aussöhnung einen konkreten Schritt weiterzukommen.

(Zustimmung von Dr. Hruska [FDP].)

Herr Wernstedt, ich stimme Ihnen in einer Aussage zu: Die Ausbildung unserer Jugend und der Schulunterricht an sich tragen ganz entscheidend dazu bei, wie das zukünftige Verhältnis unserer beiden Völker zueinander ist, ein Verhältnis, das von Deutschland aus wohl zu keinem anderen Land so belastet ist wie zu Polen.

Wenn ich auch der Meinung bin, daß dieser Antrag so nicht beschlossen werden und nicht unverändert den Kultusausschuß passieren kann, halte ich es doch für wichtig, daß die Empfehlungen etwa im nichtamtlichen Teil des Schulverwaltungsblatts veröffentlicht

werden oder daß sich die Landeszentrale für politische Bildung einmal dieses Themas annimmt und die Empfehlungen zusammen mit einer Interpretation eines Kommissionsmitglieds, mit der Interpretation eines Gegners und eines Befürworters, dokumentarisch veröffentlicht. Auch damit würde ein konkreter Beitrag dazu geleistet, daß an unseren Schulen zur Behandlung des deutsch-polnischen Verhältnisses mehr zeitgemäße Materialien vorhanden sind.

(Beifall bei der FDP und der SPD.)

Wenn wir also gemeinsam in der Beratung dazu kommen, daß das in meinen Augen Mißverständliche und in gefährlicher Weise künftige Schulbuchgenehmigungen Präjudizierende aus dieser Entschließung herauskommt, dann bin ich, insbesondere auch nach der positiven Aussage, die der Kultusminister noch einmal zu dem Grundsätzlichen dieser Empfehlungen gemacht hat, der Überzeugung, daß wir eine Formulierung finden, die von allen Fraktionen dieses Hauses getragen werden kann. Nur eine solche Übereinkunft dient wirklich dazu, daß in der Bundesrepublik dann auch gemeinsam die Aussöhnung mit Polen weiter konkret betrieben wird.

(Beifall bei der FDP und der SPD.)

**Vizepräsident Baumgarten:** Das Wort hat der Abgeordnete Prof. Dr. Pöls.

**Prof. Dr. Pöls (CDU):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist – ich bedaure das – fast ein Museumsstück, was wir heute behandeln; denn dieser Punkt hat mehrere Tagesordnungen überdauert. Es ist aber bereits alles, was zu diesem Punkt zu sagen ist, auch was hier im Plenum nicht erörtert werden kann, gesagt. Ich stimme, was die politische wie auch die rechtliche Seite anbetrifft, voll mit dem Herrn Kultusminister überein, mit dem ich darüber auch vorher Gespräche gehabt habe. Ich stimme auch überein in der Zielsetzung, die Herr Hirche eben aufgezeigt hat, die am Ende der Ausschlußberatungen stehen soll und muß. Aber eine politische Bemerkung lassen Sie mich doch eben machen, meine Damen und Herren.

Ich halte die Völkerverständigung und – um einen anderen Begriff zu verwenden, den Sie gebraucht haben, Herr Wernstedt – die Friedenssicherung für etwas so Großes und Ernstes, daß wir es nicht auf ungesicherte historische Tatbestände stützen sollten.

(Beifall bei der CDU und der FDP.)

**Vizepräsident Baumgarten:** Das Wort hat der Abgeordnete Pennigsdorf.

**Pennigsdorf (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Hirche, vielleicht darf ich anknüpfen an das, was Sie gesagt haben, und betonen, daß es natürlich nicht darauf ankommt, am Wortlaut zu kleben, wie die Juristen sagen, sondern darauf, Inhalt und Geist der Vereinbarungen Wirklichkeit werden zu lassen in unseren Schulbüchern. Wenn wir uns dahin verständigen können, dann gibt das schon eine sehr gute Ausgangsbasis.

(Beifall bei der SPD.)

Penningsdorf

Ich darf aber dennoch zum Ausdruck bringen, daß es mich bedrückt, daß in dieser wichtigen Stunde, in der wir über diese Frage diskutieren, der Herr Ministerpräsident nicht anwesend ist;

(Beifall bei der SPD)

denn Herr Ministerpräsident Dr. Albrecht ist es ja gewesen, der mit den deutsch-polnischen Vereinbarungen und ihrer Ratifizierung im Deutschen Bundesrat unmittelbar befaßt gewesen ist und der dann noch die Reise nach Warschau gemacht hat. Seine Äußerungen, seine Bemerkungen in Warschau und in der Bundesrepublik nach Rückkehr von dieser Reise sind es ja gewesen, die den Eindruck der Widersprüchlichkeit hervorgerufen haben.

(Gansäuer [CDU]: Nur bei euch!)

Mit diesen Bemerkungen oder Äußerungen, die zu dem Eindruck der Widersprüchlichkeit geführt haben, möchte ich mich gern hier beschäftigen und hätte ihn deshalb gern als Adressat meiner Bemerkungen gehabt.

Weiterhin, Herr Dr. Remmers, empfinde ich es nun leider auch als bedrückend, daß ich Ihnen widersprechen muß in bezug auf das, was in Warschau in Gesprächen mit dem Herrn polnischen Außenminister und insbesondere auch mit dem Herrn Minister für Erziehung und Volksbildung tatsächlich gesagt worden ist. Ich habe mir – deswegen glaube ich, das hier mit gutem Grund sagen zu können – meine Aufzeichnungen mitgebracht. Diese Aufzeichnungen umfassen allein zehn Seiten über das Gespräch, das wir am ersten Abend mit dem Herrn polnischen Außenminister geführt haben. Diese Aufzeichnungen sind sozusagen ein Wortprotokoll: Dieses Wortprotokoll zu erstellen war deshalb leicht, weil die Gespräche ja übersetzt werden mußten; man hatte genügend Zeit, Fragen und Antworten mitzuschreiben.

Aus diesen Aufzeichnungen, aus dem, was ich unmittelbar gehört habe als jemand, der neben Ihnen und Herrn Ministerpräsidenten Dr. Albrecht saß, ergibt sich ein anderes. Ich bedaure sehr, daß ich Ihnen hier nun widersprechen muß. Ich werde im einzelnen darauf eingehen; gestatten Sie mir, daß ich versuche, den Zusammenhang ein wenig zu verdeutlichen, in den das gerückt werden muß.

(Döring [CDU]: Kann es sich um Übersetzungsfehler handeln?)

Ich habe also zum Ausdruck gebracht, daß Zweifel in die Glaubwürdigkeit des Herrn Ministerpräsidenten angebracht sind. Mir scheint sogar die Feststellung geboten zu sein, daß Herr Ministerpräsident Dr. Albrecht und mit ihm die Landesregierung der auf Versöhnung und Frieden gerichteten Entspannungspolitik der Bundesregierung durch diese Widersprüchlichkeiten, von denen ich spreche und die wir in den letzten Monaten zu registrieren hatten, Schaden zugefügt worden ist.

(Zuruf von der CDU: Werden Sie einmal ein bißchen konkreter!)

— Ich will konkret werden. Am 26. Februar 1976 hat der Herr Ministerpräsident vor uns hier, vor den Abgeordneten des Niedersächsischen Landtages, erklärt, das Scheitern der Verträge – gemeint waren die Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen vom 9. Oktober 1975 und hier insbesondere das Abkommen über Renten- und Unfallversicherung – wäre ein schwerer Rückschlag für die deutsch-polnischen Beziehungen, so wörtlich Herr Dr. Albrecht. In der gleichen Sitzung hat Herr Dr. Albrecht seine völkerrechtlichen Bedenken vorgetragen, die es vor der Ratifizierung noch auszuräumen gelte. Er hat dargelegt, daß es nach seiner Auffassung an einer völkerrechtlich verbindlichen Form des Vertragswerkes fehle und daß er sich darum bemühen wolle, die völkerrechtliche Verbindlichkeit zu erreichen. Wenn das dann geschehen sei, so hat er hinzugefügt, wie Sie sich sicherlich erinnern können, dann wäre eine Basis gefunden, auf der „wir dieses in der Tat wichtige Vertragswerk passieren lassen können“. Der damalige Sprecher der SPD-Fraktion, Herr Prof. Dr. von Oertzen, hat in seiner Erwiderung Herrn Dr. Albrecht aufrichtiges Bemühen,

(Stender [CDU]: Der ist heute auch nicht da!)

zu einer Lösung zu kommen, ausdrücklich bescheinigt und hat betont, daß die besonderen Beziehungen zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk, gekennzeichnet von einer unheilvollen und tragischen Vergangenheit, es uns angelegen lassen sollten, die Probleme mit mehr als der sonst im diplomatischen Verkehr üblichen Behutsamkeit zu behandeln.

(Döring [CDU]: Das war sehr loyal!)

Herr von Oertzen hat Herrn Dr. Albrecht nachdrücklich gebeten, nicht der Annahme zu erliegen, der Verhandlungsspielraum sei noch nicht ausgeschöpft, er hat ihn gebeten, das Argument ernst zu nehmen – insbesondere das von polnischer Seite –, daß eben dieser Verhandlungsspielraum tatsächlich ausgeschöpft sei. Herr Dr. Albrecht hat Herrn von Oertzen nicht widersprochen, sondern hat im Gegenteil ausdrücklich davon abgesehen und die Auffassung vertreten, daß alles Wichtige gesagt worden sei, daß insoweit wohl Übereinstimmung bestehe und daß man, was noch offengeblieben sei, eventuell im kleinen Kreise, im kleinen Rahmen, behandeln könne.

Die Behandlung der deutsch-polnischen Vereinbarungen im Niedersächsischen Landtag gab uns Anlaß zu der Hoffnung, daß die Verträge an Herrn Dr. Albrecht im Bundesrat nicht scheitern würden, und unsere Hoffnungen sind ja auch nicht enttäuscht worden. In seiner Sitzung am 12. März 1976 stimmte der Bundesrat dem Gesetz zu dem Abkommen vom 9. Oktober 1975 über Renten- und Unfallversicherung nebst der Vereinbarung hierzu einstimmig zu. Also auch das Land Niedersachsen hat dem Vertragswerk seine Zustimmung gegeben.

Herr Dr. Albrecht wird mir wohl jetzt nicht widersprechen, wenn ich – ich will es einmal ganz zurückhaltend formulieren – sage, daß er es nicht ungern sah, wenn man ihn in der nationalen und der internationalen

len Öffentlichkeit als den Retter der Polenverträge bezeichnete.

(Döring [CDU]: So sieht er auch aus in der Öffentlichkeit!)

Dann ist am Ende des vergangenen Jahres Herr Dr. Albrecht nach Warschau gereist. Wo und wann immer seine polnischen Gastgeber sein Abstimmungsverhalten im Bundesrat würdigten und zum Ausdruck brachten, daß man bei der Fortentwicklung des deutsch-polnischen Verhältnisses auf ihn baue — — — Er ließ jedenfalls keinen Zweifel daran in den Tagen in Warschau, daß sich die polnische Seite da keine Sorgen zu machen brauche und daß man auf ihn rechnen könne.

Schon bei dem ersten Gespräch, zu dem der Herr polnische Außenminister die Delegation, der ich anzu gehören die Ehre hatte, empfing, wurde betont, daß man seine — Herrn Dr. Albrechts — realistische Haltung und auch die einiger anderer CDU-Politiker in guter Erinnerung habe, seine realistische Einschätzung, die dann zu dem Ja im Deutschen Bundesrat geführt habe. Der polnische Außenminister beschrieb die großen Möglichkeiten, die er in der Entwicklung des deutsch-polnischen Verhältnisses sah. Er sprach von langfristiger Kooperation auf dem Gebiet der Wirtschaft, von systematischem Ausbau der Kontakte auf allen Ebenen und von der Hoffnung, alsbald zu einem Kulturabkommen zu gelangen.

Besonders am Herzen lag der polnischen Seite die Gestaltung des Erziehungs- und Unterrichtswesens. Erziehung und Unterricht müßten in objektivem Geiste in gegenseitiger Achtung und Beachtung des gegenseitigen Schicksals gestaltet werden. Die Unterrichtsinhalte seien heute aber in der Bundesrepublik Deutschland leider noch weit entfernt von dem Idealbild. Die Beibehaltung dieses Zustandes müsse Vorurteile und Mißverständnisse verstärken, Kollisionen würden dadurch nicht ausgeschlossen werden. Es komme der polnischen Seite darauf an, neue Impulse anzustreben. Man denke an einen Jugendaustausch. Aber man müsse unmißverständlich sagen, daß Voraussetzung hierfür die Änderung der Unterrichtsinhalte sei. Der Außenminister berief sich auf Walter Scheel, den deutschen Bundespräsidenten, der seinerseits ja mit großem Nachdruck befürwortend zu den deutsch-polnischen Schulbuchvereinbarungen Stellung genommen hatte.

Andererseits, meine Damen und Herren, ist von der polnischen Seite auch unmißverständlich gesagt worden, daß man mit großer Sorge die Diskussion in der deutschen Presse verfolge, aus der man entnehmen könne, daß das Ergebnis der Schulbuchkommission eben doch nicht in die Praxis übernommen werden solle. Man sei auch erschrocken — so steht es hier in meinen Aufzeichnungen — über die Rede eines Staatssekretärs der Niedersächsischen Landesregierung, der auf einem Vertriebenentreffen die Ostkunde besonders betont habe.

(Stender [CDU]: Was heißt hier Ostkunde, Herr Kollege?)

Der polnische Außenminister, meine Damen und Herren, hat wörtlich gesagt: Wir hoffen auf Ihre Stimme, Herr Ministerpräsident. Wir wollen den Prozeß der Normalisierung weiter verfolgen. Voraussetzung dafür ist aber ein Beitrag von beiden Seiten. Wir wollen eine möglichst breite gesellschaftliche Grundlage schaffen, und zwar auf der Basis des Vertrages von 1970. Wir rechnen mit einem dauerhaften Charakter der Vereinbarungen, und wir hoffen, daß sich Ihr Standpunkt — gerichtet an den Herrn Ministerpräsidenten — durchsetzt. Der bisherige Verlauf der deutsch-polnischen Beziehungen hat die Richtigkeit dieser Politik bestätigt.

Meine Damen und Herren, Herr Dr. Albrecht hat dem polnischen Außenminister nicht widersprochen. Im Gegenteil, er hat geantwortet, daß der Herr Außenminister mit gutem Recht die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen nachgezeichnet habe. Herr Dr. Albrecht hat ein Ereignis besonders betont: Er hat nämlich gesagt, daß es gelungen sei, den Bundesrat zu einer einstimmigen Beschlußfassung über die Vereinbarungen zu bringen, und daraus könne die polnische Seite entnehmen, daß die Vereinbarungen eben nicht nur von einer Hälfte des deutschen Volkes, sondern vom ganzen deutschen Volk getragen würden.

Dann hat Herr Dr. Albrecht über die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen gesprochen und ist im weiteren auch auf die Schulbuchfrage eingegangen. Er hat die Auffassung vertreten, daß die Empfehlungen — Herr Dr. Remmers, inso weit stimme ich Ihnen völlig zu — teilweise recht blaß seien — so hat er wörtlich gesagt, wie Sie mir zustimmen —, weil sie nämlich einen Kompromiß darstellten und keiner Seite wehegetan werden sollte. So wörtlich!

(Jahn [CDU]: Das hat doch Herr Remmers vorgetragen!)

— Das hat er vorgetragen, natürlich: Sie werden aber sehen, welche Konsequenzen sich jetzt daraus noch ergeben. Wörtlich hat Herr Dr. Albrecht dann dem polnischen Außenminister geantwortet: Was ich Ihnen zusagen kann ist dies: Ich werde dafür eintreten in meinem Land, daß wir auch unseren Kindern die Geschichte vorurteilsfrei nahebringen, damit Unfriede niemals wieder eintritt.

(Beifall bei der CDU und der FDP.)

— Das verdient Ihren Beifall, in der Tat.

(Zurufe von der CDU)

auch den meinigen.

Nun hat Herr Dr. Remmers hinzugefügt — ich bitte Sie, nun auch zuzuhören —: Wir haben in der Bundesrepublik — das hat Herr Dr. Remmers gesagt — einen freien Schulbuchmarkt. Aber der Kultusminister muß die Schulbücher genehmigen. Man möge bitte bedenken, daß verschiedentlich noch alte Schulbücher benutzt würden, die aber jetzt ausliefen. Wir können sie nicht von heute auf morgen aus dem Verkehr ziehen. Bei neuen Schulbüchern jedoch werden wir

Pennigsdorf

die Ergebnisse der Schulbuchkommission berücksichtigen.

(Beifall bei der SPD.)

Dies, meine Damen und Herren, hat Herr Dr. Remmers dann in einem Gespräch mit dem polnischen Minister für Erziehung und Volksbildung – an dem Gespräch konnte Herr Hedergott leider nicht teilnehmen, aus Gründen, die ich nicht kenne –

(Prof. Hedergott [FDP]: Derweilen hatte ich eine andere Verabredung mit Parlamentariern! – Hüper [SPD]: Das ist doch kein Vorwurf, Herr Hedergott!)

noch einmal ausdrücklich betont. Er hat gesagt, daß er von seinem Recht der Genehmigung Gebrauch machen werde, und zwar in der Weise, daß die Empfehlungen der Kommission berücksichtigt würden.

(Zurufe von der CDU.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Dr. Albrecht ist dann in die Bundesrepublik zurückgekehrt und sah sich, wie Sie wissen, einer sehr harten Kritik aus Kreisen der CDU/CSU und vor allen Dingen auch von Zeitungen des Herrn Springer ausgesetzt. Das hat dann ja auch zu einer Erwidrerung der Landesregierung und von Herrn Dr. Albrecht geführt. Er versuchte zu interpretieren, was er nun in Warschau gesagt und nicht gesagt hatte. Ich will zunächst einmal außer Betracht lassen, meine Damen und Herren, daß er bei diesen Interpretationsversuchen auch die Auffassung vertreten hat, daß er in der Ostpolitik mit Franz Josef Strauß übereinstimme. Daraus mögen Sie schon ersehen, welche Diskrepanzen und Widersprüchlichkeiten zu erkennen sind.

(Beifall bei der SPD. – Stender [CDU]: Es müssen doch nicht alle Ihrer Meinung sein!)

Dann wiederum hat er noch Mitte Dezember 1976 im „Deutschland-Union-Dienst“ der CDU erklärt, die Bemühungen um bessere Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen würden von allen im Bundestag vertretenen Parteien getragen, und dies habe seinen Ausdruck in der einstimmigen Ratifizierung der Polen-Vereinbarungen im Deutschen Bundesrat gefunden. Die Union sei seit langer Zeit um Entspannung bemüht. Die Entspannungspolitik sei schon unter CDU-geführten Bundesregierungen in Gang gebracht worden.

(Döring [CDU]: Leben denn in Bayern keine guten Demokraten?)

Andererseits, meine Damen und Herren, ließ Herr Dr. Albrecht dann durch den Pressedienst der Landesregierung „Zur Sache“ am 15. Dezember 1976 mitteilen, er und Herr Dr. Remmers hätten in Warschau mehrfach erklärt, die Landesregierung könne sich den Empfehlungen der internationalen Schulbuchkommission in Braunschweig nicht vorbehaltlos anschließen.

(Hüper [SPD]: Hört, hört!)

Dieser Sachverhalt, so steht es wörtlich in dem Pressedienst, sei von allen Teilnehmern der Delegation vorbehaltlos bestätigt worden.

(Dr. Blanke [CDU]: Das ist doch kein Widerspruch!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Abgesehen davon, daß ich als Teilnehmer dieser Delegation zu keiner Zeit irgend etwas bestätigt habe, auch gar nicht um Bestätigung ersucht worden bin,

(Gansäuer [CDU]: Das wäre auch noch schöner!)

kann ich hier in voller Verantwortung für das, was ich sage, erklären: Herr Dr. Albrecht und Herr Dr. Remmers haben in Warschau die Berücksichtigung der Empfehlungen zugesagt, und zwar ohne Vorbehalte!

(Beifall bei der SPD. – Dr. Blanke [CDU]: Aber nicht Übernahme, Herr Pennigsdorf, das ist ein Unterschied! – Jahn [CDU]: Das kapiert er nicht!)

Meine Damen und Herren, es ist nicht nur die Äußerung des Herrn Dr. Albrecht, daß er mit den ostpolitischen Vorstellungen des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß übereinstimme,

(Stender [CDU]: Das ist ein Trauma bei Ihnen!)

die diese Widersprüchlichkeit seiner in Polen und in der Bundesrepublik Deutschland abgegebenen Erklärungen charakterisiert, sondern es ist seine Rede, die er am 8. Mai dieses Jahres, also vor wenigen Tagen, auf dem Landeskulturtag der Landesgruppe Niedersachsen der Pommerschen Landsmannschaft in Goslar gehalten hat, die ihn nach meinem Dafürhalten ins Zwielicht rückt.

(Stender [CDU]: Für Sie hat er die auch nicht gehalten!)

Dort hat er nach den uns vorliegenden Pressemitteilungen scharfe Kritik an der Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesregierung seit 1969 geübt.

(Jahn [CDU]: Mit Recht!)

Er hat gesagt, daß in der Gestaltung der politischen Verhältnisse gegenüber Polen nach seiner Auffassung die gleichen Fehler gemacht worden seien wie gegenüber der DDR. Die Bundesregierung habe gegenüber der Volksrepublik Polen nicht beharrlich genug den deutschen Standpunkt vertreten.

Wenn man dann ergänzend hinzunimmt, meine Damen und Herren, was Herr Dr. Remmers am 19. April 1977 in einer Erklärung der Landesregierung zum Ausdruck gebracht hat, daß nämlich die Empfehlungen der Schulbuchkommission nicht als verbindliche Richtlinie, ja nicht einmal als geeignet für eine Richtlinie angesehen werden könnten, dann, meine Damen und Herren, muß sich Herr Dr. Albrecht und muß sich auch Herr Dr. Remmers einige Fragen gefallen lassen. Und diese Fragen lauten:

Trägt nun das ganze deutsche Volk die deutsch-polnischen Vereinbarungen seit 1970 bis heute, insoweit

auch Herr Dr. Albrecht und alle Vertreter der Landesregierung, oder ist es nur eine Hälfte oder nur ein Teil des deutschen Volkes? Seine Erklärung lautete – ich wiederhole es: Das ganze deutsche Volk trägt diese Vereinbarungen, er selbst auch. Und seine Rede in Goslar ist ein Ausdruck der prinzipiellen Ablehnung dessen, was zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen vereinbart worden ist, weil die Vereinbarungen angeblich nicht sorgfältig ausgehandelt worden sind.

(Jahn [CDU]: Überhaupt nicht! Das ist ja ein akrobatischer Seiltanz, was Sie da machen! – Döring [CDU] Ihre Argumente schmeißen die Kaiserpfalz in Goslar nicht um. – Weitere Zurufe von der CDU.)

Welche Bedeutung, meine Damen und Herren, so frage ich weiter, hat für Herrn Dr. Albrecht und auch die Landesregierung der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vom 7. Dezember 1970? Dazu müßte nun wirklich etwas gesagt werden, nachdem uns diese Widersprüchlichkeiten evident sind.

(Lehners [SPD]: Dadurch zeichnet sich der Ministerpräsident aus!)

Und dann: Was gilt nun wirklich, meine Damen und Herren, das, was am 8. Mai in Goslar gesagt worden ist, oder das, was Herr Dr. Albrecht in Warschau gesagt hat?

(Bruns [Emden] [SPD]: Von jedem etwas! – Vereinzelt Beifall bei der SPD. – Döring [CDU]: Der Beifall war aber mäßig! – Lachen bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion tritt angesichts dieser zutage getretenen Widersprüchlichkeit

(Wedekind [CDU]: Konstruierten Widersprüchlichkeit!)

den Standpunkt, daß bereits damals im Dezember 1976 die Reise, die Herr Dr. Albrecht nach Warschau unternommen hat, mehr von innenpolitischen und von parteitaktischen Erwägungen gekennzeichnet gewesen ist als von dem aufrichtigen Bemühen, die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen fortentwickeln zu helfen.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen ließen sich bei der Gestaltung ihrer gegenseitigen Beziehungen seit 1970 von der Überzeugung leiten, endlich die tragische Kette von Kriegen, Leiden und Unrecht, mit denen die bisherige Geschichte der polnisch-deutschen Beziehungen belastet war, zu durchbrechen und den Graben zwischen dem polnischen und dem deutschen Volke zuzuschütten, den die barbarische Okkupation Hitlers aufgerissen hatte.

(Drape [CDU]: Da gibt es aber noch mehr zu sagen! – Weitere Zurufe von der CDU.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Zusammenhang mit der heute behandelten Schulbuch-Revision sollten wir nicht danach fragen, was juristisch möglich und was juristisch nicht möglich ist, sondern es sollte gefragt und beantwortet werden, was man politisch in diesem Hause will.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD. – Jahn [CDU]: Von beiden Seiten, Herr Pennigsdorf!)

Vizepräsident Baumgarten: Das Wort hat Herr Minister Dr. Remmers.

(Zuruf von der SPD: Willi, das war starker Beifall! – Zuruf von Döring [CDU]. – Lauenstein [CDU]: Das war ein Sozialist eben!)

Dr. Remmers, Kultusminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bevor ich auf die eigentliche Sache eingehe, möchte ich Ihnen zunächst deutlich machen, wie Herr Pennigsdorf versucht hat, den Ministerpräsidenten dieses Landes in ein Zwielicht zu rücken.

(Janßen [CDU]: Das war doch seine Aufgabe!)

— Nein, ich will das an einem Beispiel deutlich machen, als er nämlich davon gesprochen hatte —

(Lehners [SPD]: Sie verteidigen eine Position, die nicht verteidigungsreif ist!)

— Lassen Sie mich mal verteidigen, was ich verteidigen will, Herr Lehners! Das lasse ich mir von Ihnen nicht vorschreiben!

(Lebhafter Beifall bei der CDU. – Zuruf von Lehners [SPD].)

Herr Pennigsdorf hat gesagt, aus der Tatsache, daß der Herr Ministerpräsident gesagt habe, in Fragen der Deutschlandpolitik und der Ostpolitik stimme er mit Franz Josef Strauß überein und vertrete hier eine gemeinsame Linie, müsse schon dieses Zwielicht hergeleitet werden.

(Stender [CDU]: So war es!)

Herr Pennigsdorf, nun appelliere ich einmal an Ihren doch im großen und ganzen recht gut entwickelten Verstand und an Ihr Gewissen.

(Lachen bei der CDU.)

— Und an Ihr Gewissen! Ich meine das ganz ernst und ehrlich. Sie wissen ganz genau, wenn Sie die bundesrepublikanische Szenerie dieser fraglichen Monate, in denen es um die Polen-Verträge ging, betrachten, daß dieser Hinweis von Ministerpräsident Dr. Albrecht auf die Übereinstimmung mit Franz Josef Strauß in ostpolitischen und deutschlandpolitischen Fragen gewissermaßen die Beschwörung dieses erreichten einheitlichen Votums für den Bundesrat war.

(Beifall bei der CDU. – Bruns [Emden] [SPD]: War denn eine Beschwörung nötig?)

— Jawohl, Herr Bruns, das ist ja das, was Herr Pennigsdorf bewußt unterlassen hat zu sagen, daß

Dr. Remmers

damals ein ernsthaftes Bemühen Platz gegriffen hat, daß in der Tat in der CDU/CSU nicht von vornherein Einheitlichkeit bestand und daß dieser Ministerpräsident den Versuch gemacht hat, und zwar mit Erfolg, diese Einheitlichkeit herzustellen.

(Lobhafter Beifall bei der CDU. – Pennigsdorf [SPD]: Herr Dr. Remmers, ist Ihnen entgangen, daß die Erklärung von Herrn Dr. Albrecht aus dem Dezember 1976 stammt und nicht von vorher?)

— Natürlich, Herr Pennigsdorf, das ist mir keineswegs entgangen! Es sollte ja damit zum Ausdruck gebracht werden – ich dachte, das wäre Ihrer Intelligenz nicht entgangen –, daß eben in der entscheidenden Stunde damals, im Frühjahr des vergangenen Jahres, diese Einheitlichkeit hergestellt worden ist und niemand aus unseren Reihen daran zweifeln sollte, daß etwa diese Einheitlichkeit damals nicht gegeben gewesen war. Das ist doch der Hintergrund!

(Lobhafter Beifall bei der CDU.)

Da können Sie doch jetzt nicht — — —

(Zuruf von Dr. Mahrenholz [SPD].)

Ich habe doch die entscheidenden Verhandlungen zum Teil miterlebt und weiß doch genau, worum es ging. Warum versuchen Sie denn jetzt, den Herrn Ministerpräsidenten mit einem solchen Hinweis ins Zwielficht zu bringen, zumal Sie genausogut wissen könnten wie ich, daß der Sachverhalt so gewesen ist, wie ich ihn hier dargestellt habe!

Bevor ich auf den Bericht des Herrn Pennigsdorf eingehe, lassen Sie mich noch etwas sagen. Wenn in Polen gesagt wird, daß man sich Sorgen mache über bestimmte kritische Äußerungen in dieser Bundesrepublik zu der Frage des deutsch-polnischen Verhältnisses und zu den Schulbuch-Empfehlungen; dann möchte ich bei dieser Gelegenheit aber auch einmal mit allem Nachdruck gesagt haben, daß dies doch wohl allemal zu unserem Demokratieverständnis gehört, daß so etwas bei uns in der Bundesrepublik offen diskutiert werden darf.

(Starker Beifall bei der CDU und der FDP.)

Wir werden jedenfalls dafür alles tun. Ich werde das gleich noch einmal bestärken und erhärten im Hinblick auf die Schulbuch-Empfehlungen. Eines aber, meine Damen und Herren, muß doch wohl klar sein: daß wir, weil nun mal ein anderes Volk wie die Polen, das sich bemüht, unter den Bedingungen, unter denen es leben muß, zu leben, uns nicht dazu zwingen lassen, solche Diskussionen und solche Kritik auszuschließen. Auch die Vertriebenen

— (Große Unruhe bei der SPD)

– ich sage das Wort jetzt ganz bewußt – haben ein Recht darauf, bei uns das zu sagen, was sie zu diesen Dingen sagen wollen!

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich nun auf die eigentliche Sache eingehen, nämlich auf die Frage der Schulbuch-Empfehlungen und das, was dazu in

Polen gesagt worden ist. Ehrlich gesagt, Herr Pennigsdorf, als Sie sagten, Sie hätten hierüber handschriftliche Vermerke, die mehr oder weniger Wortprotokolle seien, habe ich, als ich dort oben saß, etwas gezittert. Da habe ich gedacht: „O Herr, was jetzt wohl kommt!“

(Heiterkeit bei der CDU.)

Man kann ja nie so genau wissen, was kommt. Man kann ja auch nur schlecht, wenn einer sagt, er habe ein Wortprotokoll, ihn widerlegen in dem, was er gesagt hat. Aber ich muß Ihnen ganz ehrlich sagen: Es ist gar nicht viel gekommen. Ich habe mein Zittern eingestellt

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU.)

Herr Pennigsdorf hat gesagt, wir hätten, nachdem er vorher selber zum Ausdruck gebracht hatte, daß der Herr Ministerpräsident gewisse Vorbehalte geäußert habe, vorbehaltlos erklärt, wir setzten das so in der Bundesrepublik durch. Das haben wir eben nicht gesagt, Herr Pennigsdorf. Sie haben selber gesagt, daß der Ministerpräsident – ich nehme jetzt aus dem Gedächtnis die Begriffe – von Blässe, von Auslassungen, von Kennzeichen des Kompromisses usw. geredet habe. Er hat auch das gesagt, was Sie erwähnt haben, daß die Frage der Durchsetzung bei uns anders zu sehen sei als in einer Volksrepublik wie Polen. Hier sind durchaus Vorbehalte geäußert worden, die Sie zum großen Teil selber genannt haben.

(Drape [CDU]: Das stimmte eben nicht!)

Keiner hat, soweit diese Vorbehalte außen vor gelassen sind, weder in Polen noch nachher in der Bundesrepublik – ich habe immer auf die Tage gewartet –, etwas darüber gesagt, was denn nun eine Aufhebung dessen bedeuten könnte, was in Polen gesagt worden ist. Ich habe doch vorhin in meinen Ausführungen zum Ausdruck gebracht, Herr Pennigsdorf, daß ich unterscheide zwischen der Frage der generellen Anerkennung dieses Bemühens der Schulbuch-Empfehlungen mit wesentlichen Teilen dieser Inhalte und Ihrem Entschließungsantrag und der Frage, wie denn das nun in die Wirklichkeit deutschen Schullebens umgesetzt werden kann und umgesetzt werden soll.

(Dr. Mahrenholz [SPD]: Stimmt es denn auch, daß Sie das berücksichtigen wollen?)

– Jahn [CDU]: Berücksichtigen heißt doch nicht übernehmen!)

— Ja natürlich, Herr Mahrenholz. Ich habe doch gerade ausdrücklich erklärt, daß wir bei der Frage der Zulassung von Geschichtsbüchern für deutsche Schulen die polnischen Schulbuch-Empfehlungen berücksichtigen werden, aber eben nicht nur die polnischen Schulbuch-Empfehlungen, sondern auch andere historische Fakten, die etwa die UdSSR betreffen, ebenso und noch vieles andere mehr.

(Lobhafter Beifall bei der CDU und der FDP.)

Ich habe auch gesagt, daß wir in den deutsch-polnischen Beziehungen in vielen Punkten über das hinausgehen, was in diesen Empfehlungen steht. Das ist doch der eigentliche Kern unserer Diskussion.

(Zuruf von der SPD.)

Im übrigen kann ich Ihnen nur sagen, Herr Pennigsdorf, wenn Sie einen Widerspruch konstruieren wollen zwischen dem, was ich heute hier gesagt habe, und dem, was ich am 19. April verlautbart haben soll, dann kann das überhaupt nicht sein. Denn das, was damals, am 19. April, verlautbart worden ist, ist nur darauf zurückzuführen, daß ich in der Meinung, dieser Punkt würde am Schluß der Sitzung noch behandelt, mein Manuskript der Presse ohne Sperrfrist schon herausgegeben hatte und dieser Tagesordnungspunkt dann plötzlich nicht mehr an die Reihe gekommen war. Das habe ich Herrn Wernstedt gegenüber auch deutlich gemacht. Mit anderen Worten: Die Presse hat daraus nach meiner Ansicht nichts anderes gemacht als das, was ich auch heute gesagt habe. Denn ich habe mit I-Punkt und Komma genau die Rede gehalten, die ich damals schon in der Mappe hatte.

(Beifall bei der CDU. – Prof. Hedergott [FDP]: Man soll ja auch nichts vorher an die Presse geben!)

In der Tat, meine Damen und Herren, stießen wir in Polen bei unseren Gesprächspartnern auf großes Unverständnis, wenn wir sagten: „Wir machen in dem Sinne nicht die Schulbücher, wie ihr euch das vorstellt, sondern wir haben einen freien Schulbuchmarkt. Da werden Bücher produziert, und wir haben nur die Möglichkeit, sie zu genehmigen oder sie nicht zu genehmigen. Wir stellen sie aber nicht selber her.“ Dieses Verständnis für einen freien Schulbuchmarkt und alles, was das bedeutet, war dort schwer zu erreichen.

Nun lassen Sie mich zum Abschluß sagen, Herr Pennigsdorf, damit das grundsätzlich klar ist: Ich bleibe bei dem, was ich vorhin in der Rede gesagt habe. Lesen Sie sie noch einmal mit Bedacht nach. Ich stelle mich der Notwendigkeit der Versöhnung der beiden Völker, der Deutschen und der Polen. Ich werde mich bemühen und die Landesregierung wird sich bemühen, diese Empfehlungen in einer Weise zu berücksichtigen, wie ich dies gerade in der Rede dargelegt habe. Wenn wir dies tun, wenn wir daran arbeiten, wenn wir uns in diesem Sinne bemühen, dann erreichen wir das, was erreicht werden muß. Aber dabei muß es uns auf die ganze, die komplette historische Wahrheit ankommen.

Nun lassen Sie mich ein allerletztes Wort sagen zu dem, wovon Sie gesprochen haben, was der Ministerpräsident in Goslar auf dem Pommerntag über Ostpolitik und Deutschlandpolitik gesagt hat. Herr Pennigsdorf, das ist genau der Punkt, wozu ich dann einmal in diesem Hause eine außenpolitische Bemerkung machen möchte, daß wir zwar bereit sind, mit friedlichem Engagement uns der Versöhnung zwischen den Völkern und auch der Versöhnung mit Polen zu stellen, daß dies aber nicht heißen darf, daß wir nicht mit der notwendigen Konsequenz verhandeln, wie das, auch nach unserer heutigen Meinung noch, Willy Brandt und andere nicht getan haben in den kritischen Zeiten der Verhandlungen mit der DDR und mit Polen. Dort hätte manches noch erreicht werden können,

(anhaltender starker Beifall bei der CDU und der FDP)

wenn man konsequenter verhandelt hätte und nicht so blauäugig an manche Dinge herangegangen wäre!

(Erneut starker Beifall bei der CDU und der FDP.)

**Vizepräsident Baumgarten:** Das Wort hat der Abgeordnete Ernst.

(Döring [CDU]: Die Verlegenheit auf der linken Seite ist groß! – Bruns [Emden] [SPD]: Das ist wahr, aber aus welchen Gründen?)

**Ernst (FDP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hatte am Anfang bei der Behandlung dieses Tagesordnungspunktes den Eindruck, daß wir im Grunde genommen in dieser wesentlichen nationalen Frage, denn es ist eine nationale Frage für uns alle, ungeachtet der Partei eigentlich in der Zielrichtung einig sind. Ich habe aber dann den Eindruck gehabt, daß Sie, Herr Kollege Pennigsdorf, einen Ton hineingebracht haben, der eigentlich nicht der Gesamtgewichtung dieser nationalen Frage insofern Rechnung trägt, als wir sie unter einer größeren außenpolitischen Verantwortung zu tragen und darzustellen haben, nämlich nicht als Gegensatz der Meinungen für uns hier in unserem innerdeutschen Bereich.

(Beifall bei der CDU.)

Ich glaube, wenn Sie in dem Zeitpunkt, als die Polenverträge behandelt wurden, den deutschen Außenminister, der in diesem Falle auch unser Parteiführer war

(Zurufe von der SPD: Parteivorsitzender, nicht Führer!)

– sagen wir Chef –, genau verfolgt haben, dann werden Sie feststellen, daß er immer ungeachtet der aufkeimenden gewissen Differenzen, die parteipolitisch sein könnten, sozusagen den Zusammengriff der Darstellung fand, um das Gesamte vom deutschen Standpunkt der Bundesrepublik darzustellen.

Jetzt habe ich die folgende Frage an Sie zu stellen: Glauben Sie, daß Sie hier aus der Gesamtheit dieses Teiles Deutschlands dieser Debatte gegenüber den Polen in diesem Falle genügend Rechnung getragen haben mit dem nötigen diplomatischen Fingerspür? Ich meine, das ist nicht ganz geglückt, Herr Pennigsdorf.

Ich möchte noch etwas anderes feststellen. Wir haben doch das Ziel, daß wir hier bei der Berücksichtigung der Empfehlungen und in dem Willen, hier einen gemeinsamen Ausdruck zu finden, auch die gemeinsamen Schritte finden. Ich weiß nicht, wieweit Sie hier aus dieser Gemeinsamkeit wieder zu einem typischen Parteienstreit geführt haben. Ihr Kollege Wernstedt hat anfangs davon gesprochen, daß dies keine Parteienangelegenheit sei. Das ist richtig. Aber ich frage Sie, wieweit ist es Ihnen gelungen, gerade das Gegenteil hier zu bewirken und zu tun.

(Beifall bei der FDP und der CDU.)

Ich würde Ihnen empfehlen, hier ein bißchen wieder die Kurve zu bekommen, um über dieses Haus hinaus die gesamtpolitische Verantwortung aus dem

Ernst

deutschen Rahmen zu sehen und dann diese Frage weiter zu verfolgen. Dann werden wir im Kultusausschuß auch zu einem einheitlichen Standpunkt kommen, wozu wir alle bereit sind.

**Vizepräsident Baumgarten:** Das Wort hat Herr Minister Groß.

**Groß, Minister des Innern:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Pennigsdorf, ich nehme Ihre Bemerkungen zum Anlaß für einige wenige Sätze.

Ich gestehe Ihnen durchaus zu, daß Sie sehr engagiert das sehr schwierige Verhältnis zwischen Polen und Deutschen zu verbessern versuchen. Ich glaube, das sollten wir alle Herrn Pennigsdorf zugestehen.

(Beifall bei der FDP und der SPD.)

Aber, Herr Pennigsdorf, die Frage ist, ob man, wenn man dies beabsichtigt, nun glaubwürdig den Versuch unternehmen kann, anderen, die aus einer anderen politischen Sicht zu demselben Ziel streben, weniger ehrenwerte Motive zu unterschieben.

(Beifall bei der FDP und der CDU. – Pennigsdorf [SPD]: Dann müssen die Äußerungen lauter sein und klar und eindeutig!  
– Unruhe bei der CDU.)

– Herr Pennigsdorf, ich hatte keine Veranlassung, mich an einer Auseinandersetzung, die nicht Gegenstand dieses Niedersächsischen Landtages ist, sondern in die Arena des Bundestages gehört, wo Sozialdemokraten einerseits und christliche Demokraten andererseits im Verhältnis von Regierung und Opposition sich gegenüberstehen, zu beteiligen.

(Zuruf von Frau Lewandowsky [SPD].)

– Lassen Sie mich, Frau Lewandowsky, dies noch etwas ausführen. – Ich meine, daß eine solche Auseinandersetzung durchaus legitim ist. Ich glaube nur, Herr Pennigsdorf, Sie werden es – ich kann das hier sehr unbefangen sagen – einem Politiker einer Partei durchaus zugestehen müssen, daß er aus seiner innerparteilichen Situation heraus

(Bruns [Emden] [SPD]: Aha!)

und angesichts gewisser innerparteilicher Gegensätze, die es in jeder Partei gibt, – ich habe gehört, auch bei Ihnen (zur SPD gewandt) –, daß er versucht, sie zum Erreichen eines bestimmten politischen Ziels auch in einer bestimmten Weise darzustellen. Daraus kann ich weder Herrn Dr. Albrecht einen Vorwurf machen, noch könnte ich daraus Herrn Brandt oder anderen Politikern Ihrer Partei einen Vorwurf machen, wenn sie in einer ähnlichen Situation innerparteilicher Auseinandersetzungen versuchen, nun zu einem bestimmten Zweck gewisse innerparteiliche Auseinandersetzungen zu überspielen.

(Lehners [SPD]: Und ihr allein habt eine konsequente Linie, was? – Heiterkeit bei der SPD. – Unruhe. – Frau Tomeß [FDP]:  
Nur kein Neid!)

– Ich sage das deshalb, Herr Lehners, weil die FDP in Bonn, wenn ich das für meine Partei einmal per Partei sagen darf, aus gutem Grund eine Koalition mit den

Sozialdemokraten hat. Aber, Herr Lehners, wenn man dies hat, dann ist es doch auch durchaus zulässig, daß die Angehörigen einer Koalition in einem Lande eine Koalition zu landespolitischen Zwecken schließen, ohne deswegen in den Fragen, die in Bonn anstehen zum Beispiel in Sachen der Außenpolitik, unbedingt einer Meinung zu sein!

(Beifall bei der FDP.)

Ich glaube, das ist zu allen Zeiten so gewesen, und das sollten wir auch in Zukunft so halten. Ich brauche als Mitglied einer Landesregierung dieses Landes in Fragen, die ausschließlich letztlich in Bonn zu entscheiden sein werden, nicht der gleichen Meinung zu sein wie der Regierungschef und umgekehrt. Ich glaube, das sollten wir doch in ganz offener Weise darstellen. Aber ich halte es im Interesse der Sache, um die es hier geht, nämlich im Interesse des Versuches der Aussöhnung zwischen Polen und Deutschen, für wenig zuträglich, wenn man den Versuch macht – von wem auch immer er kommen sollte –, dieses heikle und schwierige Thema zum Gegenstand einer – entschuldigen Sie, ich sage wen es auch immer angeht – parteipolitischen Profilierung zu machen.

(Beifall bei der FDP und der CDU.)

**Vizepräsident Baumgarten:** Das Wort hat der Abgeordnete Kreibohm.

**Kreibohm (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will nur ganz wenig sagen. Aus den Äußerungen, die Herr Groß gemacht hat, und aus dem Verhalten der FDP-Fraktion, als sich Herr Remmers kritisch mit der Ost- und Deutschlandpolitik von Willy Brandt auseinandersetzte, ziehe ich für meine Fraktionsfreunde den Schluß, daß sich die Liberalen hier in diesem Hause nicht mehr bekennen zu der Ost- und Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition in den vergangenen Jahren.

(Beifall bei der SPD. – Müller [CDU]: Das hätte ich an Ihrer Stelle nicht gesagt!)

**Vizepräsident Baumgarten:** Das Wort hat der Abgeordnete Wernstedt.

**Wernstedt (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hatte eigentlich nicht die Absicht, hier noch einmal an das Podium zu treten, aber die letzte Äußerung des Herrn Innenministers veranlaßt mich doch zu einer Bemerkung.

Herr Groß, seit 1972 bin ich in Braunschweig intensiv auch mit diesen Verhandlungen befaßt gewesen. Sie können mir abnehmen, daß dies – das wäre dem Gegenstand dieser Thematik auch nicht angemessen – keinerlei anderen Grund hatte als den einer pädagogisch-politischen Besorgnis darüber, daß wir unter Umständen in den Zeitungen etwas anderes sagen, als wir tatsächlich nachher in den Unterrichtsstuben tun. Dies war der Anlaß, diesen Entschließungsantrag zu stellen, und ich meine, daß einige entsprechende Äußerungen hier auch einen Fortschritt in der Sache gebracht haben. Es ist völlig falsch und völlig verkehrt, einen Dissens konstruieren zu wollen aus dem, was ich hier eingebracht habe, was die Schulbuchempfeh-

lungsproblematik überhaupt mit ihren rechtlichen und konkreten Aspekten betrifft, und dem, was Herr Pennigsdorf sozusagen in der politischen Einbettung gesagt hat.

Wenn das stimmt, was Herr Remmers hier bestätigt hat, daß nämlich die Berücksichtigung der Schulbuchempfehlungen in Polen zugesagt worden ist, dann frage ich hier in aller Bescheidenheit, aber in aller Konsequenz: Wann, wo und wie wird der Ministerpräsident zu diesem Wort stehen? Denn die Polen haben ein ganz anderes Verständnis von Umsetzung. Dann hätte man ihnen noch deutlicher erklären müssen, daß dies nicht heißen kann, daß er als Minister sozusagen alles daransetzen wird, daß die entsprechende Genehmigung stattfinden wird.

Ich möchte also, Herr Groß, mit aller Entschiedenheit und allem Nachdruck und auch aller Betroffenheit zurückweisen, was Sie hier zum Schluß glaubten sagen zu müssen.

(Beifall bei der SPD.)

**Vizepräsident Baumgarten:** Das Wort hat der Abgeordnete Professor Hedergott.

**Prof. Hedergott (FDP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin nicht der Meinung, daß wir hier in diesem Hause den Versuch unternehmen sollten, eine Debatte zu führen, ohne genaue Kenntnis über alle Vorgänge zu haben, die nun einmal außenpolitischen Debatten zugrunde liegen sollten.

(Beifall bei der FDP und der CDU.)

Ich möchte mich auch gegen ein Spiel verwahren, das möglicherweise hier einreißen könnte, daß nämlich aus Zitaten, die aus dem Zusammenhang gerissen sind, oder daß dann, wenn ein Abgeordneter es einmal wagt, Beifall in eine bestimmte Richtung zu klatschen, voreilig Rückschlüsse gezogen werden in bezug auf die Haltung einer ganzen Partei, etwa in der Frage der deutschen Ostpolitik.

(Beifall bei der FDP und der CDU. – Lehners [SPD]: Sie sind der Zuchtmeister des Landtages!)

Ich möchte mit allem Nachdruck eines sagen: Ich habe vor wenigen Tagen hier in diesem Hause – nicht hier im Plenum – ein Gespräch mit dem Herrn polnischen Botschafter gehabt. Gesprächsgegenstand war der Antrag der SPD und die Sorge, daß hier durch bestimmte Presseveröffentlichungen über das, was nach der Rückkehr des Ministerpräsidenten dieses Landes in den Zeitungen manchmal so und manchmal so kolportiert oder ausgelegt wurde, nicht nur bei dem polnischen Botschafter, sondern auch bei der polnischen Regierung, Befürchtungen entstanden waren. Was war meine Aufgabe in diesem Gespräch? Lassen Sie mich das einmal sagen: Ohne Rücksicht darauf, daß meine Partei wie auch ich in vielen Punkten in ostpolitischen Fragen anderer Meinung als die CDU waren und sind, muß es mein Bestreben gewesen sein, dem polnischen Gesprächspartner klarzumachen, daß hier bei dem Repräsentanten dieses Bundeslandes Niedersachsen seine Sorge völlig unbegründet ist, daß es

sich hier um einen Politiker etwa handelt, der doppelzünftig ist und der in der Lage ist, in Polen so und hier zu Hause anders zu reden.

(Beifall bei der FDP und der CDU.)

Es dreht sich darum, wie Herr Groß es vorhin schon in einem Satz gesagt hat, klarzumachen, daß wir in der Bundesrepublik die Freiheit haben, über Verfahren und über Wege für eine Verständigung zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk, für eine Verständigung zwischen dem deutschen und dem russischen Volk, für eine Verständigung zwischen dem deutschen und dem tschechoslowakischen Volk – Sie können auch sagen: zwischen dem deutschen und dem holländischen oder dem belgischen Volk – unterschiedlicher Meinung zu sein. Wem nützt es eigentlich, wenn die eine Partei sagt: Wir und nur wir sind hier verständigungsbereit? Das entzieht doch letzten Endes dem Vertraenskapital der deutschen Seite schlechthin den Boden. Wem nützt es denn, wenn wir im Niedersächsischen Landtag darüber diskutieren, ob das, was der Ministerpräsident und der Kultusminister und die anderen Mitglieder der Delegation den polnischen Gesprächspartnern in Warschau, Thorn usw. gesagt haben, vielleicht nicht stimmt, daß das vielleicht nur vordergründig gemeint war, daß das vielleicht innerpolitisch, parteipolitisch motiviert war? So können wir doch über diese Dinge nicht miteinander reden!

(Beifall bei der FDP und der CDU.)

Wenn es so wäre, daß ein Parteivertreter, auch wenn er ein hohes Regierungsamt hat im Ausland etwas anderes sagt, als er innerlich meint und als er im Inland dann vertritt, dann gebietet es der Anspruch darauf, daß man im politischen und gerade im außenpolitischen Bereich sauber miteinander verfährt, daß dann diese Gegensätze auf den Tisch gelegt werden. Aber nur mit Interpretationen und Unterstellungen dürfen wir nicht die Glaubwürdigkeit von deutschen Gesprächspartnern im außenpolitischen Bereich untergraben.

(Beifall bei der FDP und der CDU.)

Wenn hier – ich bin ja dabei gewesen – Herr Dr. Albrecht oder Herr Dr. Remmers erklärt haben, daß das, was den deutsch-polnischen Schulbuchkonferenzergebnissen zugrunde liegt, auch hier im Inland berücksichtigt werden soll, dann ist das eine Erklärung, zu der, wie ich meine, der Ministerpräsident genauso steht, wie es der Kultusminister vorhin erklärt hat. Das ist doch gar nicht im Streit. Es ist doch die Frage im Streit, ob die Interpretation der Polen richtig ist, wir könnten nach unserem System sozusagen als Staat irgend jemandem vorschreiben, was er in ein Schulbuch hineinzuschreiben hat und was nicht hineingeschrieben werden darf. Es ist ein anderes System, in dem wir leben. Und das haben wir versucht, auch unseren polnischen Gesprächspartnern schon in Warschau klarzumachen.

(Beifall bei der FDP und der CDU.)

Ich habe doch diese Gespräche auch mit der polnischen Seite – insoweit in privaten Gesprächen – geführt. Ich habe gesagt: „Hier ist ein Systemunter-

Prof. Hedergott

schied. Bei uns kann kein Kultusminister sagen: Nur das darf geschrieben werden, um dann, wenn ein anderer Satz hineinkommt, zu erklären, der widerspreche irgendwelchen Richtlinien.“

Das geht nicht. Wir sollten aufhören damit, uns hier in diesem Landtag zu unterstellen, daß der eine oder der andere Weg der alleinseligmachende Weg zur Verständigung zwischen den Polen und den Deutschen sei. Ich kenne niemanden in diesem Hause, der nicht innerlich davon überzeugt ist, daß wir als Deutsche eine Verständigung mit allen unseren Nachbarn in Europa dringend brauchen.

(Beifall.)

Über den richtigen Weg dazu kann man in einer freiheitlichen Demokratie streiten. Wenn wir immer überlegen, daß unsere ausländischen Gesprächspartner zuhören, was man sich in so einer Parlamentsdebatte innerparteilich gegenseitig möglicherweise unterstellt, dann sollten wir bei harten Formulierungen manchmal die deutsche Frage stellen: Cui bono? – Wem nützt das eigentlich, und welche Rückschlüsse ziehen unsere Gesprächspartner aus Äußerungen, die wir irgendwo machen?

(Frau Lewandowsky [SPD]: Das muß man sich vorher überlegen!)

Wir haben, ob Sozialdemokraten, Freie Demokraten oder Christliche Demokraten, wenn uns falsche Dinge unterstellt werden, die Verpflichtung, uns auch vor den anderen deutschen Politiker zu stellen, auch wenn er nicht unserer Partei angehört.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

um zu vermeiden, daß man im Ausland falsche Rückschlüsse zieht hinsichtlich der Verständigungsbereitschaft unseres Volkes. Unter diesem Gesichtspunkt muß auch diese Debatte gesehen werden.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der CDU.)

**Vizepräsident Baumgarten:** Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Niewerth.

**Dr. Niewerth (CDU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will nur noch wenige Worte an dieser Stelle sagen.

Ich bin Ihnen, Herr Kollege Hedergott, aufrichtig dankbar für das, was Sie klarstellend gesagt haben. Es war eine bittere Stunde für dieses Landesparlament, daß hier Gegensätze aufgerissen worden sind an einer Stelle, an der eigentlich keine Gegensätze aufgerissen werden sollten. Wir sollten im Kultusausschuß an die Arbeit gehen und uns gemeinsam darum bemühen, deutlich zu machen, daß es uns allen, in allen Parteien, darum geht, zu einer Aussöhnung mit unseren polnischen Nachbarn zu kommen und das auch zum Gegenstand des Unterrichts an unseren Schulen zu machen, daß zu dieser Aussöhnung aber die ganze Wahrheit gehört, auch die ganze Wahrheit hinsichtlich der Vergangenheit. Erst dann können Brücken gebaut werden zu den Nachbarn.

Hier ist ein bitteres Wort gesagt worden. Als Herr Hedergott sprach, fiel der Zwischenruf: „Zuchtmeister des Parlaments“ oder „Zuchtmeister des Landtags“

oder so ähnlich. Ich habe das mit Bitterkeit zur Kenntnis genommen, weil ich meine, daß gerade er geradegerückt hat, was geradegerückt werden mußte.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

daß wir uns nämlich über die unterschiedlichen politischen Auffassungen in Deutschland hinweg an das Werk der Versöhnung machen wollen, daß wir dabei nichts verkleistern dürfen von der bitteren Vergangenheit, die auch deutschen Landsleuten widerfahren ist und daß wir eine solche Debatte nicht dazu benutzen dürfen, uns gegenseitig schlechten Willen und schlechte Absichten zu unterstellen.

Ich kann nur sagen, meine Damen und Herren, daß wir sehr bald im Kultusausschuß beraten sollten, ob wir zu einem gemeinsamen Ergebnis, zu einem gemeinsamen Text kommen können, und daß wir das, was an Gräben leider aufgerissen worden ist, vielleicht in der zweiten Beratung, die dann wieder im Landesparlament erfolgt, überbrücken sollten. Wenn wir – das richtet sich besonders an Sie, Herr Kollege Pennigsdorf, eine solche Debatte führen, dann sollten wir auch daran denken, was unsere polnischen Nachbarn denken, wenn sie eine solche Debatte verfolgen.

(Bruns [Reinhausen] [SPD]: Und wenn sie die Rede in Goslar hören!)

Unsere polnischen Nachbarn sollten aus der Art, wie wir miteinander sprechen, aus der Art, wie wir uns vielleicht auch aufeinander zubewegen, erkennen, daß wir ein freiheitliches Staatswesen sind, daß wir Demokraten sind, die sich gegenseitig respektieren und daß wir aus dem gegenseitigen Respekt heraus auch zu einer guten Nachbarschaft mit unseren polnischen Nachbarn gelangen können.

(Beifall bei der CDU und der FDP.)

**Vizepräsident Baumgarten:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

**Nr. 2356****Antwort auf eine Kleine Anfrage**

— Drucksache Nr. 2259/14 —

**Betr.: Ostkunde im Unterricht**

Wortlaut der Mündlichen Anfrage des Abg. von Claer (CDU) vom 8. 2. 1977

Der Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 22. 6. 1973 hat den Bundesländern die Möglichkeit eröffnet, eine Neufassung der Empfehlungen zur Ostkunde im Unterricht vorzulegen. Aus Presseveröffentlichungen ist bekannt, daß einige Länder diese Möglichkeit schon ausgeschöpft haben.

Nach einer Pressemitteilung von Staatssekretär Haaßengier aus dem Ministerium für Bundesangelegenheiten beabsichtigt die Landesregierung, einen Schülerwettbewerb zur Ostkunde im Unterricht durchzuführen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist auch in Niedersachsen mit einem neuen Erlaß zur Ostkunde im Unterricht zu rechnen? Zu welchem Zeitpunkt ist die Landesregierung bereit, einen solchen Erlaß zu veröffentlichen?
2. Zu welchem Zeitpunkt soll ein Schülerwettbewerb zur Ostkunde im Unterricht durchgeführt werden? Welche Thematik ist dafür vorgesehen?
3. Ist die Landesregierung bereit — wie z. B. in Nordrhein-Westfalen —, Lehrkurse (Modelle) für Ost- und Ostmitteleuropa-Kunde zu entwickeln, die vom Kultusministerium empfehlend an die Schulen weitergegeben werden?

**Antwort der Landesregierung**

Der Niedersächsische Kultusminister  
— 01 420/5 2259 Frage 14 —

Hannover, den 2. 3. 1977

Zu 1.

Der Niedersächsische Kultusminister beabsichtigt z. Z. nicht einen neuen Ostkundeerlaß herauszugeben. Er ist der Auffassung, daß dem erklärten Ziel der Niedersächsischen Landesregierung, dem Geschichtsunterricht und der Förderung des Geschichtsbewußtseins wieder größere Bedeutung beizumessen, am wirkungsvollsten Rechnung getragen werden kann durch eine entsprechende Gestaltung der Rahmenrichtlinien und Stundentafeln für die verschiedenen Schulformen. Er wird dafür Sorge tragen, daß bei der Erarbeitung der neuen Rahmenrichtlinien die ostdeutsche Geschichte und die Probleme der benachbarten Völker angemessen berücksichtigt werden.

Zu 2.

Ein Schülerwettbewerb zur Ostkunde ist für das Schuljahr 1977/78 vorgesehen. Das Thema soll „Schlesien, ein Kapitel europäischer Geschichte“ sein.

Zu 3.

Im Zusammenhang mit der Erarbeitung von Handreichungen für die reformierte Oberstufe des Gymnasiums ist auch ein Kursmodell mit dem Thema „Deutsche und Polen“ entwickelt worden. Es stellt einen historischen Modellfall nationaler Konflikte dar, mit dessen Hilfe sich — unabhängig von tagespolitischer Aktualität — politische Kategorien von grundsätzlicher Bedeutung erschließen lassen. Im übrigen wird der Niedersächsische Kultusminister die Erarbeitung entsprechend der Unterrichtseinheiten anregen, sobald die Rahmenrichtlinien vorliegen.

Dr. Remmers

(Ausgegeben am 16. 3. 1977)

**Nr. 2912****Entschließungsantrag**

Fraktion der SPD

Hannover, den 14. 9. 1977

**Betr.: Schülerwettbewerb „Schlesien — ein Kapitel europäischer Geschichte“**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. den im Schulverwaltungsblatt Nr. 7/1977 S. 179 und 200 ausgeschriebenen Schülerwettbewerb „Schlesien — ein Kapitel europäischer Geschichte“ zurückzuziehen und
2. eine Neuausschreibung des Wettbewerbs unter Beteiligung des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung in Braunschweig vorzunehmen.

---

**Begründung**

Der Schülerwettbewerb „Schlesien — ein Kapitel europäischer Geschichte“ steht in seinem Aufsatzteil und in den Quizfragen zur Geschichte Schlesiens in Widerspruch zu den in der Einleitung des Wettbewerbs aufgeführten Zielen, „die Verständigung und Toleranz“ unter den Völkern zu fördern. Historische Zusammenhänge werden verkürzt und verfälschend dargestellt, Einzelheiten sind fehlerhaft, die didaktische Konzeption fragwürdig.

Niemand bestreitet, daß die Geschichte Schlesiens über die Jahrhunderte eng mit der deutschen Geschichte verbunden ist. Es läuft aber den deutsch-polnischen Verständigungsbemühungen zuwider, wenn verschwiegen wird, daß die Geschichte Schlesiens auch immer Bezüge zur polnischen Geschichte hatte.

Es ist eine geschichtliche Tatsache, daß den Schlesiern nach dem zweiten Weltkrieg Unrecht zugefügt worden ist. Zugleich wird man aber der Geschichte und dem Ziel der deutsch-polnischen Verständigung nicht gerecht, wenn das Unrecht, das dem polnischen Volk durch den zweiten Weltkrieg zugefügt worden ist, verschwiegen oder verharmlost wird.

Geist und Tendenz des Schülerwettbewerbs stehen im Widerspruch zur Erklärung von Ministerpräsident Albrecht vom 15. 12. 1976, wonach die Landesregierung darauf achten werde, daß in den deutschen Schulbüchern auch den Polen Gerechtigkeit zuteil werden solle.

Die Beteiligung des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung ist bei einer Neuausschreibung unabweisbar.

Kreibohm  
Fraktionsvorsitzender

(Ausgegeben am 15. 9. 1977)

## Stenographischer Bericht

Beginn: 10.18 Uhr.

**Vizepräsident Jürgens:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 74. Sitzung im 30. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 8. Wahlperiode und stelle fest, daß wir beschlußfähig sind.

Heute hat Herr Kollege Janßen Geburtstag, er wird 59 Jahre alt, ich darf ihm herzlich gratulieren.

(Beifall.)

Zur Tagesordnung darf ich Ihnen sagen, daß wir heute morgen vereinbarungsgemäß mit Punkt 16 - Schülerwettbewerb „Schlesien - ein Kapitel europäischer Geschichte“ - beginnen; dann folgen die Punkte 6, 7 und 12 gemeinsam, 8, 13 und 14. Ich gebe nochmals bekannt, daß die Mittagspause heute von 12.00 bis 14.30 Uhr dauert.

Ich rufe nun auf Punkt 16:

**Erste Beratung: Schülerwettbewerb „Schlesien - ein Kapitel europäischer Geschichte“**  
Entschließungsantrag der Fraktion der SPD - Drucks. 2912

Wir sind in der ersten Beratung. Zur Einbringung erteile ich das Wort dem Kollegen Wernstedt.

**Wernstedt (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die SPD-Landtagsfraktion legt Ihnen einen Antrag vor; mit dem die Landesregierung aufgefordert wird,

1. den Schülerwettbewerb „Schlesien - ein Kapitel europäischer Geschichte“ zurückzuziehen und
2. eine Neuausschreibung des Wettbewerbs unter Beteiligung des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung in Braunschweig vorzunehmen.

Aus dieser doppelten Aufforderung wird deutlich, daß es in unserem Antrag nicht darum geht, ob niedersächsische Schüler der 8. Klassen etwas aus der Geschichte Schlesiens lernen sollen, sondern nur um die Frage, was und wie sie lernen sollen. Wir sind der Meinung, daß der von den Ministern Hasselmann und Dr. Remmers zu verantwortende Schülerwettbewerb sowohl was die Aufsatzthemen in ihrer Summe als auch was die Quizfragen angeht, einer ernsthaften, sachlichen und didaktischen Kritik nicht standhält. Die einzelnen nachgewiesenen sachlichen Fehler rechtfertigen schon allein die Forderung nach Zurückziehung dieses Wettbewerbs; denn das Quiz kann nur dann richtig gelöst werden, wenn einige Fragen falsch oder nur halb beantwortet werden. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf unsere Dokumentation, die inzwischen sehr große Verbreitung gefunden hat.

Von viel größerer Wichtigkeit ist aber die Frage, nach welchem didaktischen Konzept Aufsatzthemen und Quizfragen zusammengestellt worden sind und welche politische Absicht dahintersteht. Wir bekräftigen unseren in der Öffentlichkeit bereits erhobenen Vorwurf der tendenziösen Fragestellung und der Belastung des

deutsch-polnischen Verhältnisses. Der Anspruch des Vorwortes, mit diesem Wettbewerb einen Beitrag leisten zu wollen zur Verständigung und Toleranz unter den Völkern sowie zur Hilfsbereitschaft gegenüber den Aussiedlern, wird nicht erfüllt und kann mit einer solchen Wettbewerbsfragestellung auch nicht erfüllt werden.

(Beifall bei der SPD.)

Nun haben Minister Hasselmann und sein Staatssekretär mehrfach erklärt, die Aufsatzthemen würden den polnischen Anteil an der schlesischen Geschichte gebührend berücksichtigen. Einer genauen Prüfung hält diese vordergründige Verteidigung nicht stand. Die polnische Perspektive, die man doch kritisch aufarbeiten müßte, kommt nur zweimal ins Blickfeld: einmal, als nach Oberschlesien und dem Versailler Vertrag aus polnischer Sicht, und zum anderen, als nach dem Schicksal einer polnischen Familie 1939 bis 1945 gefragt wird. Alle anderen Themen, gegen die als Einzelthemen sonst gar nichts zu sagen ist, kehren aber allein die deutsche Perspektive heraus. Das didaktische und auch politische Problem besteht aber darin, daß es neben einer jahrhundertealten politischen und kulturellen deutschen Tradition in Schlesien, die zu kennen sinnvoll ist, in den Randgebieten immer auch Minderheitenprobleme und in Oberschlesien eine starke polnisch sprechende und sich auch führende Bevölkerung gegeben hat. Auch sollte man wissen, daß es in Schlesien immer eine starke jüdische Bevölkerung, 1910 in Breslau allein über 20 000, gegeben hat. Die fürchterlichen Folgen von Vorurteilssyndromen, wie sie sich beispielsweise um den Begriff des Ostjuden ranken - ich bitte um Aufmerksamkeit für den Roman „Soll und Haben“ von Gustav Freytag -, dies wäre allein schon ein Thema wert gewesen, weil es geschichtsträchtig ist.

Warum wird der Beginn des verbrecherischen zweiten Weltkrieges, der das Schlüsselproblem des gegenwärtigen deutsch-polnischen Verhältnisses darstellt, nicht thematisiert, und zwar nicht nur diplomatisch, wie in der Frage nach den Verträgen, sondern, wie im Vorwort angekündigt, in seinen wirtschaftlichen, seinen sozialen und seinen politischen Zusammenhängen?

Das Interessante und Verräterische an den Aufsatzthemen ist eben, wie so oft beim Thema Geschichte, nicht das, was gesagt wird, sondern das, was nicht gesagt oder gefragt wird.

(Beifall bei der SPD.)

Warum wird zum Beispiel die in Polen doch so wirkungsvolle Geschichtslegende von den angeblich wiedergewonnenen Gebieten nicht problematisiert? Die völkerverhetzende Funktion sogenannter historischer Ansprüche bewußt zu machen, ganz gleich, von wem sie gebraucht werden, ob von Polen, von Deutschen oder von sonstwem, wäre ein Stück wirksamer Abtragung von Vorurteilen. Warum wird der Heimatgedanke unter den Bedingungen einer modernen beweglichen Industriegesellschaft nicht thematisiert? Warum wird der Konflikt nicht ausgesprochen, der dann entsteht, wenn beispielsweise ein Glogauer oder ein Hirschberger, der nach 1945 Schlesien verlassen mußte, vom Recht auf

Wernstedt

Heimat spricht und zugleich weiß, daß in Glogau oder Hirschberg heute bereits die zweite polnische Generation aufwächst mit demselben Recht auf Heimat?

Wir stehen voll hinter der Forderung des Bundesvertriebenengesetzes, wonach wir das Kulturgut der ehemaligen deutschen Provinzen im Bewußtsein des gesamten Volkes zu erhalten haben. Wir sind auch der Meinung, daß unzureichende Kenntnisse der Geschichte weder zur Versöhnung beitragen noch Vergangenheitbewältigung leisten, sondern für die Zukunft das Risiko verantwortungslosen Handelns in sich bergen.

Insofern war und ist uns das Schicksal der Menschen aus Ostpreußen, aus Pommern, aus Ost-Brandenburg, aus Schlesien und wo sie sonst herkommen, nie gleichgültig gewesen.

(Beifall bei der SPD.)

Aber genau diese Gefahr des oberflächlichen Faktenwissens, das eher zu historischen Mißverständnissen als zu kritischer Aufklärung führt, birgt dieser Wettbewerb in sich. Meine Damen und Herren, historisches Halbwissen ist gefährlicher für die Zukunft als gar kein historisches Wissen. Am Beispiel des Faktums des Nichtwissens über Hitler ist das in den letzten Monaten für uns alle wohl schmerzlich deutlich geworden.

(Beifall bei der SPD.)

Da wir in Verantwortung vor der Jugend beides nicht wollen können, weder historisches Halbwissen noch Nichtwissen, müssen wir uns in der Aufarbeitung der Geschichte mehr Mühe geben, als es in diesem Wettbewerb geschehen ist. Wer vermeiden will, daß verkürzt gewußt und nicht zu Ende gedacht wird, sollte nicht Aufsatzthemen stellen, die bei uns und bei dem polnischen Nachbarn abermals Mißtrauen säen müssen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD.)

Wer wie Herr Albrecht davon spricht, daß die Landesregierung darauf achten werde, daß in den deutschen Schulbüchern auch den Polen Gerechtigkeit zuteil wird, muß sich fragen lassen, wieso er bei der ersten Gelegenheit, die er hat, dies unter Beweis zu stellen, genau das Gegenteil tut.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD.)

Beim Quiz wird die Katze dann aus dem Sack gelassen. Es enthält ein Sammelsurium historischer Fakten, verkürzter Zusammenhänge, bloßer Namen und desorientierender Angaben. Wir wiederholen: Die Kenntnis einer Jahreszahl oder eines Namens trägt für sich allein überhaupt nicht zu einem historischen Bewußtsein bei, sondern allenfalls zu beliebig manipulierbaren historischen Versatzstücken. Erst die historische Einordnung und die Interpretation ergeben den Sinn eines zu lernenden Namens oder Faktums. Die Kenntnis ganzer Genealogien hat beispielsweise die Deutschen weder vor einem engstirnigen Nationalismus noch vor dem NS-Regime bewahrt. Wenn man sich schon auf die durchaus fragwürdige Methode eines Quiz im Stil eines Kreuzworträtsels einläßt, dann muß man verlangen, daß die historische Hinführung umfassend ist. Dies

wird aber bei diesem Quiz nicht geleistet. Dazu drei Beispiele:

Die Frage 6 lautet folgendermaßen: „Im Vertrag von Trentschin verzichtete Polen auf Schlesien. Wann wurde dieser Vertrag geschlossen?“ Abgesehen davon, daß nicht einmal im gängigen historischen Wörterbuch, nämlich dem „Ploetz“, der Vertrag von Trentschin überhaupt erwähnt wird, muß man doch die Frage stellen, was denn eigentlich das Bewußtsein dieses Datums in der Jugend bedeuten soll. Soll es sozusagen Besitzansprüche geltend machen? Dann könnte man auch zurückfragen: Warum hat eigentlich Dänemark nicht den Anspruch auf das ganze Land nördlich der Eider, weil im Jahre 1025 Konrad II. auf die Mark Schleswig verzichtet hat? Das kann also so offenbar nicht gemeint sein.

In der Frage 10 wird gesagt: „Im oberschlesischen Industriegebiet, häufig das Ruhrgebiet des Ostens genannt, bilden fünf große Städte den Kern. Nenne sie in alphabetischer Reihenfolge!“ Es werden folgende Namen erwartet: Beuthen, Gleiwitz, Hindenburg, Kattowitz und Königshütte. Ich habe gar nichts dagegen. Ich spreche auch von diesen Städten mit diesen Namen. Das Problem dabei besteht doch nur darin, daß es um die Benennung dieser Städte sozusagen Konflikte gegeben hat. Sie wissen doch, daß es beim ersten Besuch Charles de Gaulles in Polen vor zehn oder zwölf Jahren einen Heidenspektakel gegeben hat, als es um die Frage ging: Zabrze oder Hindenburg. Das ins Bewußtsein zu heben, daß es keine eindeutig nur deutsche Tradition gerade in Oberschlesien gibt, sollte unseren Schülern zumindest auch bewußt sein.

(Janßen [CDU]: Auch!)

– Auch! Selbstverständlich. Darum geht es mir. Es geht darum, daß dort jahrhundertlang zwei Bevölkerungsschichten nebeneinander gelebt haben. Ins Bewußtsein zu heben, wie man auch friedlich miteinander leben kann, das ist das Problem!

(Beifall bei der SPD.)

Frage 20: „Als Rechtfertigung für seinen Angriff auf Polen (1. 9. 1939) benutzte Hitler einen angeblichen polnischen Angriff auf einen deutschen Sender dicht an der deutsch-polnischen Grenze. In welcher schlesischen Stadt stand dieser Sender?“ Ein solch wichtiges Thema im Zusammenhang mit einem Wettbewerb auf Gleiwitz zu reduzieren, ist schlichtweg ein politisch-historischer Skandal!

(Vereinzelt Beifall bei der SPD.)

Wer die blutige Spur, die vom 1. September 1939 an den Weg des deutschen und des polnischen Volkes begleitet hat, auf eine derart nichtige Frage bringt, sollte sich schämen!

(Aus der CDU: Na, na!)

Zum Verständnis der gegenwärtigen Lage und der Probleme der Aussiedler trägt jedenfalls dieser Wettbewerb nichts bei.

Geweckt worden sind ganz andere Geister. Ich möchte aus einem Brief zitieren, der meiner Fraktion

neulich zugegangen ist, in dem man uns vorwirft, wir wollten sozusagen irgendwelche Gebiete verschenken:

Sie vergessen wohl, daß Rußland und Polen ziemlich genau hundertmal so groß sind wie die Bundesrepublik, und ausgerechnet Leute von hier verlangen, daß dieses kleine Ländchen dem größten Landeigentümer der ganzen Erde und seinen Trabanten mehr Land abgibt? Fassen Sie sich an den Kopf und rechnen Sie sich dann aus, wann wir auf dem schmalen Handtuch des Restreiches hier verhungern werden.

Das, meine Damen und Herren, liegt genau auf der Linie „Schlesien auch heute noch eine deutsche Provinz“, wie es Herr Haaßengier neulich in einem Rundfunkinterview auch gemeint hat. Wenn Sie wollen, daß niedersächsische Kinder lernen sollen, daß Schlesien auch heute noch deutsche Provinz sei, so sagen Sie es bitte sehr deutlich, und zwar nicht nur uns, sondern auch den Polen. Und sagen Sie bitte auch, warum die Kinder diesen Rechtsvorbehalt, der ja immer mit dem Grundgesetzurteil in Verbindung gebracht wird, wissen sollen. Dann müssen Sie auch sagen, welche Bedeutung der Warschauer Vertrag mit seiner territorialen Integritätsgarantie der Grenzen für Polen und die Bundesrepublik Deutschland für jetzt und in Zukunft hat.

Uns scheint, Sie könnten ein wirklich sinnvolles Werk nur dann tun, wenn Sie bei der Neuausschreibung des Wettbewerbs das Georg-Eckert-Institut in Braunschweig beteiligen. Sie wollten ja die Ergebnisse der Arbeit dieses Instituts berücksichtigen, wie Sie hier am 12. Mai dieses Jahres den Herrn Kultusminister haben sagen lassen. Nutzen Sie den Erfahrungsschatz deutscher Historiker aus dieser Kommission, zum Beispiel Ihres eigenen Parteifreundes Herrn Rhode aus Mainz; dann werden Sie wahrscheinlich derart törichte Machwerke, die den niedersächsischen und deutschen Interessen zuwiderlaufen, vermeiden.

Wenn historisches Wissen, Kenntnisse und Besinnung einen Sinn haben sollen, dann doch nur den, auch schmerzlich empfundenen persönliches Schicksal in größerem Zusammenhang verstehen zu lernen, um größeres Unglück zu vermeiden.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD.)

Das heißt zum Beispiel auch, den Verlust der Heimat ertragen zu lernen, wie es ja sehr viele Ostdeutsche seit 30 Jahren haben tun müssen.

Wir können heute nicht mehr von der Geschichte Schlesiens sprechen, ohne den weltpolitischen Zusammenhang im Auge zu haben, der zum Verlust der deutschen Stellung im Osten geführt hat. Nach der Herausbildung des Ost-West-Gegensatzes mit seinen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und militärischen Folgen kann es keine unpolitische Beschwörung einer heilen Welt ostdeutscher Vergangenheit geben. Der zur Rede stehende Wettbewerb beackert das Feld der Geschichte im Stil der Dreifelderwirtschaft: Mindestens ein Drittel liegt brach, und die aufgehende Saat wird schlecht sein!

Ich beantrage Ausschußüberweisung.

(Beifall bei der SPD.)

**Vizepräsident Jürgens:** Ich eröffne die Beratung. Das Wort hat Herr Minister Hasselmann.

**Hasselmann, Minister für Bundesangelegenheiten:** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst einige grundsätzliche Ausführungen machen, ehe ich im einzelnen auf den Entschließungsantrag der SPD-Fraktion und die soeben abgegebene Begründung eingehe. Eines sei gesagt, Herr Wernstedt: Ich halte von Pädagogen offensichtlich doch wesentlich mehr als Sie!

(Stender [CDU]: Er ist ja einer! - Dr. Hinrichs [SPD]: Es kommt darauf an, von welchen!)

Eine Interpretation ist doch selbstverständlich, wenn man einen solchen Wettbewerb ausschreibt. Natürlich steht eine Frage nicht für sich, sondern jeder Pädagoge muß mit ihr so umgehen, daß alles das Ergänzung findet, was man in Form einer solchen Broschüre gar nicht formulieren kann.

(Beifall bei der CDU.)

Hier setze ich eben auch auf die Ergänzungen, und ich hoffe, daß wir uns darüber nicht zu streiten brauchen.

(Bosselmann [CDU]: Das weiß er auch, er sagt es nur nicht!)

Mit dem Schülerwettbewerb leistet die Landesregierung einen Beitrag zur Erfüllung eines gesetzlichen Auftrages; ich freue mich, daß wir hier Übereinstimmung feststellen können. Der Auftrag in § 96 des Bundesvertriebenengesetzes lautet: „Der Bund und die Länder haben das Kulturgut der Vertreibungsgebiete in dem Bewußtsein der Vertriebenen und Flüchtlinge und des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes zu erhalten.“

Die Landesregierung nimmt diesen Auftrag ernst und ist gewillt, ihn zu erfüllen. Die Landesregierung ist hierbei in besonderem Maße aufgerufen, das Kulturgut Schlesiens zu wahren und dieses Kulturgut lebendig zu erhalten. Der erste Ministerpräsident Niedersachsens, Hinrich Wilhelm Kopf, war es, der am 3. Oktober 1950 die Patenschaft unseres Landes für Schlesien übernahm. Diese Patenschaft hat heute nichts an Bedeutung verloren, so meinen wir. Sie verpflichtet das Patenland Niedersachsen, in Verantwortung vor der Geschichte Deutschlands und der Schlesier alle Möglichkeiten zu nutzen,

(Beifall bei der CDU)

damit diese Geschichte im Bewußtsein unseres Volkes gegenwärtig bleibt.

Zur Pflege des Kulturgutes der Vertreibungsgebiete zählt unseres Erachtens unzweifelhaft, der jüngeren Generation Kenntnisse über die Kultur der deutschen Gebiete und ihrer Geschichte zu vermitteln. Dies war der Grund für die Landesregierung, den Schülerwettbewerb „Schlesien - ein Kapitel europäischer Geschichte“ durchzuführen.

Es bleibt unverständlich, wie aus dieser Tatsache der Vorwurf des Revanchismus abgeleitet werden kann.

Hasselmann

Revanchismus, meine Damen und Herren, ist etwas sehr Übles. Es kann aber doch nicht revanchistisch sein, sich zu erinnern, daß man zum Beispiel Schlesier ist!

Die Landesregierung ist sich bewußt, welche Hypothek die geschichtliche Vergangenheit zwischen Deutschen und Polen zurückgelassen hat. Wir wissen, wie tief die Gräben sind und wie viele unheilbare Wunden gerissen wurden.

Polen ist auf Befehl durch den Einfall der deutschen Truppen des nationalsozialistischen Gewaltregimes und der Sowjetunion das erste Opfer des zweiten Weltkrieges geworden. Dieser Krieg hat namenloses Leid über unschuldige Polen und auch unschuldige Deutsche gebracht. In Polen erinnert man sich genau an alles, was in dieser dunklen Zeit deutscher Geschichte in unserem Namen geschehen ist. Ich nenne nur Auschwitz, Treblinka, Warschau.

Aber auch in Deutschland ist die Erinnerung an das Schicksal der Millionen Deutschen wach, die ihr Leben einbüßten oder aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Krieg, meine Damen und Herren, Besatzung und Massenvernichtung ebenso wie Vertreibung und Teilung zum Beispiel Polens und Deutschlands - all das kann und darf nicht vergessen werden.

Nicht ausreichende Kenntnisse der Geschichte oder gar Geschichtslosigkeit bringen weder Versöhnung noch Vergangenheitsbewältigung,

(Beifall bei der CDU und der FDP)

sondern bergen das Risiko politischer Verantwortungslosigkeit für die Zukunft in sich.

Die Landesregierung will Verständigung; sie hat bedeutende Beiträge hierzu geleistet. Der Verständigung ist nicht gedient, so meinen wir, wenn wir Fakten der gemeinsamen Geschichte beschönigen, weil sie die andere Seite - und das ist beiderseitig zu verstehen - stören könnten. Dazu gibt es ja Beispiele in anderen Bereichen - ich darf das nur einfügen -, die zeigen, daß es rechtlich zwar ginge, daß es aber nicht gut ist, wenn man es tut. Nun, darüber kann man nachdenken. Wir dürfen aber nichts verleugnen, meinen wir.

Unser Verhältnis zu den Völkern, meine Damen und Herren, denen Deutschland im letzten Krieg schwersten Schaden zugefügt hat, kann nur auf der Grundlage einer absoluten Wahrhaftigkeit wieder ins Gleichgewicht kommen. Ich gehe sicherlich nicht fehl, wenn ich gerade von Polen annehme, daß sie im Blick auf ihre Geschichte Verständnis für unsere Haltung haben, in der ich nichts die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Völkern Verletzendes erblicken kann. Gerade die polnischen Bürger haben vorbildlich über Generationen hindurch ihr Land, also die eigene Geschichte wachgehalten. Sie werden uns am besten verstehen, so hoffe ich.

In Niedersachsen ist nun erstmals von einer Landesregierung ein Schülerwettbewerb zum Thema Ostkunde ausgeschrieben worden. Die Landesregierung hat sich dabei die langjährigen Erfahrungen zunutze gemacht, die Nordrhein-Westfalen mit derartigen

Schülerwettbewerben hat, nicht nur hinsichtlich der organisatorischen und technischen Vorbereitungen, sondern auch hinsichtlich der inhaltlichen Gestaltung des Ausschreibungsheftes.

Viele Fragen des Preisausschreibens, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, finden sich im Schülerwettbewerb des Landes Nordrhein-Westfalen wieder.

(Zuruf von der SPD.)

- Bitte?

(Kreibohm [SPD]: Wir kommen nachher darauf zurück!)

- Ich kann sie Ihnen aufzählen.

(Prof. Hedergott [FDP]: Hier wurde gesagt: eine!)

- Es sind wesentlich mehr; wir haben sie hier.

(Hüper [SPD]: Einige!)

- Ja, es sind einige, viele! Wir können das ja im einzelnen nachher austauschen. Ich gebe Ihnen mal die Texte, die wir haben.

Nordrhein-Westfalen, das Patenland für Oberschlesien, führt in diesem Jahr bereits zum 25. Male einen solchen Schülerwettbewerb durch.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Bei dem Wettbewerb wurden zwei Schwerpunkte gesetzt: Es wurde Wert darauf gelegt, den Wettbewerb in ausgewogener Weise den historischen Gegebenheiten unter Berücksichtigung des deutschen und polnischen Anteils zu behandeln. Dabei konnte, wie das bei einem derartigen Wettbewerb gar nicht anders möglich ist, natürlich nicht die gesamte Breite der deutsch-polnischen Probleme in Vergangenheit und Zukunft, die mit Schlesien verbunden sind, angesprochen werden.

Die Landesregierung ist aber der Auffassung, daß der Wettbewerb insgesamt betrachtet eine gute Grundlage für eine umfassende Erörterung der angesprochenen Problematik darstellt und einen Beitrag zur Versöhnung mit Polen liefert. Ich nehme Bezug auf das, was ich eingangs bezüglich der Interpretationen von Pädagogen bei der Behandlung des Wettbewerbs bemerkte.

Dies vorangestellt, möchte ich jetzt auf die Kritik eingehen, die die SPD-Fraktion veranlaßt hat, den vorliegenden Entschließungsantrag einzubringen.

Es wird der Vorwurf erhoben, der Wettbewerb sei politisch gefährlich, weil er die Verständigungsbemühungen mit Polen behindere und unterlaufe. Zunächst, meine Damen und Herren von der Opposition, eine kurze Bemerkung für die Männer und Frauen, die den Wettbewerb konzipiert haben. Glauben Sie mir bitte: Böser Wille, böse Absichten liegen den gestellten Fragen nicht zugrunde.

Es wird der Vorwurf erhoben, der Wettbewerb sei wissenschaftlich unqualifiziert, tendenziös und er verfälsche die politisch-historischen Zusammenhänge. Schließlich sei er pädagogisch-didaktisch fragwürdig und daher unhaltbar.

Lassen Sie mich mit dem Vorwurf des verfälschten politisch-historischen Zusammenhangs beginnen, weil eine politische Gefährlichkeit nur dann gegeben sein kann, wenn die politisch-historischen Zusammenhänge verfälscht worden sind und der Wettbewerb tendenziös und wissenschaftlich unqualifiziert wäre.

Zur Begründung dieses Vorwurfs hat sich die SPD-Fraktion auf ein Gutachten eines Privatdozenten Dr. Nolte von der Technischen Universität Hannover berufen. Die Landesregierung weist mit Nachdruck den Vorwurf zurück, der Wettbewerb sei wissenschaftlich unqualifiziert. Die Landesregierung hält es für nicht richtig, hier im Landtag eine fachwissenschaftliche Auseinandersetzung zu führen. Nur soviel sei zum Vorwurf gesagt.

Prof. Dr. Patze, ordentlicher Professor für Geschichte an unserer Göttinger Universität, hat sich in einem Gutachten mit den Aussagen von Herrn Dr. Nolte kritisch auseinandergesetzt. Er hat uns informiert über seine Vorstellungen. Prof. Patze weist eine Geschichtswissenschaft zurück, die meint, auf ausreichende Fakten und Namenskenntnisse verzichten zu können. Historisches Bewußtsein könne erst entwickelt werden, wenn man etwas von der Geschichte wisse, und das seien zunächst einmal die Fakten. Erst wer Fakten kenne, könne historisch denken und historische Fragen stellen.

Prof. Patze faßt seine Kritik mit dem Satz zusammen: „Man merkt dem Gutachten (von Herrn Dr. Nolte) an, daß mit dem Anschein der wissenschaftlichen Korrektheit dieses Preisausschreiben als politisch gefährlich charakterisiert werden sollte.“ Und dies halten wir für nicht gut.

Nun zur Kritik selbst, der Wettbewerb sei tendenziös und gefährde die Verständigungsbemühungen mit Polen, weil er sich überwiegend mit dem deutschen Anteil an der Geschichte Schlesiens befaße, wie wir es eben von Herrn Wernstedt gehört haben.

Hauptgebiet des Wettbewerbs sind die Aufsatzthemen. Das Preisausschreiben hat lediglich ergänzenden Charakter. Das Ausschreibungsheft enthält eine Auswahl von 23 Aufsatzthemen. Es weist ausdrücklich darauf hin, daß die Teilnehmer auch ein eigenes Thema wählen können, sofern es sich unter das Gesamthema des Wettbewerbs einordnen läßt. Von den angegebenen 23 Aufsatzthemen lassen sich lediglich 3 Themen mit einer gewissen Ausschließlichkeit dem deutschen Anteil an der Geschichte Schlesiens zuordnen. Ich muß das jetzt sagen: Es sind die Themen

Eichendorff: Romantischer Dichter aus Schlesien

Paul Löbe: Reichstagspräsident aus Schlesien. Schildere sein Leben

Die Eingliederung der Spätaussiedler. Schildere ihre Bedeutung und Schwierigkeiten an einem Einzelfall.

Die überwiegende Mehrzahl der zur Auswahl gegebenen Aufsatzthemen hat hingegen geschichtliche Vorgänge zum Gegenstand, die inhaltlich gleichermaßen

den deutschen und den polnischen Anteil an der Geschichte Schlesiens, den Beitrag der deutschen wie der polnischen Bevölkerung zur Geschichte Schlesiens umschließen. Hier möchte ich gern auf insbesondere folgende Themen hinweisen:

Die Bedeutung der Schlacht bei Liegnitz.

Die Industrialisierung in Schlesien.

Oberschlesien und der Versailler Vertrag. Gib eine Darstellung aus deutscher und polnischer Sicht und nimm Stellung.

Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Schlesien.

Das Schicksal einer polnischen Familie in Oberschlesien 1939–1945.

Das Schicksal einer schlesischen Familie im und nach dem 2. Weltkrieg.

Die Vereinbarungen der Alliierten ausgangs des 2. Weltkrieges und die Verträge von Görlitz und Warschau.

Ein Spätaussiedler aus Schlesien berichtet.

Viele Schlesier haben ihre Heimat wiedergesehen. Was berichten sie?

Breslau: Seine Gründung, Entwicklung und Bedeutung.

Es handelt sich dabei ausnahmslos – so meinen wir – um Themen, bei deren Bearbeitung die Schüler den multinationalen Charakter der Geschichte Schlesiens und das Nebeneinander und ganz ohne Frage, Herr Wernstedt, auch zeitweise das Gegeneinander insbesondere von Deutschen und Polen erkennen und darstellen können und sollen.

(Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

Augenscheinlich sind die Kritiker dem Irrtum erlegen, der polnische Anteil an der Geschichte Schlesiens sei nur in Themen gefragt, in denen ausdrücklich die Bezeichnung „polnisch“ verwandt wird. Sie haben völlig übersehen, Herr Wernstedt, daß die Bezeichnung „deutsch“ nur in einem einzigen Aufsatzthema auftaucht. Es wäre geradezu fahrlässig, wenn Pädagogen so wörtlich nicht einen einzigen Zusatz erkennen könnten, wenn nicht speziell das Wort „deutsch“ oder „polnisch“ benutzt wurde.

Unter dem Generalthema stehen auch die bildnerischen Arbeiten. Nichts anderes gilt für das Preisausschreiben. Auch dieser Bereich des Wettbewerbs – das lassen Sie mich nochmals ausdrücklich betonen – soll keinesfalls nur den deutschen Anteil einseitig herausstellen, sondern im Zusammenhang mit den anderen Bereichen die deutschen und polnischen Bindungen zu Schlesien aufzeigen. Eine Kritik, die nur das Preisausschreiben anspricht, ohne die Gesamtzusammenhänge zu den anderen Teilen des Wettbewerbs herzustellen, muß sich vorhalten lassen, Herr Wernstedt, daß sie die Schwerpunkte des gesamten Wettbewerbs falsch gesehen und ganz gewiß falsch gewürdigt hat oder die Absicht hatte, das Ganze falsch zu würdigen.

(Stender [CDU]: So ist es! – Beifall bei der CDU.)

Hasselmann

Ein Drittel des Wettbewerbs behandelt Themen der neueren Geschichte im Zusammenhang mit dem unglücklichen 2. Weltkrieg. Die Themen „Eine Reise nach Schlesien“, „Was würde Dich besonders interessieren?“ und „Viele Schlesier haben ihre Heimat wiedergesehen. Was berichten sie?“ geben dabei Gelegenheit, sich mit dem heutigen Schlesien zu befassen, mit seiner neuen Bevölkerung und seiner neuen politischen und wirtschaftlichen Ordnung.

(Horrnann [CDU]: Genauso ist es!)

Politische Verfolgung, Zwangsumsiedlung und Vertreibungen der Kriegs- und Nachkriegszeit sind Gegenstand folgender Themen, die ich mit Rücksicht auf die auch in einer bestimmten Presse laut gewordene Kritik nennen muß:

Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Schlesien.

Das Schicksal einer polnischen Familie in Oberschlesien 1939–1945.

Das Schicksal einer schlesischen Familie im und nach dem 2. Weltkrieg.

Das sind ja Schicksale, die noch in Erinnerung sind, auch im Kreise der Pädagogen selbst.

Mit dem speziellen Thema der deutsch-polnischen Aussöhnung und der Spätaussiedler aus Schlesien befassen sich folgende Themen:

Die Vereinbarungen der Alliierten ausgangs des 2. Weltkrieges und die Verträge von Görlitz und Warschau.

Ein Spätaussiedler aus Schlesien berichtet.

Und noch ein paar andere Themen – ich glaube, ich brauche sie nicht alle zu wiederholen; ich lege aber Wert darauf insbesondere wegen jener Männer, die die Konzeption entwickelt haben –:

Oberschlesien und der Versailler Vertrag.

Gib eine Darstellung aus deutscher und polnischer Sicht und nimm Stellung.

Diese Themen erfordern eine eingehende Auseinandersetzung mit der deutsch-polnischen Geschichte und eine Darstellung aus deutscher und aus polnischer Sicht. Die Schüler sollen mit diesen und den anderen Themen an eine Position der Verständigung und Toleranz geführt werden. Anders können wir einen solchen Wettbewerb gar nicht verstehen wollen.

Mit dem Komplex der neueren Geschichte sowie mit gegenwartsbezogenen Problemen befaßt sich auch das Preisausschreiben. So hat die Frage Nr. 19 die Volksabstimmung nach dem 1. Weltkrieg zum Gegenstand, bezieht sich die Frage Nr. 20 – Sie gingen darauf ein, Herr Wernstedt – unmittelbar auf den Beginn des 2. Weltkrieges, spricht die Frage Nr. 21 das Patenland Schlesien an und weist die Frage Nr. 22 auf die Aussiedler hin.

Nach alledem kann nur der den Wettbewerb als tendenziös und politisch gefährlich bezeichnen, der ihm mit einer Voreingenommenheit gegenübertritt.

(Beifall bei der CDU.)

Lassen Sie uns die Voreingenommenheit der Sache wagen ablegen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß alle Mitglieder der Opposition, zumal die älteren und die jüngeren, die selbst Schlesier sind, voreingenommen sind. Außerdem frage ich: Warum sollten wir nach Abschluß und Auswertung dieses Wettbewerbs nicht klüger sein? Dies wird möglich sein, wenn wir den Wettbewerb ausgewertet haben. Wir sollten daher den Wettbewerb zunächst einmal unvoreingenommen in den Schulen durchführen. Für die Landesregierung ist der Schülerwettbewerb ein Versuch, den jüngeren Menschen die Möglichkeit zu geben, sich über den Schulunterricht hinaus mit der Geschichte zu befassen. Dies geschieht insbesondere gemäß der Verpflichtung die wir aus der Patenschaft für Schlesien haben.

Die große Zahl von Anfragen nach dem Ausschreibungsheft gibt uns die Hoffnung, daß sich viele Schülerinnen und Schüler an diesem Wettbewerb beteiligen. Ich möchte Sie alle noch einmal ausdrücklich bitten sich dem Wettbewerb positiv gegenüberzustellen und mitzuwerben, damit er eine große Verbreitung findet. Ich habe eine große Menge von Briefen durchschriftlich und abschriftlich bekommen, die Ihnen, der SPD-Fraktion und der Partei, ohne Kommentar zugegangen sind. Ich glaube, auch das hat uns das Recht gegeben, hier noch einmal zu sagen: Lassen Sie uns gemeinsam versuchen, etwas Gutes aus der Sache zu machen, und das Ergebnis nach dem Abschluß auszuwerten. Vorwürfe wie Revanchismus und ähnliches sollten wir uns dagegen ersparen. Es dient nicht der Sache.

(Beifall bei der CDU und der FDP.)

Vizepräsident Jürgens: Das Wort hat jetzt Herr Kollege Kreibohm.

Kreibohm (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte wie mein Kollege Wernstedt und wie auch Herr Minister Hasselmann versuchen, hier emotionsfrei zu diskutieren. Ich muß mich allerdings dagegen wehren, daß Teilen unserer Fraktion unterstellt wird, sie seien an die kritische Betrachtung dieses Schlesienwettbewerbs voreingenommen herangegangen. Ich glaube, es ist unser gutes Recht, in einer so schwierigen politischen Frage auch einen solchen Wettbewerb kritisch unter die Lupe zu nehmen. Nicht mehr und nicht weniger haben wir getan.

Ich halte es auch für eine Unterstellung, wir würdigten die Entwicklung falsch. Wenn Sie, Herr Hasselmann, das so sagen, dann müßten Sie auch präzisieren, was Sie damit gemeint haben. Auch aus dem, was Sie hier heute erklärt haben, ist für mich deutlich geworden, daß der Wettbewerb den vorgegebenen politischen Intentionen gerade gegenüber der polnischen Seite in keiner Weise entspricht. Bedauerlicherweise sind Sie auch nicht auf die Kritik daran eingegangen, daß das Georg-Eckert-Institut nicht in die Vorbereitung dieses Wettbewerbs einbezogen wurde, obwohl die Arbeit dieses Instituts gerade vor kurzer Zeit von Herrn Dr. Albrecht und Herrn Remmers als wertvoll und für uns beachtenswert angesehen wurde.

(Beifall bei der SPD.)

Dies hätte es nach unserer Ansicht notwendig gemacht, das Eckert-Institut zu beteiligen. Auf weitere Einzelheiten Ihres Beitrages werden andere Freunde meiner Fraktion eingehen.

Ich möchte hier um der politischen Klarheit willen erneut sagen, was wir wiederholt an anderer Stelle im Zusammenhang mit diesem Wettbewerb erklärt haben. Millionen Deutschen wurde durch die Vertreibung aus ihrer Heimat auch durch die Polen schweres Leid und bitteres Unrecht zugefügt. Aber wir müssen auch sagen - dies ist durch den bisherigen Verlauf der Diskussion deutlich geworden -, daß Deutsche dem polnischen Volk durch den Zweiten Weltkrieg millionenfach ein tragisches Schicksal aufgezwungen haben. Wer sich zur Geschichte bekennt - wir tun das -, der muß das auch mit allen Konsequenzen und auch mit der Konsequenz tun, die hier soeben festgestellt wurde. Man kann über ein besonders dunkles Kapitel der deutschen Geschichte nicht so hinwegschlüdern, wie das mit diesem Wettbewerb geschehen ist.

(Beifall bei der SPD.)

Sie haben Treblinka, Auschwitz und Warschau erwähnt; aber wir finden in diesem Wettbewerb nichts davon wieder. Zumindest das hätten wir erwartet.

(Widerspruch bei der CDU.)

- Auch im Verhältnis zum gesamten polnischen Volk ist das zu sagen.

Der Geist, der hinter einigen Erklärungen und vor allen Dingen hinter Stellungnahmen steht, die uns im Zusammenhang mit unserer Kritik am Schlesienwettbewerb zugegangen sind, läßt uns zutiefst erschrecken. Ich will - das möchte ich hier in aller Deutlichkeit sagen - in diesem Zusammenhang niemandem hier im Hause revanchistisches Gedankengut unterstellen. Sie und wir wissen alle, wohin das führt. Wir möchten nur - das wollen wir auch mit dieser Debatte erreichen - rechtzeitig vor der Gefahr warnen, daß hier ein Nährboden für solches revanchistisches Verhalten in der Zukunft entstehen könnte. Wir alle sollten uns gemeinsam aufgefordert fühlen, solcher Entwicklung im Interesse des Friedens und der Völkerverständigung entgegenzuwirken.

Nun möchte ich noch einmal auf die in der Diskussion befindliche These eingehen, Schlesien sei deutsche Provinz, die zur Zeit unter polnischer Verwaltung stehe. Ich will hier nicht werten, ob das dem von Herrn Haafengier erwähnten Verfassungsgerichtsurteil entspricht. Ich will diese Frage jetzt nicht juristisch beurteilen, sondern ich will nur sagen, daß diese These, so vertreten, im Widerspruch zu Geist und Inhalt des Warschauer Vertrages steht.

(Beifall bei der SPD.)

Diese These, im Zusammenhang mit dem Wettbewerb geäußert, steht nach unserer Ansicht in kräftigem Widerspruch zu dem Anspruch, der mit diesem Wettbewerb erhoben wird, daß er ein Beitrag zur Verständigung und Toleranz unter den Völkern sein soll. Wer diese These im Zusammenhang mit dem Wettbewerb vertritt, erweckt die Vorstellung, wir müßten morgen ver-

handeln, um Schlesien zurückzugewinnen. Er erweckt im Grunde genommen auf die Dauer die Illusion, Schlesien könnte übermorgen wieder deutsch sein. Diese Wirkung tritt vor allen Dingen dann ein, wenn der Wettbewerb auf die jüngste Vergangenheit und die tieferen Ursachen nicht oder völlig unzulänglich eingeht, wie wir das auch kritisiert haben.

In diesem Zusammenhang wollen wir rechtzeitig vor der Einleitung einer Entwicklung warnen, die der von uns allen gewünschten Verständigung mit dem polnischen Volk, dem Ausbau der Beziehungen zum polnischen Volk und der Lösung noch offener Probleme für die Deutschen schaden könnte, die heute noch in Polen leben. Besser, als ich das sagen kann, hat das vor sieben Jahren ein anderer Politiker erklärt, den ich hier mit Genehmigung des Präsidenten zitieren darf:

Wer also die deutsch-polnische Verständigung will, muß sich schon mit der Grenzfrage selbst befassen. Er darf dieser Kernfrage des deutsch-polnischen Verhältnisses nicht ausweichen. Wer ausweicht, nimmt damit in Kauf, daß es zu der Aussöhnung eben nicht kommt, daß dieses weite Feld weiterhin brach liegt, mit allen negativen Konsequenzen, die das für Frieden und Sicherheit in Europa haben mag.

Wer dennoch die Grenzfrage weiterhin unter allen Umständen offenhalten will, muß sich darüber hinaus fragen lassen, was er damit zu erreichen hofft, wenn Gewalt als Mittel zur Veränderung der Grenzen in jeder Hinsicht ausscheidet. Eine friedliche Veränderung erscheint weder jetzt noch in einer irgendwie absehbaren Zukunft denkbar, denn die polnische Seite wird sich zu einer freiwilligen Herausgabe von Gebietsteilen nicht bereit finden, und unter unseren Verbündeten gäbe es niemanden, der in dieser Hinsicht auf Polen einzuwirken bereit wäre.

Dies, meine Damen und Herren, hat kein Geringerer gesagt als der damalige Außenminister Scheel, unser jetziger Bundespräsident. Ich habe dem nichts hinzuzufügen; nur die Frage, wie die FDP denn zu diesem Problemkomplex steht.

(Beifall bei der SPD.)

**Vizepräsident Jürgens:** Das Wort hat der Kollege Hirche.

**Hirche (FDP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei dem schwierigen Thema der deutsch-polnischen Beziehungen haben wir, meine ich, allen Anlaß, in diesem Hause von dem auszugehen, was zwischen den Fraktionen gemeinsam ist. Gemeinsam ist - das hat die bisherige Diskussion schon ergeben - die Bereitschaft und die Verpflichtung aller drei Parteien, das Bundesvertriebenengesetz in seinem Auftrag zu erfüllen. Gemeinsam ist ebenso - dies ist in früheren Beratungen deutlich geworden und auch bestätigt worden durch verschiedene Vertreter der Landesregierung - die Bereitschaft, den Geist der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen, in denen sich ja eine Aussage zur Behandlung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Polen niederschlägt, zu respektieren und in die

Hirche

Wirklichkeit umzusetzen. Gemeinsam ist auch – insbesondere nach den Beiträgen von Herrn Wernstedt und Herrn Hasselmann –, daß hier durchaus erkannt wird, daß es notwendig ist, sich seiner eigenen Geschichte nicht nur bewußt zu werden, sondern sich insbesondere auch mit den dunklen Kapiteln und den schwierigen Fragen der eigenen Geschichte zu beschäftigen und dabei sowohl die Empfindlichkeiten, die im eigenen Volk vorhanden sind, als auch die Empfindlichkeiten, die wegen der Auswirkungen unserer eigenen Geschichte bei anderen Völkern – in diesem Fall bei Polen – vorhanden sind, ins Kalkül zu ziehen.

Dieses zeigt sich insbesondere in einigen Formulierungen, an die ich noch einmal erinnern darf. Herr Hasselmann hat gesagt – ich zitiere mit der Genehmigung des Herrn Präsidenten –: „Der Verständigung ist nicht gedient, wenn wir Fakten der gemeinsamen Geschichte beschönigen, weil sie die andere Seite – und das ist beiderseitig zu verstehen – stören könnten.“ Herr Kreibohm hat, wenn ich es richtig sehe, diesen Gedanken aufgenommen, und die kritische Würdigung des Wettbewerbs muß, wie ich meine, im Grunde genau unter diesem Gesichtspunkt erfolgen.

Zunächst einmal darf ich festhalten, daß von der FDP-Fraktion die Idee, einen solchen Wettbewerb auch in Niedersachsen durchzuführen, nachhaltig begrüßt und unterstützt wird. Wir meinen, daß in einem solchen Wettbewerb, wie er in Nordrhein-Westfalen seit Jahrzehnten durchgeführt wird, durchaus ein Mittel liegen kann, Unterrichtsinhalte zu vermitteln, auch wenn diese in den Schulen eigentlich ohnehin vermittelt werden sollten. Ich habe jedoch bezüglich der Praxis auch einige Zweifel und schließe mich hinsichtlich der Qualität des Unterrichts eher den Bemerkungen von Herrn Wernstedt als dem Optimismus von Herrn Hasselmann an. Ein solcher Wettbewerb könnte aber die Behandlung der einschlägigen Unterrichtsinhalte stimulieren und aktualisieren. Von daher ist die Idee des Wettbewerbs sicherlich nachhaltig zu begrüßen.

Wer Ohren hat zu hören, wird in der Schlußbemerkung von Herrn Minister Hasselmann auch gehört haben, daß die Landesregierung offensichtlich bereit ist, auch die Kritik, die in den vergangenen Wochen gegenüber Einzelheiten des Wettbewerbs aufgekommen ist, aufzunehmen und in einem neuen Wettbewerb zu berücksichtigen und zu verarbeiten. Selbstverständlich wird auch das wieder einer politischen Wertung unterliegen. Ich meine aber, hier sollte zunächst einmal festgehalten werden, daß wir nicht gegenseitig den anderen hinstellen sollten, als sei er in seiner Meinung feststehend und unveränderlich, wir sollten den anderen nicht zum Buhmann machen. Uns hilft in der Sache nicht weiter, wenn wir uns gegenseitig die Absicht absoluter Kritik oder allein politische Fragwürdigkeit unterstellen.

Ich kann nicht verhehlen, daß auch ich vom Fachwissenschaftlichen her gegen die Anlage des Wettbewerbs in einzelnen Punkten Bedenken erheben muß, ungeachtet dessen, daß vieles davon in Nordrhein-Westfalen genauso gemacht wird. In dieser Kritik, die ich hier nicht im einzelnen vorbringen will, spiegelt sich aber,

glaube ich, etwas wider, was im Grunde aus der fachdidaktischen Diskussion der Historiker herauskommt, ob nämlich bestimmte Konzepte des Unterrichts oder der Vermittlung von Geschichtswissen eigentlich so aktuell und politisch in einem grundsätzlich verstandenen Sinne so aufgearbeitet sind, daß sie zur Gegenwartsbewältigung etwas beitragen. Dies bedeutet, daß Geschichte insofern nicht nur die Kenntnis der Vergangenheit im Sinne der Kenntnis von Fakten oder einzelner Daten vermitteln sollte, sondern die Kenntnis struktureller Zusammenhänge und Entwicklungen, und insoweit auch beitragen sollte zum besseren Verständnis der Gegenwart.

Dieses Ziel ist, glaube ich, in diesem Hause zumindest in der grundsätzlichen Aussage unbestritten. Von daher ergibt sich für mich eigentlich selbstverständlich, daß gegenüber einzelnen Teilen des Wettbewerbs Nachdenklichkeit und Kritik angebracht sind. Das betrifft zum Beispiel die von Herrn Kreibohm meines Erachtens zu Recht angesprochene Behandlung des Zweiten Weltkrieges, denn es geht sicherlich nicht – auch wenn ich Ihnen, Herr Hasselmann, zustimme, daß die SPD in meines Erachtens eigentlich wiederum fragwürdiger Weise die Bedeutung des Quiz im Verhältnis zu den Aufsatzthemen überbewertet –, hier sozusagen die Problematik auf die Frage nach dem Namen eines Radiosenders zu reduzieren. Hier muß man in der Tat auch in einem solchen Wettbewerb die Dinge gründlicher und didaktisch besser aufbereitet angehen, weil ich, wie gesagt, nicht diesen umfassenden Optimismus in bezug auf die Wirklichkeit des pädagogischen Alltags teile, den Sie, Herr Hasselmann, hier geäußert haben. Ich bin da eher etwas kritisch, auch aus eigener Kenntnis der Dinge.

Wir sollten Einigkeit darin verzeichnen – auch dies meine ich aus den bisherigen Ausführungen zu erkennen –, daß Fakten selbstverständlich zur Geschichte gehören. Ein Zwischenruf von Herrn Wernstedt auf den entsprechenden Hinweis von Herrn Hasselmann hat dies noch einmal deutlich gemacht. Selbstverständlich gehören also Fakten dazu. Es müssen allerdings – und hier tritt man dann schon wieder in eine Wertung ein – erhebliche Fakten sein, und es darf sich mit Sicherheit nicht beschränken auf Fragen nach Genealogien und bestimmte auch isoliert abfragbare Daten.

Von daher, meine ich, gibt es eine Fülle von Anregungen für eine Fortschreibung bei einem zweiten Wettbewerb, der sich auch mit anderen Gebieten beschäftigen könnte. Ich halte es allerdings auch für richtig, daß die Fachhistoriker, die als Mitglieder in der deutsch-polnischen Schulbuchkommission gesessen haben, hier zu beteiligen sind, was noch etwas anderes ist als – wie Sie (zur SPD) es hier formuliert haben – die Beteiligung des Georg-Eckert-Instituts, denn dieses Institut ist ja sozusagen nur die organisatorische Schaltstelle gewesen. Wir werden darüber im einzelnen sicherlich im Ausschuß zu sprechen haben.

Ich kann mich der Auffassung, die von Herrn Wernstedt für die SPD vorgetragen wurde, bei aller Kritik an der didaktischen Konzeption und den Einzelheiten in einem Punkte allerdings nicht anschließen, daß es sich

bei dem Wettbewerb um eine tendenziöse Fragestellung gehandelt habe.

(Beifall bei der FDP und der CDU.)

Wir sollten uns gegenseitig auch nicht mit solchen Formulierungen bedenken wie „Das eigentlich Verräterische an dem Wettbewerb ist das, was nicht gefragt wird“. Ich halte den Ausdruck „verräterisch“ in dieser Diskussion nicht für gut. Wir sollten allerdings berücksichtigen, was dann moniert wurde, indem gesagt wurde, das Recht auf Heimat müsse problematisiert werden. Was bedeutet das konkret für Deutsche und Polen im Beispielsfall Schlesien? Was sind historische Ansprüche? Es muß mit Sicherheit im Schulunterricht – ob in der 8. Klasse möchte ich nicht aus der Hand entscheiden wollen – die Problematik der aktuellen Grenzen und die Bedeutung des Warschauer Vertrages behandelt werden. Dies ist bisher nicht in ausreichender Weise geschehen. Ich bedauere außerordentlich und kritisiere das zugleich auch für meine Fraktion, daß der Wettbewerb durch Äußerungen des Staatssekretärs Haaßengier – in unzulässiger Weise eigentlich – in seiner Intention in ein schiefes Licht gerückt worden ist.

(Beifall bei der FDP.)

Dies hat der Wettbewerb in seiner Anlage nicht verdient. Ich meine, daß in Äußerungen politischer Art mehr Vorsicht Platz greifen sollte; denn in der Tat werden alle Äußerungen deutscher und polnischer Politiker zum beiderseitigen Verhältnis nicht nur bei den Vertriebenen in der Bundesrepublik, sondern selbstverständlich auch bei den Polen aufmerksam registriert. Das Thema „Schlesien – ein Kapitel europäischer Geschichte“ sollten wir als Absicht nehmen, einen Ansatz europäischer Völkerverständigung aufzunehmen und entsprechend fortschreiben.

Wir haben allen Anlaß, den ersten Schritt im Grundgesetz zu begrüßen, in manchen Punkten – das könnte man im Ausschuß im einzelnen und breiter ausführen – ist eine fachliche Kritik anzubringen und auch zu fragen, ob bei den Vorbereitungen eigentlich ausreichend bedacht worden ist, daß bestimmte Fragestellungen oder Zusammenstellungen ein erhebliches Maß an Empfindlichkeiten und Kritik auf polnischer Seite auslösen können. Insofern muß man die Dinge sicherlich sorgfältiger vorbereiten und kann sich nicht allein auf Nordrhein-Westfalen berufen. Aber ein Zurückziehen des Wettbewerbs als solchen halte ich bei aller Einzelkritik nicht für gerechtfertigt. Wir können und sollten im Ausschuß über den Wettbewerb weiter diskutieren. Wir können und sollten die Beziehung sehen, die dieses Thema zu der hier vor einiger Zeit behandelten Problematik der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen hat, und wir sollten uns wünschen, daß diese Empfehlungen trotz der Lückenhaftigkeit, die wir damals von allen Seiten aufgezeigt haben, breitere Berücksichtigung in unseren Schulen finden mit Unterstützung der Landesregierung.

Ich halte fest, daß diese Diskussion heute, auch wenn sie sich nicht wesentlich in die außenpolitische Problematik hineinbewegen kann, gut und richtig ist, um sich angesichts der deutsch-polnischen Beziehungen die

Sensibilität zu bewahren, die uns unsere Geschichte eigentlich zwingend auferlegt, und sich ständig zu prüfen, ob das, was wir tun, dieser Sensibilität und einem so verstandenen historisch-kritischen Bewußtsein in ausreichendem Maße gerecht wird, einer Sensibilität auch zur besseren Bewältigung der europäischen Gegenwart.

(Beifall bei der FDP und der CDU.)

**Vizepräsident Jürgens:** Das Wort hat der Kollege von Claer. Mir liegen jetzt noch vier Wortmeldungen vor, meine Damen und Herren!

**von Claer (CDU):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will mich bemühen, es kurz zu machen. Zunächst eine Bemerkung zu Herrn Hirche. Ich kann keinen Anlaß für eine Rüge für Herrn Haaßengier erkennen. Was in dem vorhin zitierten Bundesverfassungsurteil vom 31. Juli 1977 steht, ist eindeutig, und in diesem Urteil wird auch gesagt, daß jeder, der politische Verantwortung in Deutschland trägt, an dieses Urteil gebunden ist. Es heißt dort:

Das Grundgesetz – nicht nur eine These des Völkerrechts oder der Völkerrechtslehre – geht davon aus, daß das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die alliierten Okkupationsmächte noch später untergegangen ist. Das ergibt sich aus der Präambel, aus Artikel 16, Artikel 23, Artikel 116 und Artikel 146 GG. Das entspricht auch der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, an der der Senat festhält. Das Deutsche Reich existiert fort, besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation, insbesondere mangels institutionalisierter Organe, selbst nicht handlungsfähig. Im Grundgesetz ist auch die Auffassung vom gesamtdeutschen Staatsvolk und von der gesamtdeutschen Staatsgewalt verankert. Verantwortung für Deutschland als Ganzes tragen auch die Vier Mächte.

Damit möchte ich einsteigen in das, was zu der bisherigen Diskussion, insbesondere auch zu Ihrem Zeitungsinterview „Kein Beitrag zur deutsch-polnischen Verständigung“, das ich mir mühsam besorgt habe, im einzelnen zu sagen ist. Mir fällt bei allen diesen Dingen immer wieder auf, daß es etwas gibt, was in Deutschland offenbar außergewöhnlich schwer ist. Nicht nur, daß der Mensch im allgemeinen als vernunftbegabtes Wesen wahrscheinlich nicht nach der Vernunft handeln kann – sonst müßten wir friedlichere Zeiten seit 2000 Jahren haben –, sondern es ist offenbar auch nichts so wirksam wie das Vorurteil. Weil zum Beispiel am Vorbereitungsgremium, dem zwölf Mitglieder angehörten, zwei Mitglieder des Bundes der Vertriebenen bzw. der Landesmannschaft Schlesien als Fachleute teilgenommen haben, sind das Vertreter der „häßlichen Deutschen“, der „Klasse der Krautjunker und der Schlotbarone“, mit denen man kein Wort mehr reden kann.

von Claer

Ich habe den Eindruck, daß das Thema „Schülerwettbewerb“ hier im Landtag keine gute Plattform für den Zweck der eigenen Vergangenheitsbewältigung ist. Unbefangenheit gegenüber der eigenen Vergangenheit kann zum Beispiel im Elsaß gelernt werden. Das deutsch-französische Verhältnis ist durch die Geschichte des Elsaß mindestens ebenso belastet wie das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen. Zeugnisse sind für denjenigen erkennbar, der durch das Elsaß fährt, angefangen von Straßennamen bis zu Denkmälern, Kriegerdenkmälern und anderen Dingen. Und wenn Sie den Elsässer fragen, so ist er weder Deutscher noch Franzose, sondern in erster Linie Elsässer. Diese Dinge müssen in einem gewissen Verhältnis gesehen werden.

Der Erwartungshorizont, der aus allen Ihren Beiträgen hervorgeht, ist für die Schüler der 8. Klassen offensichtlich zu hoch gespannt; denn es geht im Grunde genommen um die Erarbeitung einfachster Tatsachen über Schlesien, nachdem der sogenannte Ostkundeunterricht seit Jahren leider nur noch in Einzelfällen erteilt wird. Weil für Deutschland, in der Mitte Europas gelegen, das wechselseitige Geben und Nehmen zu seinen Nachbarn schon immer eine entscheidende Rolle gespielt hat, dürfen auch Ostdeutschland und sein Verhältnis zu seinen östlichen Nachbarn nicht aus dem Bewußtsein unseres Volkes verschwinden.

Dieser Schülerwettbewerb soll das Interesse der Jugend wieder wecken, und die Anfragen und Bitten an die landsmannschaftlichen Gruppen der Schlesier und die örtlichen Gliederungen des BdV in Niedersachsen nach Material jeglicher Art zeigen, daß hier der richtige Weg beschritten wurde. Es ist unsere eigene Aufgabe, uns mit den nur von uns zu wählenden Mitteln der eigenen Vergangenheit unseres Volkes zu stellen. Diese Dinge können uns von niemandem abgenommen werden, und es kann also im Grunde genommen auch nicht Maßstab unseres Handelns sein, ob wir damit Anstoß erregen oder nicht.

(Beifall bei der CDU.)

**Vizepräsident Jürgens:** Das Wort hat der Herr Kultusminister.

**Dr. Remmers, Kultusminister:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte in drei Punkten zu den hier aufgeworfenen Fragen kurz Stellung nehmen. Die entscheidenden politischen Vorwürfe, die in der Begründung zum Entschließungsantrag der SPD vorgetragen worden sind, sind ja bereits mit Nachdruck von Herrn Hasselmann zurückgewiesen worden. Ich kann mich deshalb auf diese drei Bemerkungen beschränken.

Erstens, meine Damen und Herren, halte ich es für abwegig, das Georg-Eckert-Institut bei der Ausschreibung eines solchen Wettbewerbs insgesamt zu beteiligen. Ich werde Ihnen auch gleich sagen, warum ich das im einzelnen für abwegig halte: weil ich Ihnen genau erklären kann, wie wir bei der Vorbereitung des Wettbewerbs verfahren sind. Ich meine aber, das Georg-Eckert-Institut ist ein Institut für internationale Schulbuchforschung, seine Aufgabe besteht in Forschung in

bezug auf Schulbücher im internationalen Rahmen. Das bestätigt auch die Aufzählung der einzelnen Aufgaben in § 2 des Gesetzes über die Gründung des Instituts vom 26. Juni 1975; das gilt auch für die dort in Absatz 1 Nr. 4 genannten Gutachten, mit denen nach dem Gesamtzusammenhang nur wissenschaftliche Gutachten über Schulbücher gemeint sein können.

Nun kann man natürlich darüber nachdenken, ob man pragmatisch vorgeht und in einer solchen Vorbereitungskommission den einen oder anderen Fachmann auch aus der Gruppe, die bei diesem Institut tätig ist, beteiligt. Das mag in Zukunft durchaus überlegt werden, aber ich glaube, daß man das Institut insgesamt nicht einfach beteiligen kann, weil das den Rahmen der Aufgaben dieses Instituts für Schulbuchforschung überschreitet. Ich betone bei dieser Gelegenheit, daß ich mich selber sehr intensiv um die weitere Sicherstellung der Arbeit des Georg-Eckert-Instituts bemüht habe und daß wir dort in den Verhandlungen mit anderen Bundesländern auch Erfolg gehabt haben, aber ich glaube, wir sollten hier auch sehen, wo die eigentlichen Aufgaben liegen.

Eine zweite Bemerkung. Wenn ich als Kultusminister vor die Aufgabe gestellt werde, die Ausgestaltung eines Wettbewerbs für Schüler schulfachlich zu unterstützen – darum ging es hier ja –, dann ist es doch ganz selbstverständlich, daß ich dazu schulfachliche Beamte, also Lehrer, benenne. Die Auswahl dieser Lehrer ist von meinem Hause nicht nach parteipolitischen oder verbandspolitischen oder sonstigen, sagen wir ruhig, sachfremden Gesichtspunkten vorgenommen worden, sondern wir haben ein ganz normales Verfahren gewählt, wie wir es bei vielen anderen ähnlichen oder vergleichbaren Bemühungen auch gewählt haben. Im Grunde genommen haben wir schon allein aus Kostengründen sogar darauf verzichtet, im ganzen Land bei den Regierungspräsidenten anzufragen. Vielmehr ist das auf der ganz normalen Schiene – Herr Wernstedt, Sie lachen darüber; ich kann das sehr genau nachweisen – der Abwicklung solcher Dinge bei uns im Hause gelaufen. Das ist weder in der höchsten politischen Spitze noch sonstwo überhaupt jemals erörtert worden,

(Prof. Dr. von Oertzen [SPD]: Das hätten Sie nicht sagen sollen!)

sondern der Regierungspräsident von Hannover – zunächst nur der von Hannover – ist aufgefordert worden, Lehrer zu benennen, die in diesem Themenwettbewerb mitarbeiten. Entsprechend sind auch Namen genannt worden. Außerdem ist dann – das will ich auch noch hinzufügen – ein Studiendirektor aus Lüneburg hinzugezogen worden, den bereits mein Vorgänger zum Landesfachberater für Ostkunde ernannt hat, und ich nehme an, daß auch die SPD-Fraktion keinen Zweifel daran hat, daß der jetzige Landtagskollege und Fraktionskollege sachgerecht entschieden hat, sondern er wird diese Ernennung doch wahrscheinlich nach fachlichen Gesichtspunkten vorgenommen haben. Ich jedenfalls – das möchte ich mit Nachdruck erklären – sehe keinen Anlaß, die fachliche Qualifikation der von meinem Hause entsandten Mitglieder für die Themen-

kommission des Schülerwettbewerbs „Schlesien – ein Kapitel europäischer Geschichte“ in Frage zu stellen.

Das schließt ja nicht aus, daß wir in Verbindung mit dieser Diskussion oder der öffentlichen Diskussion, wie das hier ja auch sowohl vom Kollegen Hasselmann wie von Herrn Hirche angeschnitten worden ist, klüger werden können, vieles besser machen können. Das wird ja gar nicht bestritten. Aber hier so grundsätzlich die fachliche Qualifikation dieser Beteiligten in Frage zu stellen, halte ich doch für sehr fragwürdig. Ich kann nur sagen, Herr Wernstedt, Sie werden sich vielmehr fragen lassen müssen, wie Sie Ihre sehr abwertende Beurteilung der Arbeit der von meinem Haus in die Themenkommission entsandten Lehrer verantworten können.

(Beifall bei der CDU.)

Sie stützen Ihr Urteil, daß die Arbeit dieser Lehrer fehlerhaft und didaktisch fragwürdig sei, fast ausschließlich auf das Gutachten eines Privatdozenten der Technischen Universität Hannover.

(Aha! bei der CDU.)

Ich meine, das ist keine ausreichende Grundlage für so schwerwiegende Vorwürfe. Herr Hasselmann hat vorhin schon zu Recht gesagt, daß uns unterdessen ein Gutachten eines anderen Wissenschaftlers, nämlich der Universität Göttingen, vorliegt, das seinerseits gerade die didaktischen Forderungen Ihres Gutachters als äußerst fragwürdig bezeichnet und die Arbeit der Themenkommission für den Schlesien-Wettbewerb rehabilitiert. Sie, meine Damen und Herren von der SPD, müßten eigentlich wie ich wissen, daß die Pädagogik zu jenen Wissenschaften gehört, in denen viele wichtige Positionen äußerst kontrovers diskutiert werden und in denen man sich daher vor verabsolutierendem Urteil hüten sollte.

(Wernstedt [SPD]: Deswegen sollte man einen solchen Wettbewerb nicht machen!)

– Dazu werde ich gleich auch noch etwas sagen.

Ich spreche Ihnen nicht das Recht ab, sich die Auffassung Ihres Gutachters zu eigen zu machen. Aber ebenso müssen Sie auch uns das Recht zugestehen, daß wir von einer Position aus, die wissenschaftlich mindestens genauso gut oder genauso schlecht untermauert ist, feststellen, daß es keinen hinreichenden Grund dafür gibt, den im Schulverwaltungsblatt 7/1977 ausgeschriebenen Schülerwettbewerb zurückzuziehen. Dafür gibt es genausowenig einen durchschlagenden Grund. Ich bin sehr dankbar dafür, daß auch Herr Hirche das hier vorhin bei aller Detailkritik, über die man sich sehr wohl unterhalten könnte, zum Ausdruck gebracht hat.

Nun lassen Sie mich zum Schluß noch etwas zu den detaillierten Ausführungen von Herrn Wernstedt vorhin sagen, als er so an Hand einzelner Zitate ausgeführt hat, wie schlimm das alles sei, weswegen er das alles ablehne und weshalb die SPD zu dem Beschluß gekommen sei, hier den Antrag zu stellen, den Schülerwettbewerb zurückzuziehen.

Ich muß damit beginnen, daß ich eine Bemerkung zu der Dokumentation mache, die die SPD vorgelegt hat und mit der sie die Kampagne gegen den Schlesien-Wettbewerb eingeleitet hat. In ihr steht auf Seite 3 oben der markige Satz:

Aus diesen Gründen verstößt der Wettbewerb auch gegen den Bildungsauftrag der Schule gemäß § 2 des Niedersächsischen Schulgesetzes.

Erstens möchte ich dazu sagen, ich halte es schon für sehr bedenklich, Herr Wernstedt und meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, wenn man hier in so fallbeilartiger Weise und so apodiktisch sagt: Das stimmt nicht mit § 2 des Niedersächsischen Schulgesetzes überein. Warum ist das so sehr problematisch? Weil ich einfach der Meinung bin, daß wir im Bereich der Schule eine gewisse plurale Bandbreite von Schulbüchern und anderen Lernmaterialien und Anregungen zulassen müssen, um ein wirkliches Arbeiten in unseren Schulen auf der Grundlage dessen, was im Ganzen unserer Gesellschaft gedacht und gemeint wird, auch zu ermöglichen. Herr Wernstedt, wenn Sie hier einfach, weil dieser Wettbewerb Dinge berücksichtigt, die Sie anders bewerten und denen Sie nicht dieses Gewicht beimessen, gleich schreien, das verstoße gegen den Bildungsauftrag der Schule gemäß § 2 des Niedersächsischen Schulgesetzes, dann kann ich genausogut sagen, dann müßten auch wir in vielen anderen Fällen sofort nach dem § 2 schreien, weil wir Dinge zulassen, bei denen wir oder ich als Kultusminister grundsätzlich sagen würden: Wenn ich das aus meiner politischen Perspektive sehe, dann ist mir so manches auch nicht nach der Mütze, dann würde auch ich manches anders bewerten. Aber da sage ich durchaus: Das gehört in das plurale Spektrum dessen, was wir in der Schule heute nun einmal zulassen müssen, und da sollten wir nicht gleich mit dem Bildungsauftrag der Schule kommen!

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, nun noch konkret zu Ihren einzelnen Zitaten. Herr Wernstedt, ich hätte eigentlich gedacht, daß Sie als Pädagoge, der Sie doch auch sind und sein wollen, hier nun nicht so abwertend von den Lehrern sprechen würden. Wenn Sie nun sagen – auch Herr Hirche hat das angedeutet –, so optimistisch wie Herr Hasselmann möge man nicht sein, nun gut; wenn man soviel mit Lehrern zu tun hat wie ich, ist man in der Tat wohl nicht so optimistisch wie Herr Hasselmann.

(Heiterkeit.)

Aber lassen Sie mich dazu etwas anderes sagen. Wenn wir zum Beispiel bei Fragen der Schulbuchzulassung etwa Ihnen gegenüber einmal sagen – es gibt da ja einschlägige Diskussionen –, in dem Schulbuch stehe ein höchst fragwürdiges Gedicht und es sei doch wohl unmöglich, das den Kindern in was weiß ich welchem Schuljahr zu unterbreiten, dann schreit die ganze linke Pädagogenmannschaft, das sei natürlich völlig mißverständlich, und es sei selbstverständlich, daß die Pädagogen das im Unterricht aufarbeiteten und so einarbeiteten, daß das, was man beim Herausgreifen des Gedichtes allein an Wirkungen erwartete, nie eintreten könne.

(Beifall bei der CDU und der FDP.)

Dr. Remmers

Wenn man sich das einmal vergegenwärtigt, und dann kommt ausgerechnet Herrn Wernstedt, der das in einen ausgesprochen wissenschaftlichen Gesamtzusammenhang stellen, darlegen und interpretieren kann, und zieht hier nun die Punkte einzeln heraus und nennt dieses schlimme Beispiel und je schlimme Frage, dann kann ich nur sagen: So schlecht denke ich nun doch wieder nicht von den Lehrern.

Ich bin schon der Meinung, daß wir uns bei hinreichendem Realismus im Hinblick auf das, was Lehrer im Unterricht insgesamt machen können, hier nicht gegenseitig etwas vorhalten sollten. Ich werde Sie zu gegebener Zeit einmal daran erinnern, verehrter Herr Wernstedt und meine Damen und Herren von der SPD, wenn wir einmal etwas zu kritisieren haben und Sie dann wieder kommen und sagen: Ja, im Gesamtzusammenhang, und wenn das richtig aufgearbeitet wird, dann ist das richtig zu würdigen.

(Prof. Dr. von Oertzen [SPD]: Setzen Sie damit voraus, daß wir bald wieder regieren?)

- Nein, meine Damen und Herren. Ich setze dabei nicht voraus, verehrter Herr Kollege von Oertzen, daß Sie bald wieder regieren; das können Sie ruhig erst einmal vergessen.

(Beifall bei der CDU und der FDP. - Hüpper [SPD]: Auch Sie werden Ihren Juni erleben!)

So schätze ich die SPD immerhin noch ein - oder schätzen Sie sich selbst so schlecht ein? -, daß Sie sich auch in Zukunft mit der Regierung noch kritisch auseinandersetzen werden; darauf warte ich, darauf freue ich mich, und dann werde ich Ihnen das vorhalten aus der Position der Regierung heraus. Wenn Sie sich nicht einmal mehr zutrauen, daß Sie uns kritisieren, dann bedauere ich die Opposition.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP. - Minister Hasselmann: Einen schönen Gruß an die GEW, besonders herzlichen Gruß von uns!)

Vizepräsident Jürgens: Das Wort hat Herr Prof. Dr. Ahrens.

Prof. Dr. Ahrens (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gerade nach den Äußerungen von Herrn Dr. Remmers wird nun doch zweierlei klar. Keiner in diesem Raum wird es wohl bestreiten können, wenn ich das Fazit ziehe, daß erstens dieser Wettbewerb eben wissenschaftlich umstritten ist, wie wir das jetzt haben zur Kenntnis nehmen müssen, und daß zweitens dieser Wettbewerb auch politisch umstritten ist, wie wir nun ebenfalls haben feststellen müssen. Ich möchte in diesem Zusammenhang auf einige Punkte eingehen.

Herr Hasselmann hat vorhin gemeint, in Nordrhein-Westfalen würde ebenfalls dieser Wettbewerb ausgeschrieben, das ist richtig. Aber dort ist dieser Wettbewerb in der Gesamtheit seiner Aussagen sehr viel breiter angelegt als das, was wir hier in Niedersachsen vorfinden. Gerade aus dieser Perspektive muß ich

noch einmal genau auf den Punkt kommen, der für unsere Argumentation zentral ist, daß nämlich dieser Wettbewerb eben doch aus sich heraus verständlich sein soll. In diesem Zusammenhang finde ich es nun wirklich sehr merkwürdig, daß Herr Remmers jetzt die Diskussion um ein bestimmtes Lesebuch heranzieht. Wenn ich nämlich seine Haltung und seine Äußerungen dazu richtig verstanden habe, dann hat er sich zunehmend von diesem Lesebuch abgesetzt; er hat beschönigend darum herumgeredet, es sei einiges herausgekommen, er hat mit diesen Äußerungen genau das getan, was er eben nicht gelten lassen wollte, nämlich, daß die Dinge nicht aus sich heraus verständlich seien, daß nicht einmal Pädagogen dieses Buch so aufbereiten könnten, wie es sich gehöre.

Unsere Auffassung ist nach wie vor, daß die Argumentation von Herrn Hasselmann, der Wettbewerb könne aus sich heraus verständlich werden, einfach deswegen nicht zutrifft, weil selbst die Erläuterungen, die Herr Hasselmann dazu gegeben hat, in sich nicht schlüssig sind; es fehlt im Grunde die pädagogisch-didaktische Linie, die zwar im Vorwort angerissen wird, die aber der Wettbewerb selber nicht darstellen kann. Wenn erst umfangreiche Erläuterungen deutlich machen sollen, was eigentlich gewollt wird, dann sind diese Themen eben doch pädagogisch und didaktisch unklar, unklar in ihrer Gesamttendenz und von dorthier fragwürdig.

Gerade wenn wir die Wirkung dieses Wettbewerbs nach außen betrachten, muß er auch etwas sagen zu den öffentlichen Äußerungen und zu den Briefen, die dazu gekommen sind. Ich habe auch solche Briefe bekommen, und gerade die Briefe, die dazu gekommen sind, verraten zum Teil etwas von dem Gedankengut, das wir mit einem solchen Wettbewerb eben nicht wecken wollen. Genau diese Briefe lassen vielfach nicht die Bereitschaft zur Verständigung erkennen, die wir bei einem solchen Wettbewerb doch alle gemeinsam wünschen. Hier wird deutlich, mit welcher didaktischen Vorsicht man bei einem solchen Wettbewerb verfahren sollte.

Ich möchte auch das aufgreifen, was Herr Hirche vorhin gesagt hat, ich meine die Sensibilität, die offensichtlich bei vielen Menschen bei diesem Thema besteht. Gerade diese Sensibilität macht es erforderlich, nach einem möglichst breiten Konsensus zu suchen, nach einem Konsensus, der alle Parteien dieses Hauses umfaßt,

(Minister Hasselmann: Na und?)

und zwar im Hinblick auf die pädagogisch didaktischen Grundlagen wie auch im Hinblick auf die politische Wertung des Gesamtvorganges. Wenn wir im Lande Niedersachsen Fachleute haben, die als solche ausgewiesen sind im Georg-Eckert-Institut

(Hirche [FDP]: Aber nicht in Niedersachsen!)

und die mit ihrem Urteil dazu beitragen könnten, daß wir zu einer einvernehmlichen Ausschreibung eines solchen Wettbewerbs kommen, dann würde das genau dem entgegenkommen und würde die Sensibilität berücksichtigen, die Herr Hirche vorhin angesprochen

hat. Damit würden wir, wie ich meine, unserem gemeinsamen Ziel wesentlich näherkommen, etwas in Gang zu bringen, was unseren Vorstellungen von Aussöhnung und guter Nachbarschaft entspricht. Deswegen besteht unsere Forderung zu Recht, und ich möchte Sie förmlich darum bitten, daß Sie unserem Gedanken näherzutreten, diesen Wettbewerb sofort neu zu überarbeiten, so daß wir zu einem Wettbewerb kommen, der getragen ist von einem breiten Konsensus dieses Hauses.

Wir sind dazu bereit, meine Damen und Herren, wir sind bereit, auch mitzuarbeiten, und wir sind dazu bereit, uns neben den wissenschaftlichen Kontroversen auch den politischen Kontroversen zu stellen. Aber wenn wir das zunächst einmal unter uns machen und dann zu einem positiven Ergebnis kommen, das alle tragen – – –

(Minister Hasselmann: Gestatten Sie eine Frage?)

– Ja, bitte.

**Hasselmann**, Minister für Bundesangelegenheiten: Ich muß Ihren Bemerkungen entnehmen, daß Sie mit einem Argwohn, einem Mißtrauen den Beamten unserer Häuser gegenüberstehen, das doch unverantwortlich ist. Sind das denn keine an Versöhnung Interessierten?

(Beifall bei der CDU.)

**Prof. Dr. Ahrens** (SPD): Herr Hasselmann, angesichts der Tatsache, daß dieser Wettbewerb nicht nur hier im Hause, sondern auch in der Öffentlichkeit umstritten ist,

(Widerspruch bei der CDU)

mögen Sie doch bitte erkennen, daß es hier nicht um Mißtrauen gegen Beamte geht, sondern darum, daß wir ein Thema, das sehr sensibel diskutiert wird, so in der Öffentlichkeit ausbreiten sollten, daß eine Einvernehmlichkeit hergestellt werden kann. Wenn wir sagen, es ist möglich, und wenn wir Wege dazu aufweisen, dann ist mir schlichtweg völlig unverständlich, warum Sie diese goldene Brücke nicht betreten, weil wir, wie wir gesagt haben, zur Mitarbeit bereit sind. Das hat nichts mit abgrundtiefem oder von vornherein bestehendem Mißtrauen zu tun, sondern damit, daß wir dieses schwierige Thema wirklich gemeinsam bewältigen sollten und daß wir uns nicht erlauben können, auch bei solch einem Thema unnötig in Konflikte hineinzugehen; unnötig deswegen, weil – wir haben Wege aufgewiesen – es möglich ist, hier zu einer Einigung zu kommen. Deswegen noch einmal unser Appell: Tragen Sie mit dazu bei – wir sind dazu bereit –, daß wir diesen Wettbewerb in diesem Hause einvernehmlich tragen. Ich sage es noch einmal ausdrücklich: Wir bieten unsere Mitarbeit dazu an.

(Beifall bei der SPD.)

**Vizepräsident Jürgens**: Meine Damen und Herren! Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor.

(Prof. Hedergott [FDP]: Ich habe mich vorhin gemeldet! – Frau Tomei [FDP]: Das kann ich bezeugen!)

– Das Wort hat der Kollege Hedergott.

**Prof. Hedergott** (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mich nur zu Wort gemeldet, weil in der Begründung des Kollegen Wernstedt eine Unterstellung anklang, die ich im Interesse der Sache zurechtrücken sollte. Darin war ziemlich deutlich zum Ausdruck gekommen, daß man dem Schülerwettbewerb über Schlesien, so wie er von den zuständigen Ministerien herausgegeben worden ist, den Vorwurf machen könnte, er könnte gegen die Buchstaben oder zumindest gegen den Geist der deutsch-polnischen Verträge verstoßen, und zwar deshalb, weil er nicht in ausreichender Weise den Anteil auch der Polen an der Geschichte Schlesiens zum Ausdruck bringe.

Ich muß hierzu eines sagen: Dieser Wettbewerb versucht, unsere Nachfolgegeneration, die Schüler, mit der Geschichte Schlesiens zu konfrontieren. Ich teile die Meinung, die hier von dem Herrn Minister geäußert wurde, daß wir sowohl unseren Schülern als auch unseren Lehrern durchaus zutrauen sollten, aus einer Fragestellung das zu machen, was sie selbst als eigene Wertung der Dinge vor und nach 1939 sowie vor und nach 1945 zu Papier bringen wollen. Es wäre in der Tat bestürzend, wenn man sich in der Bundesrepublik Deutschland – ganz egal, ob in Niedersachsen, dem Patenland Schlesiens, oder irgendwo anders in der Bundesrepublik Deutschland – anders verhalten würde, als man sich etwa in Polen bei der gleichen Notwendigkeit der geistigen Auseinandersetzung mit diesem Bereich Schlesiens verhält. Ein und derselbe völkerrechtliche Vertrag kann natürlich auch nur für beide Seiten gleiche Verpflichtungen enthalten. Um das sehr deutlich zu sagen: Ich begrüße ausdrücklich, wenn wir in der Bundesrepublik Deutschland den Anteil Polens an Schlesien zum Ausdruck bringen, damit es zur wirklichen Verständigung führt. Ich möchte aber auch sagen, daß eine wirkliche Verständigung mit Polen voraussetzt, daß auch die Polen aus dem gleichen deutsch-polnischen Vertragsverhältnis den Anteil der Deutschen an dem Raum Schlesien in entsprechender Form herausstellen.

(Beifall bei der FDP und der CDU.)

Ich will in keiner Weise sagen, daß wir uns dabei davon abhängig machen sollten, wieweit diese notwendige Verständigungsarbeit von unserem polnischen Vertragspartner zur Zeit geleistet werden kann, weil wir alle wissen, daß er in der Frage der objektiven Geschichtsschreibung und des Versuchs, die Gesamtheit der Geschichte richtig darzustellen, sozusagen unter gewissen Erschwernissen leidet. Ich brauche das hier nicht zu vertiefen, weil wir bei früherer Gelegenheit, etwa in bezug auf die Rolle Rußlands beim Vertrag Molotow/Ribbentrop 1939, gesehen haben, daß bestimmte Dinge so nicht dargestellt werden können. Ich habe mich über diese Dinge damals mit dem polnischen Botschafter, Herrn Piatkowski, sehr lange unterhalten können. Jeder Versuch, es immer nur auf die bilaterale Seite zu verengen – sozusagen hier Bundesrepublik Deutschland und Volksrepublik Polen, alles andere nehmen wir aus –, ist eben eine Sache, wie man jungen

Prof. Hedergott

Menschen nicht zu einem wirklichen Geschichtsbe-  
wußtsein verhelfen kann.

(Wernstedt [SPD]: Das ist unser Vorwurf  
gegen diesen Wettbewerb!)

– Dazu möchte ich folgendes sagen: Wir bemühen uns  
doch jetzt mit diesem Wettbewerb – ich glaube, das ist  
aus den Erklärungen von allen Seiten dieses Hauses  
deutlich geworden –, eben nicht nur einseitig den deut-  
schen Anteil an der Geschichten Schlesiens herauszu-  
stellen, sondern wir müssen und wir geben bewußt  
Raum für die differenzierte Betrachtung gerade auch  
des Anteils der Polen an diesem Raum, um das deutlich  
zu sagen. Ich habe in Polen – ich war damals bei der  
Reise von Herrn Dr. Albrecht in Polen dabei – in Ein-  
zelgesprächen durchaus Verständnis für die These ge-  
funden, daß man gemeinsam bestimmte Dinge überar-  
beiten und überprüfen müßte. Wir sind zum Beispiel in  
Thorn gewesen und haben dort ein vor Jahr und Tag  
produziertes Schaubild der mittelalterlichen Befesti-  
gungsanlagen gesehen. Ein Sprecher erklärte auf Ton-  
band, wie damals die Auseinandersetzungen mit dem  
deutschen Orden waren, welche Rolle Thorn damals  
gespielt hat, der Städtebund usw. Ich muß schon sagen,  
es hat mich etwas verwundert, feststellen zu müssen,  
wie sehr nationalstaatliches Denken des 20. Jahrhun-  
derts bei der Erklärung der damaligen Vorgänge in der  
Zeit der Auseinandersetzung zwischen dem Deutschen  
Ritterorden und Städten mit urdeutschen Patrizierge-  
schlechtern, Bürgermeistern usw. Pate stand, wie man  
sozusagen aus heutiger Sicht, einige Jahrhunderte spä-  
ter, damalige Dinge beurteilt.

Ich sehe eine Verständigung unter den Völkern dar-  
in, daß wir eines Tages dazu kommen, mehr Verständ-  
nis für die polnische Seite der Medaille zu gewinnen,  
daß aber auch umgekehrt die Polen mehr Verständnis  
für unsere Seite und unseren Anteil an der Geschichte  
haben; denn jede Einseitigkeit kann nur schaden. Von  
daher meine ich, es ist wirklich unsere Aufgabe, auch  
nach außen gesehen, uns nicht gegenseitig zu unterstel-  
len, daß man durch diesen Wettbewerb die Dinge ein-  
seitig so oder anders sehen will, mit Vorurteilen dieser  
oder jener Art. Und glauben Sie mir, Vorurteile sind  
nicht nur auf (zur SPD) Ihrer Seite da, Vorurteile sind  
bei unseren Leuten und auch bei der CDU genauso gut  
da; das ist nun mal so. Wir dürfen uns nicht, gerade  
auch mit Blick nach außen, der polnischen Seite gegen-  
über zu Wortführern der Auslegung machen, als sei  
diese Art Wettbewerb, das, was wir hier in Niedersach-  
sen tun, eine Art Rückfall in irgendeine einseitige Ge-  
schichtsbetrachtung. Wenn wir uns gemeinsam bemü-  
hen, solche Mißverständnisse auszuräumen, dann, aber  
nur dann, wird dieser Wettbewerb und alles das, was  
später noch folgen wird und folgen muß – auf unserer  
Seite und auch auf polnischer Seite folgen muß –, dazu  
beitragen, daß wir zu einer Verständigung zwischen  
den Menschen kommen, weil diese Verständigung  
Voraussetzung für Versöhnung ist. Anders geht es  
nicht.

(Beifall bei der FDP und der CDU.)

**Vizepräsident Jürgens:** Das Wort hat Herr Minister  
Hasselmann.

**Hasselmann, Minister für Bundesangelegenheiten:**  
Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nur einige  
wenige Worte. Ich bin angetan von der sachlichen Art,  
in der dieses uns bewegende Thema behandelt worden  
ist. Ich möchte aber gern Herrn Kreibohm bitten, das  
Wort „Schludrigkeit“ doch noch einmal zu überden-  
ken. Ich will nicht sagen, daß er es zurücknehmen soll,  
aber ich kann es so nicht stehenlassen im Interesse jener  
Landesbeamten, die daran gearbeitet haben und über-  
zeugt davon sind, daß sie Gutes getan haben.

Was die Warnung vor möglichem Revanchismus an-  
geht, wäre ich dankbar, wenn wir die Preisverleihung  
abwarten würden und dann die Frage stellen, ob Re-  
vanchismus erkennbar wurde.

Abschließend möchte ich nicht unerwähnt lassen,  
daß sich das, was heute zu diesem Thema gesagt wurde,  
doch wohlwollend von manchen Kommentaren und  
Berichten abhebt, die geradezu zur Provokation Anlaß  
geben konnten.

**Vizepräsident Jürgens:** Herr Minister, gestatten Sie  
eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Mahrenholz?

**Minister Hasselmann:** Ja sicher!

**Dr. Mahrenholz (SPD):** Vielen Dank, daß Sie dazu  
noch bereit sind. Würde nicht der Ausdruck „Schlu-  
drigkeit“ zumindest auf den Tatbestand zutreffen,  
Herr Hasselmann, daß Sie selbst bis zu dieser heutigen  
Debatte beharrlich immer von der Patenschaft zu  
Schlesien reden, obwohl eine Patenschaft zu Schlesien  
gar nicht existiert, sondern nur eine zur Landsmann-  
schaft der Schlesier? Und kann nicht gerade auch darin,  
wenn uns die polnischen Augen hier kritisch betrach-  
ten, der Verdacht auftauchen, das könnte Revanchis-  
mus sein?

**Minister Hasselmann:** Herr Dr. Mahrenholz, a  
glaube ich, daß Herr Professor Hedergott Ausreichen-  
des zur Sache gesagt hat. Sie haben b) natürlich Recht,  
wenn Sie den Wortlaut der Urkunde von Hinrich Wi-  
helm Kopf nehmen, aber c) sind wir uns hoffentlich e-  
inig darin, daß man Menschen und Landschaft oder  
Provinzen oder Landzüge oder Regionen nicht vonein-  
ander trennen sollte und auch nicht kann.

(Beifall bei der CDU.)

**Vizepräsident Jürgens:** Meine Damen und Herre  
Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Ich schlie-  
ße die Beratung. Die Fraktion der SPD beantragt Übe-  
weisung an den Kulturausschuß.

Ich komme zur Abstimmung. Wer diesem Antr-  
zug zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Es  
war die Mehrheit; dann ist es so beschlossen.

Meine Damen und Herren, einen neuen Tages-  
ordnungspunkt noch zu beginnen, würde die vorgeseh-  
ene Zeit überschreiten. Ich darf deshalb die Mittagspau-  
se einleiten und Sie bitten, um 14.30 Uhr Ihre Plätze  
wieder einzunehmen.

Unterbrechung: 11.53 Uhr

**Nr. 2981**

**Ausschußantrag**

Kulturausschuß

Hannover, den 6. 10. 1977

**Betr.: Schülerwettbewerb „Schlesien — ein Kapitel europäischer Geschichte“**

Entschließungsantrag der Fraktion der SPD — Drucks. Nr. 2912

Berichterstatter: Abg. Hedrich (CDU)

Der Kulturausschuß empfiehlt dem Landtag,

1. Nummer 1 des Entschließungsantrags abzulehnen,
2. Nummer 2 des Entschließungsantrags in folgender Fassung anzunehmen:

„Entschließung

Der Landtag begrüßt jedes Bemühen, bei jungen Menschen Verständnis für die wechselvollen Beziehungen Deutschlands zu seinen Nachbarn zu wecken.

Der Landtag ersucht die Landesregierung, sich bei weiteren Schülerwettbewerben mit entsprechenden Themenbereichen der breiten Mitwirkung von fachkompetenten Persönlichkeiten und Gremien zu versichern und dabei auch die vielfältigen Anregungen fachwissenschaftlicher und didaktisch-methodischer Art, die zum ersten Schülerwettbewerb „Schlesien — ein Kapitel europäischer Geschichte“ vorliegen, zu verwerten.“

Hirche

Vorsitzender

um etwas mehr Ruhe im Hause bitten. Es ist erstaunlich, wie wenig Leute soviel Krach machen können!

**Hedrich (CDU), Berichterstatter:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem Ausschlußantrag in der Drucksache 2981 empfiehlt Ihnen der Kultusausschuß, die Nr. 1 des Entschließungsantrages der SPD-Fraktion in der Drucksache 2912 abzulehnen, die Nr. 2 des Entschließungsantrages dagegen in einer geänderten Fassung anzunehmen.

Mit ihrem Entschließungsantrag wollte die Fraktion der SPD die Landesregierung auffordern, den Schülerwettbewerb „Schlesien – ein Kapitel europäischer Geschichte“ – zurückzuziehen und eine Neuausschreibung des Wettbewerbs unter Beteiligung des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung in Braunschweig vorzunehmen. Ich darf auf die sehr intensive Diskussion über den Entschließungsantrag bei seiner Einbringung am 22. September 1977 hinweisen. In dieser Sitzung haben alle Fraktionen ihre unterschiedlichen Standpunkte zu dem Antrag zum Ausdruck gebracht.

Die gegensätzlichen Auffassungen konnten auch während der Beratung im Kultusausschuß nicht ausgeräumt werden. Die SPD-Ausschußmitglieder begründeten die von ihnen geforderte Zurückziehung des Wettbewerbs nochmals damit, daß der Wettbewerb unausgewogen sei und erhebliche didaktische Mängel aufweise. Sowohl die Themen des Aufsatzteiles als auch die Fragestellung des Quizteiles enthielten Fehler, Unklarheiten und einseitige Tendenzen, die die Zurückziehung des Wettbewerbs zwingend erforderten. In dieser Form erweise der Schülerwettbewerb der deutsch-polnischen Verständigung keinen guten Dienst.

Die Mitglieder der Koalitionsfraktionen teilten diese weitgehenden Bedenken nicht. Zwar räumten sie ein, daß einzelne Punkte des Wettbewerbs vielleicht in didaktischer und methodischer Hinsicht sorgfältiger hätten formuliert werden müssen. Es sei aber zu bedenken, daß dies der erste Schülerwettbewerb dieser Art sei, mit dem man auch erst einmal Erfahrungen sammeln sollen. Zu begrüßen sei auf jeden Fall die Absicht der Landesregierung, den Schülern mit den Mitteln des Wettbewerbs die europäische Geschichte im Hinblick auf die deutsch-polnischen Beziehungen bewußter zu machen. Trotz mancher berechtigter Kritik bestünde insgesamt gesehen kein Anlaß, den Wettbewerb zurückzuziehen.

Mit Mehrheit wurde daher beschlossen, die Nummer 1 des Entschließungsantrages abzulehnen. Die Ausschlußmehrheit zeigte in der Beratung auch Verständnis für eventuell mögliche polnische Vorbehalte gegenüber dem Wettbewerb; sie wies jedoch auf die Verpflichtung hin, die Belange und Empfindungen der Heimatvertriebenen, die in der Beurteilung von Sachverhalten in manchen Punkten anderer Ansicht seien, ebenfalls entsprechend zu berücksichtigen. Es seien deshalb Maßstäbe anzulegen, die beiden Seiten gerecht würden.

Ich rufe nun auf Punkt 14:

Zweite Beratung: Schülerwettbewerb „Schlesien – ein Kapitel europäischer Geschichte“ – Entschließungsantrag der Fraktion der SPD – Drucks. 2912  
Antrag des Kultusausschusses – Drucks. 2981

Der Entschließungsantrag wurde in der 74. Sitzung am 22. September 1977 an den Kultusausschuß zur Beratung und Berichterstattung überwiesen. Wir sind in der zweiten Beratung. Berichterstatter ist der Abgeordnete Hedrich. Ich erteile ihm das Wort, darf aber gleichzeitig

Hedrich

Wichtiger als die Zurückziehung des Wettbewerbs sei die auch von der Landesregierung im Plenum geäußerte Einsicht, den Wettbewerb in dieser Form nicht zu wiederholen, sondern bei künftigen Wettbewerben dieser Art alle Anregungen fachwissenschaftlicher und didaktisch-methodischer Art, die zu diesem Wettbewerb gegeben worden sind, zu verwerfen. Dieses Anliegen ist Inhalt der neu formulierten Nummer 2 des Entschließungsantrages geworden.

In dieser Neufassung der Entschließung fehlt die von der SPD-Fraktion geforderte Beteiligung des Georg-Eckert-Instituts in Braunschweig. Die SPD-Fraktion wies zwar in der Ausschusssitzung nochmals auf die Bedeutung und Erfahrung des Institutes im Hinblick auf Verhandlungen mit der polnischen Seite hin; sie machte aber zugleich deutlich, daß es ihr nicht so sehr auf eine ausschließliche Heranziehung des Institutes ankomme, sondern vielmehr auf eine beispielhafte Anführung als politisches Zeichen für die Polen.

Die Koalitionsfraktionen erkannten die Bedeutung des Georg-Eckert-Instituts an, lehnten es aber ab, in der Entschließung ein bestimmtes Institut zu bevorzugen, zumal dort nicht zu allen Fragen und Problemen Fachleute verfügbar seien. Die neu formulierte Empfehlung lasse aber die Möglichkeit offen, sich bei der Konzipierung neuer Wettbewerbe auch der Erfahrung des Georg-Eckert-Institutes zu bedienen.

Da wesentliche Punkte der ursprünglichen Entschließung der SPD nicht übernommen worden sind, stimmten die Ausschußmitglieder der SPD der jetzt vorgelegten Fassung nicht zu; der Ausschußantrag wurde vom Kultusausschuß mit Mehrheit beschlossen.

Namens des Kultusausschusses bitte ich Sie, meine Damen und Herren, dem Ausschußantrag – Drucks. Nr. 2981 – zuzustimmen und damit die Entschließung in der vorliegenden Form anzunehmen.

(Beifall bei der CDU und der FDP.)

**Präsident Müller:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter für seinen Bericht und eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Abgeordnete Zempel.

**Zempel (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die SPD-Landtagsfraktion bedauert es, daß der von ihr eingebrachte Entschließungsantrag und die von uns im Kultusausschuß empfohlenen inhaltlichen und didaktischen Verbesserungen für den Schülerwettbewerb „Schlesien – ein Kapitel europäischer Geschichte“ bei den Koalitionsparteien unberücksichtigt geblieben sind. Die SPD-Fraktion ist nach wie vor der Auffassung, daß die in dem Schülerwettbewerb gestellten Aufsatzthemen und Quizfragen zur Geschichte Schlesiens im Widerspruch zu den Zielen des Wettbewerbs stehen, nämlich Verständigung und Toleranz unter den Völkern, hier besonders in bezug auf das polnische Volk, zu fördern.

Neben den schwerwiegenden didaktischen Mängeln – darüber war sich der Ausschuß einig – wiegt am schwersten, daß das Unrecht, das dem polnischen Volk während des zweiten Weltkrieges zugefügt worden ist, fast gänzlich verschwiegen oder verniedlicht wird. Es

genügt auch für Schüler im 8. Schuljahr nicht die „eine historische Tatsache“, nämlich das den in Schlesien und den anderen in Ostdeutschland beheimateten Deutschen zugefügte Unrecht behandeln zu lassen, aber das den Polen zugefügte kaum oder gar nicht zu erwähnen.

(Beifall bei der SPD.)

Es wäre sicherlich falsch, wenn wir uns bei der Behandlung deutsch-polnischer Geschichte die polnische Brille aufsetzen ließen, aber wir müssen uns bei Aktionen wie diesem Schülerwettbewerb, wobei es sich auch um eine politische Aktion handelt, umfassend, das heißt unter Berücksichtigung beider Standpunkte, bemühen, dem Anspruch des Warschauer Paktes – ich meine des Warschauer Vertrages – gerecht zu werden

(Stender [CDU]: Des Paktes nicht!)

– Verzeihung, ja! –

(Stender [CDU]: Das war eine Freudsche Fehlleistung!)

und alles zu tun, um der Normalisierung der Beziehungen und der Verständigung zwischen den beiden Völkern ein Stück näherzukommen, und alles zu unterlassen, was diesem Ziel zuwiderläuft.

Natürlich hat Dr. Nolte recht, wenn er in seinem Gutachten feststellt, das Hauptproblem, das im Unterricht über Schlesien eine zentrale Rolle einnehmen muß, die Zwangsumsiedlungen der Kriegs- und Nachkriegszeit, werde überhaupt ausgeklammert. „Aber das Urteil über die Zwangsumsiedlungen nach 1945 ergibt sich nicht wie von selbst, sondern aus der Reflexion über einen historischen Zusammenhang. Die Fragen und Aufgaben zielen allein darauf, die deutschen Ansprüche auf Schlesien zu betonen und den Schülern als Lernwissen nahezubringen. Schlesien wird nicht gezeigt als das, was es ist, eine Landschaft, in welcher deutsche und slawische Mächte lange bestimmenden Einfluß ausgeübt haben und in der Deutsche und Polen vom 12. bis zum 20. Jahrhundert nebeneinander und oft sogar miteinander gewohnt haben.“

Davon, daß die deutsch-polnischen Beziehungen über Jahrhunderte hinweg ungetrübt verliefen und erst durch die Bismarcksche Polenpolitik die entscheidende Wende zum Gegeneinander erhielten und ihre schreckliche Fortsetzung in der Politik Hitlers fanden, müßten Schüler einer 8. Klasse sicherlich erfahren, wenn ihnen bewußt werden soll, warum wir nicht mehr in Schlesien beheimatet sind, sondern nur noch als Touristen bzw. im Rahmen des deutsch-polnischen Jugendaustausches dorthin reisen können.

Ein Schülerwettbewerb, der sich mit osteuropäischer Geschichte befaßt, wird auch von der SPD grundsätzlich begrüßt; er muß aber so angelegt sein, daß bei dem Schüler Verständnis für die eigene Geschichte und ebenso für die des anderen Volkes geweckt wird. Das ist bei diesem Wettbewerb leider in vielen Fällen nicht berücksichtigt worden. Diese Auffassung teilt auch Bundeskanzler Helmut Schmidt, der in einem Antwortschreiben vom 19. September dieses Jahres auf unseren Brief vom 23. August folgende Feststellung getroffen hat – ich darf zitieren –:

Ich teile die Besorgnis der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag über diesen Vorgang, da der Wettbewerb meines Erachtens zu Mißverständnissen Anlaß geben muß und der Sache der deutsch-polnischen Verständigung keinen guten Dienst erweist.

(Wernstedt [SPD]: Hört, hört!)

Neben dieser kompetenten Stimme gibt es kritische Stimmen aus Polen, die ihre Besorgnis über diesen Wettbewerb zum Ausdruck gebracht und zu erkennen gegeben haben, daß sie nicht verstehen, wie auf solche Art und Weise die Verständigung zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland gefördert werden könnte. Bedauern müssen wir allerdings auch, daß Außenminister Genscher sich zu dem Schülerwettbewerb bis heute auf unser Schreiben vom 23. August 1977 nicht geäußert hat.

Es steht also fest, meine Damen und Herren, daß der Schülerwettbewerb im Gegensatz zur Meinung der CDU doch von außenpolitischer Relevanz ist, wobei es immerhin als Fortschritt zu werten ist, wenn von Ihrer Seite eingeräumt wird, und zwar durch Ihren Sprecher im Kultusausschuß, Herrn Horrmann, daß sich der Wettbewerb aus polnischer Sicht problematisch darstellt.

Unter diesen Umständen muß auch die Frage gestellt werden, wie sich die Landesregierung bei soviel negativen Urteilen die weitere Förderung des deutsch-polnischen Jugendaustausches vorstellt. Sie muß sich auch fragen lassen, ob das mit diesem Wettbewerb geforderte Verständnis bei unseren Schülern ausreichend ist, um für einen Jugendaustausch gewappnet zu sein, das heißt, um mit polnischen Jugendlichen eine historische bzw. eine politische Diskussion führen zu können. Außerdem müssen wir fragen, was die Landesregierung zu tun gedenkt, wenn sich die Polen bei dieser Art niedersächsischer Geschichtsbetrachtung nicht weiter an einem Jugendaustausch interessiert zeigen sollten.

Abschließend noch ein Wort zu den fachkompetenten Persönlichkeiten und Gremien, die bei diesem Wettbewerb mitgewirkt haben und zukünftig mitwirken könnten. Wir erwarten, daß zukünftig nicht nur die Schlesische Landsmannschaft, der Bund der Vertriebenen und die Landesarbeitsgemeinschaft für Ostkunde sowie einige Pädagogen, darunter ein Historiker, mit der Ausarbeitung solch historischer Schülerwettbewerbe befaßt werden, sondern daß Fachleute hinzugezogen werden. Die Mitarbeiter des Georg-Ekbert-Instituts in Braunschweig werden bestimmt bereit sein, auf Wissenschaftler hinzuweisen, die vom Wissen und von der Sache her in der Lage sind, einen unentzweienden Beitrag zu leisten, zumal die Arbeit dieses Instituts von allen Fraktionen dieses Hauses anerkannt und gewürdigt wird.

Zum Schluß gestatten Sie mir, aus der Rede des Friedenspreisträgers des Deutschen Buchhandels, Leszek Kolakowski, gehalten am 16. 10. in der Paulskirche zu Frankfurt, zu zitieren. Er sagte: „Ich kann mich als Pole, der von deutschen Freunden so ausgezeichnet worden ist, nicht des Gedankens und der Aussage ent-

halten, daß hier die Gelegenheit gut ist, um die Sache der deutsch-polnischen Versöhnung zu fördern, und dies nicht nur, um die Masse des historisch angehäuften Hasses zwischen unseren Völkern abzutragen.“ Wer auf diesem Hintergrund Geschichtsunterricht erteilt und Geschichte begreifen will, dient sicherlich damit dem eigenen Volk und dem polnischen Volk und dem Frieden in Europa. Dieser von der Landesregierung zu verantwortende Schülerwettbewerb ist kein Beitrag zur deutsch-polnischen Verständigung. Wir fordern deshalb nach wie vor die Zurückziehung dieses Wettbewerbs. Die SPD-Fraktion sieht sich außerstande, der von der Ausschlußmehrheit von CDU und FDP beschlossenen Neufassung unseres Entschließungsantrages ihre Zustimmung zu geben.

(Beifall bei der SPD.)

**Präsident Müller:** Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Horrmann.

**Horrmann (CDU):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zur Sache selbst: Schülerwettbewerb „Schlesien – ein Kapitel europäischer Geschichte“ ist sowohl bei der Einbringung hier im Plenum als auch im Kultusausschuß eingehend diskutiert worden. Ich will nur noch einige wenige Bemerkungen anfügen. Herr Zempel, sowohl die Anlage des Quiz wie die Aufsatzthemen geben nicht zu der Kritik Anlaß, die Sie hier in der pauschalen Art wiederholt haben, methodisch-didaktisch sei dieser Wettbewerb mehr als fragwürdig und inhaltlich falsch. Hierzu haben Fachwissenschaftler Stellung genommen. Ich darf an die Gutachten von Herrn Patze und von Herrn Rohde erinnern. Sie können dies nachlesen. Die Sprecher Ihrer Fraktion haben diese Gutachten erhalten. Bis zum heutigen Tage sind ernst zu nehmende kritische Bemerkungen zu diesen Gutachten nicht eingegangen. Ich darf darüber hinaus darauf hinweisen, daß das Land Nordrhein-Westfalen schon über Jahre, sogar über Jahrzehnte hinweg Schülerwettbewerbe ausgeschrieben hat.

(Zuruf von der SPD: Von ganz anderer Qualität!)

Mir sind heute erstmals die einzelnen Wettbewerbe zugänglich gemacht worden. Nach einem ersten Blick – wohlgemerkt, nach einem ersten Blick – in die dort ausgeschrieben Schülerwettbewerbe kann ich feststellen, daß das, was dieses Land hier gemacht hat, in gar keiner Weise hinter den dort gemachten Wettbewerben zurücksteht. Sie sollten dann schon Ihre Kritik auch gegenüber Ihren Parteifreunden in Nordrhein-Westfalen äußern.

Nun zu der von Herrn Zempel gemachten Äußerung, ich hätte den Wettbewerb in den Beratungen des Kultusausschusses politisch für problematisch gehalten. Dies möchte ich doch in aller Entschiedenheit zurückweisen. Ich habe vorhin im Protokoll nachgesehen. Ich habe gesagt, daß es uns als Landespolitikern zunächst erst einmal gut ansteht, diesen Schülerwettbewerb als ein geeignetes Mittel zur Stärkung von Geschichtsbewußtsein zu betrachten. Ich habe weiter gesagt, daß es uns zunächst nur sekundär betrifft, was der

Hormann

polnische Partner zu derartigen Schülerwettbewerben sagt. Daraus abzuleiten, ich hätte diesen Schülerwettbewerb politisch problematisiert, ist ungerechtfertigt.

(Zustimmung bei der CDU.)

Was wir zugestanden haben, ist, daß bezüglich des methodisch-didaktischen Ansatzes Verbesserungsmöglichkeiten vorhanden sind. Dies ist auch bei der ersten Beratung in diesem Hause so zum Ausdruck gekommen. Der zweite Teil des Entschließungsantrages hebt ja auf diese Problematik und diese Situation ab.

Deshalb bitte ich Sie, von seiten der SPD nachdrücklich darüber nachzudenken, ob Sie diesem Schülerwettbewerb, der als ein Versuch erstmals in diesem Land gestartet wurde, dennoch die Zustimmung erteilen könnten, um damit zum Ausdruck zu bringen, daß es Ihnen wie uns darum geht, die ostdeutsche Geschichte und die osteuropäische Geschichte in einer geeigneten Form in unseren Schulen wieder stärker zu verlebendigen, als es in der Vergangenheit der Fall gewesen ist. Ich bitte namens meiner Fraktion um Zustimmung zu diesem Entschließungsantrag.

(Beifall bei der CDU.)

**Präsident Müller:** Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Hirche.

**Hirche (FDP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu diesem Entschließungsantrag der SPD sind bei der Einbringung hier alle wesentlichen Argumente dafür und dagegen vorgebracht worden. Ich begrüße es, daß Herr Kollege Zempel seitens der SPD in seiner jetzigen Stellungnahme auf Zuspitzungen, die Herr Wernstedt mit seiner damaligen Darstellung hier in den Landtag hereingebracht hat und die völlig unberechtigt waren, verzichtet hat.

(Beifall bei der CDU. – Zuruf von der SPD: Welche denn, können Sie das sagen?)

Ich meine, daß dies ein guter Beitrag für das Klima hier war, und habe es bedauert, Herr Stender – wenn ich auch das so offen sagen darf –, daß dies mit diesem Zwischenruf so ein bißchen in die schiefe Richtung gekommen ist.

Wir haben uns über die Ziffer 1 dieses Entschließungsantrages lange unterhalten, darüber, ob sie zurückgezogen werden sollte oder nicht. Es sind von fachwissenschaftlicher Seite – wir alle wissen das – Bedenken ebenso wie Zustimmung geäußert worden. Ich meine nur, daß wir uns darauf für Ablehnung oder Zustimmung nicht beziehen können, sondern daß wir zunächst einmal sehen müssen, daß es hier unterschiedliche fachwissenschaftliche Gesichtspunkte gibt. Was für mich in der Bewertung wesentlich war, waren die didaktischen Vorbehalte. Diese sehe ich aber nicht als so entscheidend an, daß ich einer Zurückziehung hier das Wort rede. Deshalb die Stellungnahme zu Ziffer 1.

Ich meine, daß die Formulierung des Kultusausschusses zu Ziffer 2 allerdings weiter geht als das, was die SPD hier vorgeschlagen hat, zumal der Vorschlag der SPD rein formal falsch ist. Es konnte und kann nicht darum gehen, das Georg-Eckert-Institut zu betei-

ligen, sondern es muß darum gehen, die Fachleute zu beteiligen, die in den verschiedensten Gremien, z. B. in der deutsch-polnischen Schulbuchkommission oder aber im Herder-Institut – um auch einmal einen anderen Bereich zu nennen –, hier gearbeitet haben. Genau dies drückt die neue Formulierung aus. Im übrigen drückt der Text ja dadurch eine gewisse Kritik aus, daß er für die Zukunft die Landesregierung auffordert, sich bei künftigen Formulierungen von Aufsatzwettbewerben der breiteren Mitwirkung von Fachleuten zu bedienen.

Demnach meine ich, daß dieser neuformulierte Entschließungsantrag so akzeptabel ist und nach der Diskussion, die wir darüber geführt haben, sowie in Anbetracht der Ernsthaftigkeit der Argumente, die von allen Seiten vorgebracht worden sind, auch von polnischer Seite nicht als ein Verstoß gegen den Geist der deutsch-polnischen Beziehungen betrachtet werden kann.

(Beifall bei der FDP und der CDU.)

**Präsident Müller:** Ich erteile jetzt das Wort dem Abgeordneten von Claer.

**von Claer (CDU):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich fühle mich zutiefst verletzt durch die Art und Weise, wie hier über einen Schülerwettbewerb gesprochen worden ist.

(Zurufe von der SPD: Na, na!)

Ich kann hier nur Prof. Rohde in seinem Gutachten zitieren, und das ist auch meine Meinung –:

Grundsätzlich ist zu bedauern, daß derartige Probleme wie auch die deutsch-polnischen Schulbucheempfehlungen zum Gegenstand einer im wesentlichen politisch gefärbten Auseinandersetzung gemacht werden sollen. Dadurch entsteht der völlig unberechtigte Eindruck, daß Persönlichkeiten, die der SPD nahestehen, für eine deutsch-polnische Verständigung, solche aber, die der CDU nahestehen oder ihr angehören, dagegen sind.

(Zuruf von der SPD: Dies haben wir nicht zu vertreten!)

– Diese Dinge sind von Ihnen genauso fortgeführt. – Ebenso abwegig ist es, Vertriebene, die für die Aufrechterhaltung des Geschichtsbewußtseins eintreten, als Gegner einer Verständigung einzustufen.

So empfinde ich diese Auseinandersetzung hier auch.

(Wernstedt [SPD]: Sie können nicht zuhören, Herr von Claer!)

Wenn in der Presseveröffentlichung der SPD damit angefangen wird: „Schlesien – ein Kapitel deutscher Geschichte“, anstatt richtig zu sagen, daß das Thema „europäische Geschichte“ heißt, – – –

(Wernstedt [SPD]: Sie fälschen!)

– Wieso?

(Wernstedt [SPD]: Unsere Broschüre enthält den korrekten Titel!)

– Ich habe schon beim letztenmal bedauert, daß ich diese Broschüre nicht bekommen habe. Ich habe mich hier auf Professor Rhode verlassen.

(Wernstedt [SPD]: Das ist das Problem; man muß selber nachsehen!)

– Auf irgendeinen muß man sich auch mal verlassen, und ich kann ja nicht anders, als hier zu zitieren.

(Beifall bei der CDU. – Wernstedt [SPD]: Auf Professoren zuallerletzt!)

Ich wehre mich dagegen, daß hier in beckmesserischer Weise ein Versuch auseinandergenommen wird, der im Grunde dringend notwendig ist. Nachhilfeunterricht in Geschichte brauchen wir mehr oder weniger alle.

(Beifall bei der CDU.)

**Präsident Müller:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, meine Damen und Herren; dann ist die Beratung geschlossen. Wir stimmen ab über den Ausschlußantrag in der Drucksache 2981. Wer diesem Ausschlußantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Das erste war die Mehrheit; der Antrag des Kultusausschusses ist damit angenommen.

Ich rufe auf Punkt 15 der Tagesordnung:

Zweite Beratung: **10. Hauptschuljahr an Haupt- und Sonderschulen** – Entschließungsantrag der Fraktion der SPD – Drucks. 2911  
Antrag des Kultusausschusses – Drucks. 2995

Die Vorlage wurde in der 73. Sitzung am 21. September 1977 an den Kultusausschuß zur Beratung und Berichterstattung überwiesen. Berichterstatter war ursprünglich der Abgeordnete Teysen. Er hat die Berichterstattung an den Kollegen Kohlenbach abgegeben. Ich erteile ihm das Wort.

**Kohlenbach (CDU), Berichterstatter:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem Ausschlußantrag – Drucksache 2995 – empfiehlt Ihnen der Kultusausschuß, den Entschließungsantrag der SPD-Fraktion – Drucksache 2911 – in einer geänderten Fassung anzunehmen.

Mit ihrem Entschließungsantrag wollte die SPD-Fraktion die Landesregierung auffordern, ein freiwilliges 10. Schuljahr an Haupt- und Sonderschulen überall dort einzurichten, wo es von Eltern und Kommunen beantragt wird. Der Anmeldeschluß für 10. Klassen sollte vom 15. Oktober 1977 auf den 15. Dezember 1977 hinausgeschoben werden. Daneben sollte die Landesregierung dafür Sorge tragen, daß der Ausbau der 10. Klassen in den einzelnen Regionen des Landes gleichmäßiger geschieht und in der Lehrerfortbildung berücksichtigt wird.

In der Plenarsitzung am 21. September 1977 wurden die gegensätzlichen Meinungen zu diesen Anträgen von allen Fraktionen vorgetragen. Diese Gegensätze konnten auch in den beiden Ausschußsitzungen, in denen

sich der Kultusausschuß mit der Entschließung beschäftigte, nicht in allen Punkten ausgeräumt werden.

Dem Kultusausschuß wurde vom Kultusministerium Zahlenmaterial vorgelegt, das ein deutliches Ansteigen der Zahl der 10. Klassen erkennen ließ. Nach Ansicht der Koalitionsfraktionen kann daher von einer Restriktion seitens der Landesregierung nicht die Rede sein. Allerdings könne – abhängig von den örtlichen Gegebenheiten – in manchen Fällen eine Kollision mit dem Berufsgrundbildungsjahr eintreten. Aus kommunal- und schulentwicklungspolitischen Gesichtspunkten sei es dann vielfach geboten, dem Berufsgrundbildungsjahr den Vorrang einzuräumen, zumal ein erfolgreiches Durchlaufen ebenfalls mit dem Hauptschulabschluß verbunden sei.

Die Koalitionsfraktionen betonten, daß auch sie den weiteren Ausbau der 10. Klassen befürworten. Allerdings genüge nicht ein Antrag von Eltern und Kommunen, denn nach dem Schulgesetz müßten vor der Genehmigung die personellen, räumlichen und organisatorischen Voraussetzungen gegeben sein. Sofern diese drei Kriterien erfüllt seien, werde die Landesregierung sicherlich auch ohne besonderes Ersuchen des Landtages Genehmigungen erteilen. Der erste Teil des Entschließungsantrages sei daher überflüssig.

Die Antragsteller sahen das nicht so. Sie blieben bei ihrer Meinung, daß es notwendig sei, auch durch eine Willensäußerung des Landtages Anregungen zum weiteren Ausbau der 10. Klassen zu geben, konnten damit aber nicht durchdringen.

Einigkeit bestand im Kultusausschuß darüber, daß bei der weiteren Einrichtung von 10. Klassen ein gleichmäßiger regionaler Ausbau anzustreben sei. Die neue Fassung des Entschließungsantrages trägt dem Rechnung.

Übereinstimmend war der Ausschuß auch der Auffassung, daß Fragen, Probleme, Unterrichtsgestaltungen usw., die die 10. Klassen betreffen, als Schwerpunkt in der Lehrerfortbildung berücksichtigt werden müssen. Auch insoweit wird die neue Fassung des Entschließungsantrages einvernehmlich vorgelegt.

Uneinigkeit bestand wieder über die von der SPD-Fraktion gewünschte Verschiebung des Anmeldetermins vom 15. Oktober auf den 15. Dezember 1977. Die SPD begründete die Terminverschiebung damit, daß der Erlaß mit der Terminfestsetzung sehr spät in den Schulen bekanntgeworden sei. Daher hätten viele Schulträger auf einen Antrag auf Einrichtung einer 10. Klasse verzichtet, weil sie nicht wußten, daß auch ein noch unvollständiger oder verspäteter Antrag nicht von vornherein wegen Fristversäumnis abgelehnt worden wäre. Durch die Fristverlängerung sollte für diese geplanten Anträge noch die Antragstellung ermöglicht werden.

Die Koalitionsfraktionen hatten jedoch Bedenken gegen eine generelle neue Fristsetzung. Sie wandten ein, daß die Schüler frühzeitig wissen müßten, ob eine 10. Klasse eingerichtet werde; daneben seien schulorganisatorische Probleme qualitativer und auch quanti-

**Nr. 2994**

**Ausschußantrag**

Kulturausschuß

Hannover, den 6. 10. 1977

**Betr.: Schulbuch-Revision**

Entschließungsantrag der Fraktion der SPD — Drucks. Nr. 2238

Berichterstatter: Abg. Hirche (FDP)

Der Kulturausschuß empfiehlt dem Landtag, den Entschließungsantrag in folgender Fassung anzunehmen:

„Entschließung

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. bei der Genehmigung von Geschichts- und Geographiebüchern sowie von Atlanten für den Unterricht an niedersächsischen Schulen auch zu prüfen, ob die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen angemessen berücksichtigt worden sind,
2. sich in den entsprechenden Gremien der Kultusministerkonferenz dafür einzusetzen, daß die anderen Bundesländer bei der Genehmigung von Geschichts- und Geographiebüchern sowie von Atlanten ebenso verfahren, und über diesbezügliche Bemühungen dem Landtag zu berichten,
3. die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen in geeigneter Weise den Schulen zugänglich zu machen.“

Meine Damen und Herren, ich schlage Ihnen vor, noch Punkt 16 der Tagesordnung zu erledigen:

Zweite Beratung: **Schulbuch-Revision** – Entschließungsantrag der Fraktion der SPD – Drucks. 2238

Antrag des Kulturausschusses – Drucks. 2994

Die Vorlage wurde in der 66. Sitzung am 12. Mai 1977 an den Kulturausschuß zur Beratung und Berichterstattung überwiesen. Berichterstatter ist der Kollege Hirche, den ich noch einmal beschäftigen muß. Ich erteile ihm das Wort.

Hirche (FDP), Berichterstatter: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem Ausschlußantrag in der Drucksache 2994 empfiehlt Ihnen der Kulturausschuß, den Entschließungsantrag der SPD-Fraktion in der Drucksache 2238 in einer geänderten Fassung anzunehmen.

In der Begründung zu ihrem Entschließungsantrag hatte die SPD-Fraktion Zweifel an der Ernsthaftigkeit

(Ausgegeben am 12. 10. 1977)

Hirche

der Absicht der Landesregierung geäußert, die Empfehlungen der deutsch-polnischen Schulbuchkonferenzen als Grundlagen einer Schulbuchrevision zu berücksichtigen. Aus diesem Grunde sollte die Landesregierung aufgefordert werden, einerseits die Berücksichtigung der Empfehlungen der deutsch-polnischen Schulbuchkonferenzen zur Voraussetzung bei der Genehmigung von Schulbüchern zu machen. Andererseits sollte sie auch aufgefordert werden, sich in den entsprechenden Gremien der Kultusministerkonferenz für eine Umsetzung der Empfehlungen einzusetzen.

Ich darf auf die ausführliche Diskussion des Entschließungsantrages bei der Einbringung in der Plenarsitzung am 12. Mai 1977 verweisen. In dieser Sitzung sind bereits alle gegensätzlichen Standpunkte zur Sprache gekommen.

Der mit der Beratung und Berichterstattung beauftragte Kultusausschuß hat sich in zwei Sitzungen mit der Thematik nochmals gründlich auseinandergesetzt. Das Ergebnis dieser Beratungen möchte ich Ihnen kurz vortragen.

Trotz der im Plenum erkennbaren Gegensätze ist es dem Kultusausschuß gelungen, dem Landtag eine geänderte Entschließung vorzulegen, die einvernehmlich zustande gekommen ist. Basis für diese Einmütigkeit war die gemeinsame Auffassung des Ausschusses, daß die Empfehlungen der Schulbuchkommission ein wichtiger Beitrag zur Verständigung zwischen Polen und Deutschland sind und zur Versachlichung der in der Geschichte begründeten Probleme beitragen.

Gegen eine unbesehene wörtliche Übernahme aller Empfehlungen wurde im Ausschuß aber eingewandt, daß die Empfehlungen nicht immer vollständig sind, daß Kompromisse getroffen werden mußten, die Verständigungsschwierigkeiten verursachen können, und daß es nach wie vor Beurteilungsunterschiede hinsichtlich der gemeinsamen Geschichte und Geographie gebe.

Der Ausschuß war sich schließlich darüber einig, daß es nicht so sehr auf eine wörtliche Übernahme der Empfehlungen in die Richtlinien zur Genehmigung und Einführung von Schulbüchern ankomme, sondern daß die Empfehlungen überhaupt in das Prüfungsverfahren einbezogen werden. Wichtig sei es, darauf zu achten, daß Geist und Tendenz der Empfehlungen in den Schulbüchern wiederzufinden sind, daß also Schulbücher nicht genehmigt werden, wenn sie gegen Sinn und Geist dieser Empfehlung verstoßen. In diesem Sinne ist die Nr. 1 des Entschließungsantrages umformuliert worden.

Die ursprüngliche Nr. 2, die zum Ziele hatte, durch eine von Niedersachsen ausgehende Initiative in der Kultusministerkonferenz zu einer einheitlichen Haltung zu kommen, ist geändert worden, weil es nach Ansicht des Ausschusses wohl kaum möglich sein dürfte, dort einen Konsens zwischen allen Bundesländern zu finden. Die neue Fassung beschränkt sich deshalb darauf, die Landesregierung aufzufordern, sich dafür einzusetzen, daß auch die anderen Länder bei der Ge-

nehmigung von Schulbüchern und Atlanten entsprechend verfahren.

Zusätzlich wurde in den Entschließungsantrag eine dritte Ziffer aufgenommen. Der Ausschuß war sich einig, daß die Intentionen der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen vor allem auch im Schulunterricht Berücksichtigung finden müssen. Deshalb sollten sie den Schulen zugänglich gemacht werden. Vorgeschlagen wurde vom Ausschuß die Veröffentlichung im nichtamtlichen Teil des Schulverwaltungsblattes oder durch eine entsprechende Beilage zum Schulverwaltungsblatt. Dem Kultusministerium soll es überlassen bleiben, das geeignetste Verfahren auszuwählen.

Die neue Fassung der Entschließung im Ausschußantrag in Drucksache 2994 ist – ich darf es noch einmal wiederholen – vom Kultusausschuß einmütig beschlossen worden. Dies sollte eine besondere Genugtuung für alle in diesem Hohen Hause sein. Namens des Ausschusses bitte ich Sie, dem Antrag zuzustimmen und damit die Entschließung in der vorliegenden Form anzunehmen.

(Beifall.)

**Präsident Müller:** Auch hier darf ich dem Berichterstatter für den Vortrag seines Berichtes danken. Wir sind in der zweiten Beratung, die ich hiermit eröffne. Der Abgeordnete von Claer wollte an den Berichterstatter nur eine Frage richten. Ich sah mich aber nicht in der Lage, den Berichterstatter zu einer Fragestellung zu unterbrechen; das wäre eine neue Regelung hier im Hause.

**von Claer (CDU):** Ich habe also eine Frage. Ich habe vor mir liegen – vielleicht darf ich mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zitieren – ein Schreiben des Leiters der Bayerischen Staatskanzlei vom 15. Dezember 1976 an den Präsidenten des Bundes der Vertriebenen. Dort ist in Ziffer 2 des Schreibens ausgeführt:

Der Bundeskanzler hat im Gespräch mit den Regierungschefs der Länder am 4. Juni 1976 in Bezug auf das deutsch-polnische Kulturabkommen erklärt, die Bundesregierung und die Länder seien auf Grund der Formulierungen „hinwirken“ und „berücksichtigt werden“ in Artikel 4 frei, inwieweit sie die Empfehlungen der gemeinsamen Schulbuchkommission übernehmen. Diese Auslegung haben mit einer Ausnahme alle Länder ausdrücklich zur Grundlage ihrer Zustimmung zu dem Kulturabkommen gemacht. Sie ist vom Auswärtigen Amt auch der polnischen Seite mitgeteilt worden. Das Auswärtige Amt hat mit Schreiben vom 5. Juli 1976 unter anderem mitgeteilt, der stellvertretende Leiter der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes habe den Kulturattaché der polnischen Botschaft in Köln am Nachmittag des 4. Juli 1976 einbestellt und ihm folgendes mitgeteilt: „Die Ministerpräsidenten der Länder haben in ihrer Besprechung mit dem Bundeskanzler am 4. 6. 1976 dem vorliegenden Artikel 4 zugestimmt mit der Maßgabe, daß es sich im letzten Satz bei dem Wort „hinwirken“ nur um hinwirken handele, aber

nicht um vollziehen oder Weisung geben, und daß „berücksichtigen“ im Sinne dieser Bestimmung nur berücksichtigen bedeute und nicht etwa in toto übernehmen.“

Ich möchte gerade auch im Hinblick auf die Ausführungen, daß die Landesregierung auf andere Länder einwirken soll, fragen, ob diese Auslegung, die immerhin amtlich ist und auf den Bundeskanzler zurückgeht, bei den Beratungen hinreichend berücksichtigt worden ist.

**Präsident Müller:** Der Berichterstatter nickt, Herr Abgeordneter von Claer! Wenn ich aber gewußt hätte, daß Ihre „Frage“ im Verlesen eines umfangreichen Briefwechsels bestand, hätte ich mir überlegt, ob ich das zulassen konnte. Aber jetzt haben Sie es ja erreicht.

(von Claer [CDU]: Das war aber keine böse Absicht!)

– Nein, das unterstelle ich Ihnen auch nicht. – Jetzt hat das Wort der Abgeordnete Wernstedt.

**Wernstedt (SPD):** Meine Damen und Herren! Aus den Ausführungen des Herrn Kollegen Hirche ist deutlich geworden, daß die jetzt vorliegende Fassung einvernehmlich zustande gekommen ist. Wir von der SPD-Fraktion hätten uns eine stärkere Bindung auch des Landes an diese Schulbuchempfehlungen gewünscht. Wir meinen aber, daß die hier gefundene Fassung doch denjenigen, die sich in gerechter Würdigung dieser Empfehlungen, auch ihres Inhalts und ihrer Intentionen, verhalten wollen, gerecht werden kann.

Ich habe bedauert, daß gestern abend bei dem Vortrag des Herrn Professors Erdmann vor dem Stifternverband der deutschen Wissenschaft so wenig Kollegen dieses Hauses anwesend waren.

(Drape [CDU]: Wir waren nicht eingeladen!)

Professor Erdmann ist ein Mann, der garantiert nicht zu unserer politischen Seite gehört, der aber von intensiven Verhandlungen gerade mit polnischen und sowjetischen Kollegen doch einige Erfahrungen beibringen konnte. Er hat ausdrücklich in der Interpretation der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen darauf hingewiesen, daß man sich behördlicherseits mit Nachdruck für die Umsetzung dieser Empfehlungen aussprechen sollte, nicht im Sinne – Herr von Claer, wenn man Sie damit beruhigen kann – einer autoritativen Inkraftsetzung – das haben wir nicht gefordert, das habe ich bei der Einbringung im Mai des Jahres auch nicht gesagt –, sondern daß das, was hier mit Sinn und Tendenz gemeint ist, tatsächlich auch Ausdruck finden kann. Natürlich bietet die Formulierung der „angemessenen Berücksichtigung“ in diesem Antrag noch manchen Spielraum für Interpretationen, auch unterschiedlichen politischen Spielraum. Wir meinen aber, daß wir dies in Kauf nehmen können, weil die grundsätzliche positive Würdigung hier wohl doch ihren Ausdruck gefunden hat. Wenn wir Zweifel haben an solchen konkreten Unternehmungen wie dem Schülerwettbewerb, so haben wir Ihnen vorhin in concreto noch einmal versucht, das zu begründen. Wir meinen

aber, daß wir dennoch diesem Entschließungsantrag so, wie er hier vorgefaßt worden ist, zustimmen können.

(Beifall bei der SPD.)

**Präsident Müller:** Das Wort hat noch einmal der Kollege Hirche.

**Hirche (FDP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich wollte nur auf die Frage des Kollegen von Claer noch einmal eindeutig sagen, daß der Kultusausschuß in seinen Beratungen festgestellt hat – ich meine, ich habe dieses hier auch so vorgetragen –, daß es ihm nicht auf eine wörtliche Übernahme ankommt, daß es sich bei der Berücksichtigung dieser Empfehlungen um Sinn und Geist dieser Empfehlungen handelt und diese Interpretation sich in voller Übereinstimmung mit dem befindet, was zwischen dem Bundeskanzler und den Ländern hinsichtlich einer Interpretation vereinbart worden ist.

**Präsident Müller:** Jetzt hat noch einmal das Wort der Kollege Horrmann.

**Horrmann (CDU):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der im Kultusausschuß gefundene Kompromiß ist für uns tragbar. Insofern werden wir dieser EntschlieÙung zustimmen. Ich will aber dennoch verdeutlichen, daß wir mit der hier gefundenen Formulierung an die Grenze des für uns Tragbaren gekommen sind. Ich darf daran erinnern, daß in den Empfehlungen 25 und 26 der Schulbuchkommission die Vertreibung schlichtweg mit dem technokratischen Ausdruck „Transfer“ belegt ist, und so etwas ist für uns schlichtweg skandalös.

(Wernstedt [SPD]: Das ist falsch!)

So etwas wird auch zukünftig nicht in niedersächsischen Schulbüchern mit Sinn und Geist der Schulbuchempfehlungen zu vereinbaren sein. Ich hielt es für meine Pflicht, auf diesen Sachverhalt hinzuweisen.

**Präsident Müller:** Herr Kollege Horrmann, erlauben Sie eine Frage des Abgeordneten Dr. Mahrenholz?

**Dr. Mahrenholz (SPD):** Herr Horrmann, sind Sie bereit, zu akzeptieren, daß das Wort „Transfer“ der internationale, aus dem Potsdamer Abkommen stammende, aus der englischen und französischen Sprache kommende Fachausdruck völkerrechtlicher Art für diesen Vorgang ist, wie wir gestern gerade von Professor Erdmann gehört haben, der sich mit dieser Frage intensiv auseinandergesetzt hat? Sind Sie bereit, das zu akzeptieren?

**Horrmann (CDU):** Nein, Herr Mahrenholz, ich bin nicht bereit, das zu akzeptieren, und ich will das auch begründen. Ich bin erstaunt über Ihren Hinweis angesichts der Millionen Deutschen, die über Jahrzehnte in den Ostgebieten gewohnt haben, diese Vertreibung, die von ihnen nicht gewollt war, und auch von Leuten, die niemals der nationalsozialistischen Partei angehört haben, einfach als Transfer zu bezeichnen. Das ist schlichtweg eine Vertreibung gewesen mit all dem Leid und all den familiären Schwierigkeiten, die

Hormann

damit verbunden waren. Unsere nachrückende Generation hat ein Recht darauf, zu erfahren, unter welchen Bedingungen 9 Millionen Deutsche, um jetzt bei dem Ausdruck der Schulbuchkommission zu bleiben, zwangsumgesiedelt worden sind. Darauf hat die nachrückende Generation einen Anspruch; das gehört mit zum Geschichtsbewußtsein, und dies wollen wir nicht verschütten lassen.

(Beifall bei der CDU und der FDP.)

Auf der anderen Seite halten wir das Bemühen der Schulbuchkommission, gerade den schwierigen Bereich deutsch-polnischer Beziehungen rational zu klären, für richtig, und insofern begrüßen wir den Vorschlag, die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen in ihrer Ganzheit bei zukünftigen Konzepten von Geschichtsbüchern und entsprechenden Atlanten angemessen zu berücksichtigen.

(Beifall bei der CDU.)

**Präsident Müller:** Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Professor Hedergott.

**Prof. Hedergott (FDP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir sollten auch das in aller Ruhe hier besprechen können. Ich glaube, daß man den Vortrag, der gestern von Professor Erdmann gehalten worden ist – ich habe ihn angehört –, hier nicht zusammenbringen kann mit der Frage der Auswahl in diesen Vereinbarungen. Professor Erdmann hat mit Recht darauf hingewiesen, daß der Ausdruck „Transfer“ zurückgeht, wie eben hier beschrieben wurde, auf die Westalliierten oder genauer gesagt auf die Vertragsmächte des Potsdamer Abkommens. Niemand in diesem Hause kann erwarten, daß die Mächte, die die Verantwortung haben für die Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten, das, was sie selbst zu verantworten haben, anders nennen als Transfer oder ähnlich wohlklingende Begriffe. Daß wir nicht gebunden sind an einen Ausdruck der englischen Sprache, das, glaube ich, braucht doch hier nicht weiter dargelegt zu werden.

(Beifall im ganzen Hause.)

Daß im übrigen in dieser schönen Welt über diese Fragen nach wie vor nachgedacht werden muß, ergibt sich aus der Tatsache, daß die Frage, ob man Bevölkerungsgruppen verschieben, transferieren, vertreiben kann, in diesen Tagen beispielsweise in bezug auf die Fragen Heimatland Palästina, Araber usw. nach wie vor streitig diskutiert wird. Es bleibt eine Frage, ob es für eine zivilisierte Welt angemessen ist, irgendwelche territorialen oder anderen Dinge, die Staaten miteinander in Verträgen ausmachen, so zu regeln, daß Bevölkerungsgruppen hin- und herverschieben werden. Das sollten wir aber losgelöst betrachten jetzt von diesen Dingen.

Ich glaube, daß es der Klarstellung gedient hat, was gestern Herr Professor Erdmann mit vollem Recht hier zu der Entstehungsgeschichte dieses Begriffes gesagt hat.

(Beifall.)

**Präsident Müller:** Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann ist die Beratung abgeschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Ausschußantrag in der Drucksache 2994. Wer diesem Antrag des Kultusausschusses zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Eine Gegenstimme. Das erstere war die erdrückende Mehrheit.

Meine Damen und Herren! Mit der Annahme dieses Entschließungsantrages sind wir für heute am Ende unserer Tagesordnung. Wir haben morgen nur noch zu behandeln die Punkte 11 – Große Anfrage betreffend den vorbeugenden Gesundheitsschutz für die Bevölkerung – und 13 – Landeshaushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 1974 – Entlastung –. Es kann mit Sicherheit davon ausgegangen werden, daß die Sitzung um die Mittagszeit beendet sein wird.

(Zurufe: Na, na!)

Ich berufe die 77. Sitzung des Niedersächsischen Landtages ein für morgen früh, 10.15 Uhr.

Die Sitzung ist geschlossen. Ich wünsche Ihnen eine gute Heimfahrt.

Schluß der Sitzung: 17.59 Uhr.